

Zeitschrift für angewandte Chemie

und

Zentralblatt für technische Chemie.

XXI. Jahrgang.

Heft 37.

11. September 1908.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Jena am 10. bis 13. Juni 1908.

Donnerstag, den 11. Juni 1908.

Fest- und Geschäftliche Sitzung.

Die Festsitzung

wurde am Donnerstag, den 11. Juni, vormittags 9 Uhr im großen Saale des Volkshauses abgehalten.

Der Vors. Herr Prof. Dr. C. Duisberg eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache: Hochansehnliche Festversammlung! Werte Gäste, liebe Freunde und Kollegen! Zum ersten Male seit dem 21jährigen Bestehen weilt der Verein deutscher Chemiker in dem so wundervoll gelegenen Jena, dem kleinen Saale-Athen, in dem so viele von uns nicht nur der Wissenschaft Lehren gehört, in das Spezialgebiet unseres Berufs eingeführt worden sind, sondern auch die freie Burschenherrlichkeit in vollen Zügen genossen haben.

Aber wie verwandelt hat sich diese alte, ehrwürdige Universität im Herzen des deutschen Vaterlandes, seit die meisten von uns hier gewieilt. Fast kennen wir die geliebte Alma mater im modernen Gewande nicht wieder. Nur die freundlich dreinschauenden Bewohner scheinen noch dieselben zu sein.

Wie mächtig hat sich die früher kleinste der Universitäten in den letzten Dezennien zu achtunggebietender Stellung unter den großen Hochschulen Deutschlands emporgearbeitet. An Stelle der veralteten und primitiv eingerichteten Laboratorien und Institute sind wahre Paläste wissenschaftlicher Forschung getreten.

Als ich hier vor 28 Jahren als Schüler und Assistent jenes hervorragenden Lehrers, des eigenartigen Forschers, aber seltsamen Menschen, Anton Geuther, studierte, stand noch an der Stelle, wo jetzt das große Knorrsche chemische Institut erbaut worden ist, in einem großen, von alten Bäumen beschatteten Garten ein niedriges, schiefwinkliges Haus, das früher Wohnzwecken gedient hatte und durch Um- und Anbauten aller Art und Form in ein chemisches Laboratorium umgewandelt worden war. Einfache Tische aus Tannenholz ohne besondere Einrichtungen, nur mit Gas und Wasser aus einer Regentonnen versehen, dienten den chemischen Versuchen. Die zur Verfügung stehenden Apparate waren an Zahl sehr gering und ließen an Bescheidenheit der Ausrüstung nichts zu wünschen übrig. Es gab zwar schon für wissenschaftliche Forschungszwecke mit Gas geheizte Verbrennungsöfen, aber es gehörte mit zur Ausbildung, daß jeder seine ersten Verbrennungen in dem Liebig'schen Holzkohlenofen machen mußte, was durchaus nicht einfach, aber sehr lehr-

reich war. Eine Spezialität dieser mehr alchimistischen Werkstatt bildeten die aus Göttingen mitgebrachten Wöhler'schen Windöfen, in denen jeder angehende Chemiker die damals noch seltenen Metalle, Aluminium und Magnesium, herzustellen hatte. Dabei brachte der Meister dem Schüler zur Erzielung der erforderlichen hohen Hitze das Schneiden der Holzkohle in Nußgröße und runder Form persönlich bei.

Jetzt ist in dem neuen Institut alles aufs schönste und modernste eingerichtet. Starkstrom in beliebiger Größe steht zur Verfügung. An Stelle der lediglich aus Porzellanschalen, Kolben, Bechergläsern und Trichtern bestehenden oder am Gebläsetisch aus Glasröhren selbst erzeugten Apparatur ist zahlloses modernes, fabrikmäßig hergestelltes Handwerksgerät getreten. Für die wissenschaftliche Forschung war dies sicherlich von größtem Wert, und ohne derartige Einrichtungen würden die Fortschritte, die auf allen Gebieten erzielt worden sind, wahrscheinlich nie oder wenigstens nicht so schnell erreicht worden sein. Ob dies aber auch für den Unterricht zutrifft, wollen wir dahingestellt sein lassen und hier nicht näher untersuchen.

Wir freuen uns der zahllosen Veränderungen und Wandlungen, die sich hier auf Schritt und Tritt im Großen und im Kleinen vollzogen und unser altes, liebes Jena in eine mit hygienischen Verbesserungen ausgerüstete Stadt umgestaltet haben.

Aber der Duft und Hauch des Alters ist trotzdem überall zu verspüren, die Patina schimmert in allen Ecken und Enden durch, und das eigenartige Leben der Studenten mit den sonderbaren, vererbten Einrichtungen und Gebräuchen stempelt die beliebteste aller mitteldeutschen Universitäten zum wahren studentischen Eldorado.

Als daher vor 2 Jahren schon in Nürnberg in Aussicht genommen und im vorigen Jahre am östlichen deutschen Grenzwall zu Danzig definitiv beschlossen wurde, der freundlichen Einladung unserer beiden Bezirksvereine, desjenigen von Sachsen-Thüringen und desjenigen von Sachsen-Anhalt, Folge zu leisten und nach Jena ins „Paradies“ zu kommen, da jubelten die Herzen derjenigen, die dieses herrliche und schöne Fleckchen Erde am Fuße des Hausbergs mit dem rötlich strahlenden Gipfel von ihrer Studentenzeit her kannten. Aber auch diejenigen, die ihre Ausbildung an anderen Hochschulen genommen, sie freuten sich auf den Besuch dieses an der Saale

hellem Strande gelegenen, von Burgen stolz und kühn beherrschten Jenas.

Zahlreicher wie je zuvor sind unsere Mitglieder nach hier geeilt. Die Beteiligung ist so groß, daß die Wohnungen von den Studenten geräumt und von uns beschlagnahmt werden mußten. Vielleicht hat gar mancher die Nacht in dem alten Quartier zugebracht, daß ihn vor vielen Dezzennien als Studio beherbergte.

Dank, herzinnigen Dank allen, der Verwaltung dieser Stadt, den Vertretern der Universität, dem Ehren- und geschäftsführenden Ausschuß, für die Mühe und Arbeit, die sie bei der Vorbereitung dieser festlichen Woche gehabt haben und sich dadurch um uns und unseren Verein verdient gemacht haben.

Ganz besonders gilt der hiesigen Universität unser ehrerbietigster Gruß. Feiert sie doch am Schlusse dieses Semesters das 350jährige Jubelfest ihres Bestehens. Wahrlich ein seltenes Fest und noch dazu unter solch günstigen Auspizien. Bei der 300jährigen Feier vor 50 Jahren hatte Jena nur 471 oder mit den Hörern zusammen 491 Studenten. In diesem Jubiläumssemester sind 1726 Universitätsangehörige vorhanden. Wie die Zahl der Einwohner, so hat sich in diesem halben Jahrhundert auch die der Studenten fast vervierfacht. An Stelle des alten Kollegiengebäudes, in dem wir in kleinen, engen Räumen, mehr einem großen Schulhause gleich, zu den Füßen unserer Lehrer gesessen und ihren Vorträgen gelauscht haben, erhebt sich jetzt ein mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattetes, palastartiges Lehrgebäude.

Eine bessere Zeit und Gelegenheit, nach hier zu kommen, um unsere Hauptversammlung zu feiern, hätte nicht ausfindig gemacht werden können. Begehen wir doch eigentlich schon heute die Vorfeier des Jubiläums, das den Glanzpunkt dieses Semesters bilden wird. Es sei mir deshalb auch gestattet, schon jetzt von dieser Stelle aus, im Namen des Vereins deutscher Chemiker, der Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen Gesamtuniversität Jena unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu ihrem demnächst stattfindenden Jubelfeste darzubringen.

Liebe Kollegen! Seit unserem letztjährigen Zusammensein in Danzig hat sich unser Verein über Erwarten kräftig entwickelt. Man hatte ihm, weil wir uns nach Analogie anderer großen Vereine mit ähnlichen Aufgaben bis dahin den sozialpolitischen Angelegenheiten ferngehalten, einen Rückgang in der Zahl der Mitglieder prophezeit.

Statt dessen ist die Zahl der Neuanmeldungen größer wie je zuvor gewesen. Die Zeit mit ihrer leider rückläufigen Konjunktur ist auch wirklich nicht dazu angetan, den harten Kampf, den wir schon im Wettbewerbe auf wissenschaftlichem und technisch-chemischem Gebiete mit den anderen großen Nationen führen, noch dadurch zu verschärfen, daß wir im eigenen Hause uns nicht mehr, ob arbeitnehmend, ob arbeitgebend, als Freunde und Kollegen gegenüberstehen, sondern uns als erbitterte Feinde betrachten. Es möge an dieser Stelle überhaupt daran erinnert werden, daß, wie **Confucius** schon erkannt hat, „Großes und Dauerndes zu allen Zeiten nur durch die Kenntnis und Erfüllung der Pflichten, nicht der Rechte, erzielt worden ist.“

Die Zahl unserer Mitglieder hat, wie der Ihnen heute Nachmittag in der geschäftlichen Sitzung vorzulegende Jahresbericht zeigt, im Jahre 1907 um 289 und bis 1. April 1908 um 473 zugenommen. Sie beträgt zurzeit mehr als 3900 und einschließlich der außerordentlichen Mitglieder mehr als 4200 Mitglieder. Der Verein zeigt also eine Zunahme, wie wir sie in den letzten 6 Jahren nicht mehr zu verzeichnen hatten. Tatsächlich sind wir heute die größte chemische Vereinigung der Welt.

Aber noch stehen viele Chemiker draußen, die, wie sie sich mehrfach auszudrücken beliebt haben, die Vereinsmeierei hassen, die ein harmonisches Zusammenarbeiten von Wissenschaftlern und Technikern, von Fabrikhabern bzw. Direktoren und ihren Angestellten auch auf sozialpolitischem Gebiete für eitel Redensart erklären, die glauben, daß in einem so großen Verein, wie dem unsrigen, nicht straffe Organisation, sondern mehr das *laissez faire laissez aller* Geltung haben soll, und die sich einbilden, auf dem Wege der Gesetzgebung mehr als auf dem friedlicher Verständigung zu erreichen. Am seltsamsten ist es, daß gerade die Chemiker in den großen Fabriken, die im Vergleich zu manchen anderen nach vielen Richtungen hin am günstigsten gestellt sind, unserem Verein deshalb fernbleiben, weil sie, abgesehen von den soeben genannten Gründen, auch wähnen, ein Zusammenschluß mit gleichgesinnten Studienkollegen sei für sie nicht erforderlich. Das einzige, was ihnen ihrer Ansicht nach unserer Verein bietet, die Zeitschrift, sie ist neben zahllosen anderen wissenschaftlichen Journalen in der Fabrikbibliothek in mehreren Exemplaren zu haben. Diese verehrten Kollegen vergessen aber, daß in unserer Zeit, will man etwas Großes erreichen und der Aufgaben, die wir uns gestellt haben, Herr werden, man nicht als einzelner, sondern als großes Ganzes wirken muß. „Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an.“

Auch dürfte ihnen unsere von Jahr zu Jahr interessanter gewordene Zeitschrift von größerem Nutzen sein, wenn sie dieselbe in ihren Mußestunden zur Verfügung haben.

Drum geht erneut mein Ruf an diese außerhalb stehenden Kollegen: Legt alle kleinlichen Einzelbedenken beiseite, steht nicht teilnahmslos oder grollend am Tore, sondern tretet ein in die weiten Hallen unseres Vereinsgebäudes und helft kräftig mit, unserer Wissenschaft zu dienen, die Standesinteressen zu fördern und die Kollegialität zu hegen und zu pflegen.

Die sozialpolitischen Vereinsaufgaben, welche ich in meiner vorjährigen Eröffnungsrede in großen Zügen behandelte, sie sollen nunmehr, dem Wunsche der Angestellten unter unseren Mitgliedern folgend, in einem paritätisch zusammengesetzten sozialen Ausschuß als prüfendem und vorberatendem Organ behandelt werden. Eine diesbezügliche Vereinsvorlage steht diesmal zur Beratung, und ich hoffe zuversichtlich, daß wir, wenn auch nach unerwartet langen Mühen und Verhandlungen, endlich das Richtige getroffen haben.

Seit dem vorigen Jahre hat sich aber auch unser Vereinskleid geändert. Wir tagen hier in Jena unter neuen Satzungen, welche wir uns in Danzig, den

größeren und veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, gegeben haben, und welche am 1. Januar d. J. in Kraft getreten sind.

Neben der Neuorganisation der Geschäftsführung und Redaktion sind es vor allem die in den Satzungen vorgesehenen, neu eingeführten Fachgruppen, welche die Tätigkeit unseres Vereins zu erweitern und alle Spezialisten in unserem Verein zu engerem, wissenschaftlichem und persönlichem Zusammenschluß zu sammeln berufen sind.

Neben den 19 Bezirksvereinen werden sich hier in Jena bereits sage und schreibe 11 Fachgruppen konstituieren und wissenschaftlich betätigen. Welch große Bedeutung diese neue Einrichtung für den Verein erlangt hat, geht am besten aus dem jetzt 4 statt früher 2 Seiten umfassenden Programm für unsere Hauptversammlung hervor. Eine solch große Zahl von Vorträgen, nämlich 34, ist noch niemals seit Bestehen des Vereins angemeldet worden. Daß sich so viele Vorträge nur in Sektions-sitzungen bewältigen lassen, ist selbstverständlich. Daneben wird es aber zukünftig unsere vornehmste Aufgabe sein müssen, der etwa zu befürchtenden Zersplitterung und allzugroßen Spezialisierung dadurch vorzubeugen, daß wir neben der Fest-sitzung einen ganzen Vormittag allgemeinen, alle Mitglieder gleichmäßig interessierenden Vorträgen widmen, selbst wenn dadurch der bisher dritte, den Exkursionen und dem Festaussflug gewidmete Tag noch ganz oder teilweise für die Fachgruppen reserviert werden muß. Mein besonderer Gruß gilt daher diesen neuen Fachgruppen und ihren Vertretern, und mein herzlichster Dank sei allen denjenigen übermittelt, die sich um das schnelle Zustandekommen derselben so eifrig bemüht haben.

Willkommen drum alle, die Sie als Gäste, Freunde und Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands, von den fernen Grenzen des Südens und Nordens, des Ostens und Westens, selbst aus dem Auslande nach hier gekommen sind.

Neben dem früheren Vorsitzenden des Vereins, welcher nach den neuen Satzungen zum ersten Male als Vorstandsratsmitglieder uns gestern mit Rat und Tat auf Grund seiner jahrelangen Erfahrungen zur Seite gestanden hat, begrüße ich herzlichst unser Ehrenmitglied Herrn Prof. Dr. F. Fischer und last not least unser neuestes Ehrenmitglied, Herrn Geheimrat Professor Dr. C. Engler aus Karlsruhe. Wie in der Ernennungsurkunde zum Ausdruck gebracht, steht er uns nicht nur als Lehrer und Forscher auf rein wissenschaftlichem Gebiete, sondern vor allem auch als Spezialist auf dem technischen Gebiete der Ölchemie und vor allem des Erdöls nahe. Seine Theorie über die Entstehung des Petroleums wird er die Freundlichkeit haben, uns nachher vorzutragen.

Vor allem aber begrüßen wir unsere Gäste, die in so großer Zahl an unserer Hauptversammlung teilnehmen.

Verehrte Vereinskollegen! Wir haben die hohe Ehre und Freude, in unserer Mitte zu sehen:

Als Vertreter von Behörden, und zwar für: Großherz. Sächs. Staatsministerium: Herr Staatsminister Dr. Rothe Exz.; Herr Ministerialdirektor Vollert;

Reichsschatzamt und technische Prüfungsstelle: Herr Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. v. Buchka;

Kaiserl. Gesundheitsamt: Herr Reg.-Rat Dr. Beck;

Kaiserl. Normal-Aichungskomm.: Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Weinstein;

Universität Jena: Herr Prorektor Prof. Dr. Delbrück Magn.;

Stadt Jena: Herr Oberbürgermeister Singer;

Bewaffnete Macht: Herr Major und Bataillonskommandeur v. Eschwege;

Med.-Naturwissenschaftl. Verein Jena: Herr Prof. Dr. F. Maurer.

Folgende befreundete Vereine sind vertreten:

Verein zur Wahrung der Interessen und Deutsche Bunsengesellschaft: durch Prof. Dr. Lepsius;

Verband selbst. öffentl. Chemiker: durch Dr. Woy;

Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker: durch Dir. Dr. Beythien;

Verein Österreich. Chemiker: durch Dr. Bein;

Verein der Kaliinteressenten: durch Bergassessor Dr. Loewe;

Verein Deutscher Ingenieure: durch Dir. Wunder;

Verein der Eisenhüttenleute: durch Komm.-Rat Brauns;

Verein chem. Reichsanstalt: durch Geh. Hofrat Prof. Dr. Beckmann.

Darauf sprachen folgende Herren Worte der Begrüßung und Beglückwünschung:

Staatsminister Dr. Rothe: Hochgeehrte Damen und Herren! Im Namen des Ehrenausschusses habe ich die Freude, den Verein deutscher Chemiker bei seiner diesmaligen Tagung in Jena willkommen zu heißen. Gleichzeitig habe ich im Namen der Großherzoglichen Staatsregierung dem Verein bei seiner diesmaligen Tagung ein herzliches Willkommen zuzurufen. Es war eine Freude für uns zu erfahren, daß der Verein auf seiner Wanderung durch Deutschland auch Thüringen und Jena besuchen wollte, und ganz besonders erfreulich war es, aus dem Munde des Herrn Vorsitzenden zu erfahren, welche freundliche Sympathien für Thüringen und speziell für Jena mitgebracht werden. Die Sympathien sind auch auf unserer Seite vertreten und in gleicher Stärke wie auf Seiten des Vereins. Es darf deshalb wohl angenommen werden, daß die Herren und die geehrten Damen sich hier in Thüringen und insbesondere in Jena wohlbefinden werden, und daß die Versammlung eine freundliche Erinnerung bei Ihnen hinterlassen wird.

Aber nicht bloß zum Vergnügen sind Sie zusammengekommen, sondern zu ernster Arbeit, und auch für diese ernste Arbeit wünscht Ihnen die Großherzogliche Staatsregierung reichen und guten Erfolg. Wie jede gesunde Organisation es bewirkt, daß die Kräfte des einzelnen wachsen, so ist es namentlich auch bei dem Verein deutscher Chemiker. Als eine Vertretung der deutschen Wissenschaft und Technik, in ihrer Vereinigung mit Handel und Industrie hat sich der Verein deutscher Chemiker die Aufgabe gestellt, die Interessen seiner Mitglieder und des Vereins zu fördern; wie ihm dies

bisher gelungen ist, das ergibt die Geschichte dieses Vereins. Machtvoll emporgewachsen ist die Zahl der Mitglieder, aber auch die innere Kraft und Stärke des Vereins hat von Jahr zu Jahr zugenommen; deshalb wird es auch dem Verein wie bisher so weiterhin gelingen, nicht bloß die Interessen seiner Mitglieder und des Vereins selbst zu wahren und zu heben, sondern den Ruhm der deutschen Chemiker, der sich über den ganzen Erdball ausgedehnt hat, in seinem bisherigen Glanze zu erhalten. Und in diesem Sinne heiße ich Sie herzlich willkommen zu ernster und fruchtbringender Arbeit, wie zu den Stunden der Erholung, indem ich Ihrer Tätigkeit reichsten Erfolg wünsche. (Lebhafter Beifall.)

Geheimer Oberregierungsrat v o n B u c h k a : Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich mit einem Wort des verbindlichsten Dankes beginne dafür, daß Sie zu dieser Ihrer Tagung eine Einladung an die Reichsbehörden haben ergehen lassen. Ich bitte Sie zu gestatten, daß ich diesen Dank zugleich ausspreche im Namen der anderen anwesenden Vertreter von Reichsbehörden, des Herrn Geheimen Regierungsrats Prof. Dr. W e i n s t e i n , als Vertreter der Kaiserlichen Normaleichungskommission, und des Herrn Regierungsrat Dr. B e c k , als Vertreter des Reichsgesundheitsamts.

Sie haben für Ihre Versammlung einen Ort gewählt, der durch die bevorzugte Lage im Herzen Deutschlands, die Schönheit seiner Umgebung, die altherwürdige Geschichte der Stadt und der Universität in hervorragendem Maße sich auszeichnet, einen Ort, mit dessen Geschichte aber auch die Entwicklung der Industrie in der neuen Zeit wesentlich verknüpft ist. Dazu hat Ihr verehrlicher Vorstand eine Fülle von Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die zurzeit im Vordergrund des Interesses der chemischen Welt stehen, mögen sie nun auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, sozialem oder anderem Gebiet gelegen sein. Damit würden alle Voraussetzungen erfüllt sein für einen gedeihlichen Verlauf Ihrer Jahresversammlung. Möchten noch zwei Faktoren hinzukommen: Die Gunst des Wetters und eine fröhliche Stimmung aller Festteilnehmer. Nehmen Sie nochmals den verbindlichsten Dank der anwesenden Vertreter der Reichsbehörden dafür, daß Sie Ihrer heutigen Jahresversammlung beiwohnen und damit das Interesse bekunden dürfen, das die Reichsbehörden von jeher an der Entwicklung Ihres Vereins genommen haben! (Lebhafter Beifall.)

Se. Magn. Prof. Dr. Delbrück-Jena: Hochverehrte Versammlung! Wenn jetzt irgendwo in der Welt von der Chemie gesprochen wird und etwa auch von diesem Verein, in dem ein so großer Teil der chemischen Wissenschaft vertreten ist, so denkt jeder zunächst an die ungeheure Weltwirkung der Chemie. Ich, der ich hier als Vertreter einer Universität zu sprechen habe, darf vielleicht ein Wort sagen von der stillen Entfaltung der Wissenschaft und von ihrer Stellung auf den deutschen Hochschulen. Ich glaube, meine Herren Chemiker, Sie können auch in dieser Hinsicht zufrieden sein. Ich bin zwar erst seit 40 Jahren akademischer Lehrer, und kann also nicht sehr lange zurückblicken (Heiterkeit), aber selbst ich erinnere mich doch,

daß die Stellung der Chemie im Kreise ihrer Schwestern eine einigermaßen bescheidene war. Wie ist das jetzt anders geworden! Das weiß selbst der Laie. Wir haben natürlich keinen Einblick in den inneren Betrieb ihrer Wissenschaft, aber wir wissen doch: jetzt gibt es Kollegen, von denen man nicht recht weiß, sind sie eigentlich Chemiker oder sind sie Physiker, und so ist die Chemie schon dicht an die Seite dieser alten königlichen Schwester gerückt. Dann wieder denken Sie an die Physiologie, welche die Erscheinungen des unendlich komplizierten Dinges, das man Leben nennt, in chemische und physikalische Probleme aufzulösen sucht, in dem Bestreben, damit ihrer eigenen Wissenschaft die langersehnte und immer erhoffte solide wissenschaftliche Grundlage zu verleihen. Und endlich, wenn wir ein Interesse haben an den immer erneuten Versuchen der Menschen, das Weltbild, welches die Fantasie entwirft, wissenschaftlich zu begründen, dann hören wir gelegentlich, daß doch auch mancher der alten Scheidekünstler zu den Konstrukteuren der Weltmaterie gehört.

Alles dies, meine verehrten Anwesenden, und vieles, was dahin gehört, hätte man vor 30 Jahren nicht sagen können.

Meine Herren! Wir deutschen Universitätsgelehrten legen einen großen Wert darauf, daß wir uns nicht, wie es z. B. unsere amerikanischen Kollegen tun, von dem Leben und dem politischen Dasein zurückziehen; wir wollen Bürger sein, wir wollen teilnehmen an den Geschicken des Staates, in dem wir leben; wir wollen auch an unserem Teil unser Stück Verantwortung tragen. Aber wenn wir so scharf betonen, daß wir nichts anderes sein wollen als andere Bürger, so legen wir doch den entscheidenden Wert zugleich darauf, daß es in der Welt verschiedene Wertmesser gibt, und daß wir unseren eigenen Wertmesser haben. Es kann wohl geschehen, daß irgend ein Erzeugnis menschlicher Geisteskraft das Geldwesen dieser Welt bewegt, daß es von den staatlichen Behörden freudlich angesehen, registriert, patentiert und dekoriert wird. Das alles macht auf uns wenig Eindruck. Erst wenn jemand an dem eigentümlichen Wertmesser, den wir haben, eine gewisse Höhe erreicht, dann, meine Herren, erheben wir uns von den Sitzen, strecken die Hände entgegen und sagen: Tritt ein mein Freund, du bist willkommen.

Meine Herren von dem Verein deutscher Chemiker, im Namen dieser alten deutschen Hochschule danke ich für die gütigen Glückwünsche, die uns dargebracht worden sind, und im Namen dieser alten Hochschule rufe ich Ihnen zu: Treten Sie ein bei uns, und seien Sie uns herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister S i n g e r : Hochansehnliche Versammlung! Meine verehrten Damen und Herren! Auch ich folge, und zwar gern, einem mich besonders ehrenden Auftrage der städtischen Kollegen, wenn ich Ihnen jetzt namens derselben, aber auch namens der Bewohnerschaft ein herzliches Willkommen in unserem Jena zurufe und Ihnen zugleich mit wenigen schlichten, aber von Herzen kommenden Worten sage, mit welcher inniger Freude es die Gemeindebehörden aufgenommen haben, daß Sie unsere Stadt zu Ihrer Tagung in diesem Jahre ansehen haben.

Meine Herren! Wir haben uns allerdings keinen Augenblick im Zweifel darüber befunden, daß bei der Wahl unserer Stadt als Versammlungsort für Sie vorwiegend den Ausschlag gegeben hat unsere alt-ehrwürdige Universität mit ihren wissenschaftlichen Leuchten, mit den gut geleiteten Instituten, und weiter die in der ganzen Welt bekannten großindustriellen Betriebe Karl Zeiß und Otto Schott. Aber ganz im geheimen, ich darf es heute verraten, haben wir doch gehofft, daß der Zauber, der nun einmal mit dem Namen Jena verknüpft ist, Ihnen den Entschluß erleichtert und bei der Entscheidung Ihnen die Worte in den Mund gelegt hat: ich würde doch nach Jena gehen. Unsere leisen Hoffnungen scheinen sich verwirklicht zu haben; wenn ich für diese meine Behauptung versuche, den Beweis anzutreten, so tue ich dies nicht nur durch den Hinweis auf die liebenswürdigen Worte des Herrn Vorsitzenden, nicht durch Bezugnahme auf die überaus erfreuende zahlreiche Teilnahme, sondern ich beziehe mich auch auf einen außerordentlich illustren Zeugen: auf das für Sie vielleicht, für mich jedenfalls maßgebende Zeugnis Ihres derzeitigen verehrten Herrn Vorsitzenden, des Herrn Prof. D u i s b e r g. Es hat meinen bürgermeisterlichen Gefühlen unsagbar wohlgetan, als Ihr Herr Vorsitzender bei unserem ersten Zusammensein mir seine Fahrt von Elberfeld nach Jena schilderte und mir dabei verriet, wie die Erinnerungen in ihm wach geworden seien an die goldene Jugendzeit, und wie sein Herz immer wärmer und wärmer geworden sei, als er immer näher herangekommen an das alte liebe, närrische Nest, das ihn vor beinahe 30 Jahren als flotten Studio, aber auch als tüchtigen Schüler unseres G e u t h e r beherbergte. Täusche ich mich nicht: wie ihm, so geht es vielleicht manchem unter Ihnen. Freilich das Jena von vor 30 Jahren grüßt Sie nicht mehr. Es ist bei uns vieles anders geworden, ob zum Besseren, das steht dahin; ungeahnt ist die Entwicklung unserer Stadt. Es ist eine neue Zeit heraufgezogen, und neue große Aufgaben sind für die städtische Verwaltung erwachsen. Wenn wir gleichen Schritt haben halten dürfen mit anderen aufblühenden Städten Deutschlands, so danken wir dies neben anderen Faktoren mit der erfolgreichen Hilfe der von Ihnen, meine Herren, vertretenen herrlichen Wissenschaft. Es wäre vermessen von mir, Ihnen jetzt darzulegen, welche bedeutsamen Einflüsse die Chemie in ihren großen Gebieten und Unterabteilungen auf die Entwicklung unserer deutschen Städte gehabt hat. Aber, meine Herren, das darf ich wohl hier aussprechen, daß der Chemiker, mag er nun Theoretiker oder Praktiker sein, mit dem Verwaltungsbeamten übereinstimmen muß, daß ein deutsches Gemeinwesen jetzt und künftig nicht mehr der Hilfe der Chemiker entraten kann. Und so grüße ich Sie auch dankbar als wirksame erfolgreiche Helfer der städtischen Verwaltungen in Deutschland.

Aber unsere Dankbarkeit, ich möchte beinahe sagen, unsere Zuneigung soll nicht nur eine platonische sein, sondern wir Jenenser wollen unseren lieben Gästen, den Herren Chemikern, unsere Wertschätzung beweisen, und so bitten wir Sie denn, daß Sie das von der Stadt gebotene, in allerdings bescheidenen Grenzen sich haltende Marktfest freundlich annehmen wollen, und ich hoffe nur, daß Jupiter

pluvius mit Ihnen und uns ein Einsehen haben möge. Ihren Verhandlungen wünsche ich besten Verlauf und heiße Sie nochmals herzlich willkommen in dem alten lieben Jena! (Lebhaftes Bravo!)

Prof. Dr. L e p s i u s: Hochverehrter Herr Präsident, hochansehnliche Versammlung! Die beiden der angewandten Chemie dienenden Schwestervereine, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands und die Bunsengesellschaft für angewandte Chemie, haben mich beauftragt, für die liebenswürdige Einladung zu Ihrer Tagung von Herzen zu danken und die Grüße dieser beiden Vereine zu überbringen.

Vor wenigen Tagen bin ich von der Versammlung in der österreichischen Kaiserstadt Wien zurückgekehrt, wo die Bunsengesellschaft im Angesicht der herrlichen Bauten, Plätze und Denkmäler dieser wunderschönen Donaustadt tagte, die sich eben schmückte, das denkwürdige Jubiläum ihres ehrwürdigen Kaisers zu feiern. Von der Donau bringe ich die herzlichsten Wünsche für die Tagung an der Saale. Möge auch hier dieselbe glänzende Sonne scheinen, wie in Wien, nicht nur außen, sondern auch innen über den Vorträgen, über den wissenschaftlichen Verhandlungen.

Der Verein zur Wahrung der chemischen Interessen Deutschlands, der in diesem Jahre in Freiburg tagen wird, sendet ebenfalls die herzlichsten Grüße für die hiesige Tagung, für deren guten Erfolg ich meine persönlichen Wünsche bitte anschließen zu dürfen. (Bravo!)

Dr. W o y: Im Namen des Verbands selbständiger Chemiker Deutschlands danke ich für die Einladung zu Ihrer Versammlung und bringe Ihnen die herzlichsten Glückwünsche dieses Vereins. (Bravo!)

Dr. B e y t h i e n: M. H.! Die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker hat mich beauftragt, Ihnen zur heutigen Versammlung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche zu überbringen. Die Beziehungen, die uns persönlich vereinigen mit Ihrer alle deutschen Chemiker umfassenden Vereinigung, sind so fest gegründet, daß ich mir versagen darf, darauf näher einzugehen; ja, ich glaube sogar darauf hinweisen zu dürfen, daß wir mit den gleichen Waffen scheinbar verschiedenen Zielen entgegenarbeiten. Die deutschen Chemiker betrachten es als einen Triumph ihrer Wissenschaft, Naturprodukte synthetisch zusammenzusetzen, im Tiegel und in der Retorte zu erzeugen. Sie haben zweifellos bereits großes auf diesem Gebiete geleistet. In der synthetischen Erzeugung der Nahrungsmittel haben wir noch nicht die gleichen großartigen Erfolge erzielt, und ich darf darauf hinweisen, daß es uns bezüglich gewisser Getränke sympathisch ist, wenn sie nicht synthetisch dargestellt werden. Mir persönlich ist selbst der berühmte Wein, der an den Jenaer Bergen oder an meinen heimischen Meißner Bergen wächst, immer noch angenehmer als das köstlichste Kunstprodukt. Hier trennen sich unsere Wege. Der Nahrungsmittelchemiker sucht mit denselben Waffen, die auch Ihnen zu Gebote stehen, die feinen Unterschiede herauszufinden, die zwischen Natur- und Kunstprodukt bestehen. Er will den Synthetiker davor bewahren, die Erzeugnisse der Synthese selbst genießen zu müssen. Ich zweifle nicht,

daß eine Zeit kommen wird, wo wir unser Mandat abgeben und in den Schoß der deutschen Chemiker zurückkehren können. Nach dem, was wir gestern gesehen haben, kann ja diese Zeit nicht mehr fern sein. Wir haben gestern Abend in dem Drama aus dem Jahre 3000 die Herren mit den großen Köpfen gesehen, die sich wirklich rein synthetisch ernährten, und vielleicht erleben wir es noch, daß alle diese Produkte künstlich hergestellt werden. Die großen Geister Ihres Vereins haben uns bereits das künstliche Eiweiß geschenkt: es ist sicher nur eine Frage der Zeit, daß man auch den Wein künstlich herstellen wird.

In dem Wunsche, daß auch die diesmalige Tagung weiteres Rüstzeug für den Chemiker liefern wird, nicht nur die Nahrungsmittelverfälschung nachzuweisen, sondern auch die synthetische Nahrungsmittelchemie zu vervollkommen, schließe ich und hoffe, daß Ihre heutige Versammlung reichen Erfolg haben möge.

Dr. S. Bein: Meine verehrten Anwesenden! Der Verein österreichischer Chemiker bzw. dessen Präsidium hat mich beauftragt, zunächst Ihrem Vorstand für die freundliche Einladung herzlichsten und verbindlichsten Dank auszusprechen. Der Verein österreichischer Chemiker zählt fast alle Fachgenossen Österreich-Ungarns zu seinen Mitgliedern und verfolgt die gleichen Ziele wie der Verein deutscher Chemiker; er hat nicht nur die Nahrungsmittel- und die uns sonst interessierende Gesetzgebung zu beeinflussen, sondern unter anderem auch die Interessen der Chemiker nach allen Richtungen hin zu vertreten. Unser Verein, der diese Aufgaben zum allgemeinen Wohle bearbeitet, hat die bisherige Tätigkeit des Vereins deutscher Chemiker mit Anerkennung verfolgt. Er dankt daher hier nochmals durch mich für die ihm gewordene Einladung, wünscht besten Erfolg der Hauptversammlung und hofft, daß die freundlichen Beziehungen, die bisher bestanden, auch in Zukunft fortdauern werden. (Bravo!)

Dir. Wunder: Sehr verehrte Anwesende! Ich bin beauftragt, im Namen des Vereins deutscher Ingenieure Ihnen für die liebenswürdige Einladung zu Ihrer Hauptversammlung den Dank und die Grüße dieses Vereins zu übermitteln. Wenn es einerseits zu den vornehmsten Aufgaben für uns Ingenieure gehört, der chemischen Industrie die Maschinen und Vorrichtungen zur wirtschaftlichen Verwertung ihrer großen Ideen zu liefern, so verdanken wir andererseits Ihrem Wirken die Quellen unserer Kraft und das Material, mit dem wir unsere Konstruktionen aufbauen.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der technischen Chemie berühren sich die Bestrebungen beider Vereine, auch unsere ingenieur-wissenschaftlichen Arbeiten gründen sich größtenteils auf die hervorragenden Leistungen der deutschen Chemiker auf chemisch-wissenschaftlichem Gebiet! Meine Herren! Wir deutschen Ingenieure sind stolz darauf, mit einem so großen Verein hervorragender Männer zusammen zu arbeiten. In diesem Sinne begrüßt der Verein deutscher Ingenieure die diesjährige Hauptversammlung und wünscht Ihrer Tagung besten Erfolg. (Bravo!)

Kommerzienrat Brauns: Als eine Berufsvereinigung, die dem Verein deutscher Chemiker

besonders nahe steht, entbietet auch der Verein deutscher Eisenhüttenleute Ihrer Versammlung seine besten Grüße und seine Wünsche für einen guten Erfolg Ihrer Bestrebungen. Die überaus nahen Beziehungen, ich kann wohl sagen, die nahe Verwandtschaft, die zwischen dem Eisenhüttenwesen und der Chemie besteht, machen es erklärlich, daß wir Ihre Bestrebungen von jeher mit dem größten Interesse verfolgt haben und noch verfolgen und uns Ihnen anschließen. Die Chemie ist die Grundlage für die wichtigsten Zweige der Eisenhüttentechnik. Das chemische Laboratorium und die dort festgestellten Resultate dienen uns nicht allein als zuverlässige Grundlage für die Wertbemessung unserer Rohstoffe und Fabrikate, sondern sie dienen uns auch als Leitfaden für die Ausführung unserer wichtigsten Fabrikationsprozesse. Sie werden daher das Interesse verstehen, mit dem wir stets Ihre Bestrebungen verfolgt haben, und ich wünsche Ihnen nochmals den besten Erfolg dafür, zur Ehre und zum Nutzen unserer vaterländischen Industrie und unseres deutschen Handels. (Bravo!)

Vors.: Ihnen allen, hochverehrte Gäste, die Sie an uns so überaus freundliche Worte des Willkommens und der Anerkennung gerichtet haben, sage ich für die guten Wünsche, die Sie daran geknüpft, im Namen des Vereins deutscher Chemiker herzlichsten Dank. Wir werden, wie Sie schon einleitend gehört haben, versuchen, unentwegt unserem Ziele zuzustreben, die sämtlichen akademisch gebildeten deutschen Chemiker um unser Panier zu scharen, zum Heile unserer Wissenschaft und Technik, zum Segen unseres Berufs und zum Vorteil unseres Standes.

Verschieden sind der Menschen Wünsche,
Und allen recht tun, ist sehr schwer.
Grad' was den einen stellt zufrieden,
Darüber schimpft der andre sehr.

Zum Dank für die Worte der Sympathie und Anerkennung, die unserem Verein hier entgegengebracht worden sind, und vor allem für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden, bitte ich Sie, hochverehrte Vereinsmitglieder, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Meine verehrten Damen und Herren! Wie stets auf unseren Hauptversammlungen, so wollen wir auch heute Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser ein Huldigungstelegramm senden. Ich schlage Ihnen dafür folgende Fassung vor:

An Seine Majestät den deutschen Kaiser,
Berlin.

Eurer Kaiserlichen Majestät, dem erhabenen Wahrer des Friedens, dem Förderer und Schutzherrn der technischen Wissenschaften und der Industrie senden bei der Eröffnung ihrer diesjährigen Tagung in Jena die aus allen deutschen Gauen zahlreich versammelten Chemiker ihre ehrfurchtsvollen Grüße und bitten, die Versicherung ihrer unwandelbaren Treue und Ergebenheit entgegennehmen zu wollen.

Verein deutscher Chemiker.
I. A. Prof. Duisberg.

Darauf ging im Laufe des Tages folgende Antwort ein:

Se. Majestät der Kaiser und König haben den freundlichen Gruß der dort versammelten deutschen Chemiker huldvollst entgegengenommen und lassen vielmals danken.

Auf allerhöchsten Befehl
des Geheime Kabinettsrat
von Lucanus.

Gleichzeitig aber gebührt es uns, wo wir Gäste Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen sind, auch Seiner zu gedenken. Ich schlage Ihnen daher folgendes Telegramm vor:

An Seine Königliche Hoheit, den Großherzog von Sachsen in Weimar.

Eurer Königlichen Hoheit bringt die soeben in Jena eröffnete diesjährige Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker ihre Huldigung und ehrfurchtsvollen Grüße dar.

Verein deutscher Chemiker.

I. A. Prof. Duisberg.

Darauf ging folgende Antwort ein:

„Seine Königliche Hoheit der Großherzog lassen für die Huldigung der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker herzlich danken.
gez. Freiherr von Fritsch.“

Neben zahlreichen Briefen von hochverehrten Gästen, von Ehrenmitgliedern und von befreundeten Vereinen, die verhindert sind, an unserer festlichen Veranstaltung teilzunehmen, sind noch verschiedene Telegramme eingetroffen.

Nun darf ich wohl den Herrn Vortragenden bitten, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Auerbach: Hochansehnliche Versammlung! Vor einigen Wochen erschien Herr Kollege Vongerichten bei mir und forderte mich auf, Sie gewissermaßen in den genius loci einzuführen und Ihnen von der Carl Zeißstiftung und von Ernst Abbes sozialen Ideen zu erzählen. Vernünftigerweise hätte ich diese Aufforderung ablehnen müssen, denn in meinem bürgerlichen Beruf bin ich ehrsamrer Physiker, und von volkswirtschaftlichen Dingen verstehe ich sicher weniger, als so manche von Ihnen, m. H. Dazu kommt, daß die Anschauungen und Grundsätze Abbes denen, die in der heutigen chemischen Industrie herrschen, in entscheidenden Punkten geradezu entgegengesetzt sind; und da Abbe, wie alle kraftvollen Persönlichkeiten auch im Ausdruck seiner Meinung nicht bei Schwächlichkeiten stehen blieb, so wird auch mir nichts anderes übrig bleiben, als deutlich zu werden. (Heiterkeit.) Wenn ich trotzdem an dieser Stelle stehe, so mögen Sie daraus ersehen, daß der Mensch nicht immer nach Vernunftgründen handelt, sondern sich auch von anderen Motiven bestimmen läßt, und es ist klar, was das hier heißt.

Sie bezeichnen diese Versammlung als Ihre Festversammlung, und über Abbe zu reden, ist mir in der Tat ein Fest. Ich habe den lebhaften Wunsch, es möchten recht viele erfahren, was er gewollt, gedacht und erreicht hat, und zwar möchten Sie das in der richtigen Weise erfahren. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und möchte diejenigen unter Ihnen, die es angeht, bitten, diesen Saal und diese Stadt nicht so zu verlassen, wie Sie

sie betreten haben, sondern von dieser Stadt und vielmehr noch von den Räumen der industriellen Tätigkeit, die Sie hier zu sehen bekommen, ein Samenkorn, sei es auch nur ein einziges Samenkorn, mitzunehmen nach Hause, an die Stätte Ihres eigenen Wirkens und Strebens!

Meine Damen und Herren, seit einiger Zeit finden unter den Historikern Diskussionen statt über die Frage, ob die Weltgeschichte von den Personen gemacht wird oder von den Dingen. Eine ganz müßige Frage; denn die Wechselwirkung beider Faktoren liegt klar zutage, und es kann sich nur darum handeln, in welcher Weise sie ihre führende Rolle periodisch tauschen. Zu gewissen Zeiten werden die Dinge die Kraft in sich tragen, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln; aber leider ist diese Entwicklung immer auch mit einer Verwicklung verknüpft. Es treten Gegensätze heraus; es geht die Klarheit der Zustände verloren, schließlich tritt eine heillose Verwirrung zutage, und das ist der Moment, wo nun die Persönlichkeit in die Weltgeschichte tritt, die kraftvolle Persönlichkeit, die mit dem Schwert den gordischen Knoten zerhaut. Von den vielen Beispielen, die wir dafür kennen, brauche ich bloß an das für uns Deutsche zunächst Liegende zu erinnern, wenn ich den Namen des Fürsten Bismarck nenne. Die Kräfte, die ihm gegeben waren, blieben bis zu seinem reifen Mannesalter latent, und erst die Zustände im alten Bunde, die Gegensätze zwischen Norddeutschland und Süddeutschland, Preußentum, Junkertum, die heillose Verwirrung, wie sie in Frankfurt zutage trat, diese Zustände mußten da sein, um die Kraft dieses gewaltigen Mannes zu befreien. Jetzt ist er längst dahin, und gegenwärtig fangen schon wieder die Dinge an, ihr Spiel zu treiben, sich zu entwickeln und sich zu verwickeln (Heiterkeit), und vielleicht ist schon wieder die Zeit gekommen für eine Persönlichkeit, — wenn sie nur erst da wäre. (Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen.)

Nun zu unserem Thema zu kommen: auf die Frage, ob man Großes und Kleines vergleichen dürfe, gibt es meiner Meinung nach nur die Antwort, daß es hier nicht auf das absolute Maß ankommt, sondern auf das, was man die spezifische Größe nennen kann, und in bezug auf diese spezifische Größe, gemessen an der begrenzten Lebensaufgabe und Lebenserfüllung, in diesem Sinne kann man Abbe getrost mit Bismarck in Parallele stellen. Auch Abbe war von Natur ein genialer Mann, aber es bedurfte auch für ihn der Zustände, um ihn zu dem werden zu lassen, als was er vor uns steht. Und was für Bismarck die politische Misere, das war für Abbe die soziale. Es ist absolut notwendig, die beiden Faktoren, die Persönlichkeit und die Zustände, einzeln zu erfassen und dann erst zur Erkenntnis des Lebenswerkes zusammenzuschweißen, sonst läuft man Gefahr, über der Weichheit und Idealität des Gedankens die Härte und Realität der Persönlichkeit aus dem Auge zu verlieren. Und das muß betont werden: so weichen Herzens Abbe als Privatmann gewesen sein mag, als Wollender und Wirkender war er von härtestem Holze, und so wenig war er Idealist, daß er auch in dieser Hinsicht dem großen Manne nichts nachgab. Die Voraussetzung, wenn er etwas in den Kreis seiner Ideen einbeziehen sollte,

war deren reale Möglichkeit. Freilich war auch er ein Meister in der Erweiterung des Begriffs Möglichkeit. Die Zaghaften und die Zweifler dort und hier haben vieles für Utopie erklärt, dessen sich die heutige Generation als eines sicheren Besitzes erfreut. Wie wichtig es ist, die Persönlichkeit in den Vordergrund zu rücken, sehen Sie nun am besten daraus, daß man vielfach die Meinung hat aussprechen hören, A b b e sei so baar allen Egoismus gewesen, daß er eben das gesamte Ergebnis seiner Lebensarbeit von sich geworfen und der Welt zu Füßen gelegt habe. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn man die Carl Zeißstiftung und das ihr zur Richtschnur dienende Statut bis ins letzte verfolgt, so kommt man zu dem Ergebnis, A b b e habe in seinem egoistischen Willen — das Wort Egoismus hier allerdings in einem höchsten und herrlichsten Sinne gebraucht —, er habe den egoistischen Willen gehabt, auf ewige Zeit, soweit es auf dieser Welt Ewiges gibt, spiritus rector des von ihm geschaffenen Werkes zu bleiben. Er wollte über seinen physischen Tod hinaus etwas, ja beinahe alles zu sagen haben: er wollte sein Werk nicht in die Hände anderer geben.

Diese anderen wären zunächst, wenn er solche gehabt hätte, seine Söhne gewesen, und man hat darüber gestritten, ob er in diesem Falle nicht ganz anders gehandelt hätte. Nach dem, was ich weiß, glaube ich das nicht, denn auch Söhne sind anders als die Väter, und es gibt Beispiele, wo sie sogar ganz anders sind. (Heiterkeit.)

Wie die Dinge nun aber liegen, war ja die gegebene Sache die, sein Unternehmen in blutsfremde Hände zu legen, und das machte ihm Sorge. Wenn man das vielleicht für übertriebenen Pessimismus zu halten geneigt sein möchte, so muß man bedenken, daß das in dem Statut niedergelegte System von Mut und Überzeugungstreue ein so geschlossenes ist, daß man höchst selten einen geeigneten Nachfolger dafür zu finden erwarten kann. Was ihn aber am meisten schreckte, war die Aussicht, und diese Aussicht wäre, wie die Dinge heute liegen, so gut wie Gewißheit gewesen: sein Werk in die Hände derjenigen Klasse auszuliefern, die heutzutage die Industrie beherrscht: in die Hände der Kapitalisten, der Aktionäre. Nur keine Aktiengesellschaft, das war sein Gedanke. Und warum nicht? Um das zu verstehen, müssen wir nun den anderen Faktor, die Zustände in der Industrie ins Auge fassen.

Diese Zustände waren nun bekanntlich höchst traurige zu der Zeit, als der Knabe A b b e seinem in einer Spinnerei als Vorarbeiter tätigen Vater das Mittagessen in die Fabrik trug, bestimmt, in wenigen Minuten heruntergeschlungen zu werden, um ja nichts von der zur Existenz notwendigen Arbeitszeit zu verlieren, einer Arbeitszeit, die 14, ja 15 Stunden betrug. Da mochte sich schon in dem Knaben etwas regen, und diese Regung wuchs und wurde schließlich die auslösende Kraft für die Entschliebung des reifen Mannes.

Aber, und das ist der springende Punkt, diese Regungen blieben nicht im Herzen, diesem Deutschland des menschlichen Geistesorganismus, sondern sie wanderten nach dessen Amerika, nach dem Kopf aus, und dort nahmen sie Formen ernster, nüchterner, realer Gedanken an. A b b e war eben

kein Achtundvierziger, er war ein Bismarck. Die Misère um ihn herum brachte ihn nicht zu einem phrasenhaften Programm: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Tod den Tyrannen! Nein, wie Bismarck das Nächste ins Auge faßte: Schaffung der preußischen Armee, so ging er in jahrelanger, harter Arbeit daran, in seinem Kopfe diejenige Organisation auszuarbeiten, die geeignet wäre, die Misère auf dem begrenzten Gebiete, auf das er Einfluß hatte, zu beseitigen.

Absichtlich habe ich das Bild von der preußischen Armee gebraucht, dieser Verkörperung von Kraft und Ordnung. Denn wenn andere die soziale Frage vom Gesichtspunkt des Mitleids zu lösen wünschen, und wenn auch unsere heutige deutsche soziale Gesetzgebung, so günstig sie wirken mag, doch im Grunde den Stempel des Mitleids an der Stirn trägt, so dachte A b b e darin ganz anders: Wenn jemand krank und elend und alt ist, dann soll er in meine Privatwohnung kommen, ich will ihm helfen so gut ich kann; in der Fabrik interessieren mich die Kranken und Alten erst in zweiter Linie. In erster Reihe interessieren mich die Gesunden, die Kräftigen, die auf der Höhe ihrer Arbeit stehen. Und wenn man nun einwarf: Diese Leute brauchen doch keine Wohltat, dann brauste er auf und sagte: es handelt sich nicht um Wohltat, es handelt sich um ihr gutes Recht. Und wenn man weiter sagte: Können sich diese kräftigen Leute ihr Recht nicht erkämpfen? Dann sagte er, Nein, das geht nicht. Sie haben die Kraft, am Webstuhl oder an der Drehbank zu arbeiten, aber sie haben nicht die Kraft, aus dem Sumpfe ihrer Hilflosigkeit sich emporzuziehen. Und weshalb nicht? Deshalb nicht, weil die schließlich entscheidende Rolle im heutigen industriellen Leben weder die physische, noch die geistige Kraft spielt, sondern die Geldmacht, das Kapital. Und nun werden Sie begreifen, warum A b b e der Gedanke schreckte, auch seines Werkes könne sich die Aktie bemächtigen: deshalb also Befreiung der Arbeit von dem Kapital, das war die Quintessenz, die sich aus der täglichen und leider oft auch nächtlich brodelnden Bewegung seiner Gedanken herausdestillierte. Und nun kommt einer der Punkte, deren wir noch mehrere finden werden, wo es notwendig ist, Mißverständnisse an der Wurzel abzuschneiden. Befreiung der Arbeit vom Kapital! Es hat so manchen gegeben, der gesagt hat: Geht uns doch mit euren großen Ideen und Grundsätzen! A b b e hat eben einfach in seiner seltenen Hochherzigkeit sein gesamtes Vermögen der Stiftung geschenkt. Diese Schenkung ist das Alpha und Omega, ohne diese Schenkung hätte sich das Zeißwerk nicht entwickeln können, und ohne eine solche Schenkung kann auch in Zukunft niemals die Befreiung der Arbeit vom Kapital erfolgen. Nichts ist irriger als das. Daß A b b e diese Schenkung gemacht hat, ist eine Sache für sich, ist verständlich in der Erwägung, daß A b b e in seiner innersten Überzeugung das Kapital nicht als sein Eigentum betrachtete, daß er vielmehr überzeugt war, es nur für das Unternehmen zu verwalten, und daß er die erste Gelegenheit wahrnahm, wo er es dem Unternehmen zurückerstatten konnte. Diese Schenkung ist weiter verständlich aus der einfachen Erwägung, daß doch jeder Mensch mit seinem Gelde machen wird, was

er für das Richtige hält, und was ihn am meisten freut; und A b b e wußte keine erfreulichere Verwendung für sein Kapital, als es dem Unternehmen zu überweisen, aus dem er es bezogen hatte. Auch wird man sicherlich zugeben müssen, daß diese Schenkung die Entwicklung des Zeißwerkes erleichtert und beschleunigt hat, aber von prinzipieller und fundamentaler Bedeutung war diese Schenkung gar nicht. Man kann z. B. bei dem Zeißwerk ausrechnen, daß, wenn A b b e dieses Kapital damals nicht geschenkt, sondern nur auf Rückzahlung gewährt hätte, die Rückzahlung heute schon erfolgt wäre, und das Zeißwerk fast genau so unabhängig und konsolidiert und groß dastände, wie das jetzt der Fall ist.

Was aber A b b e allerdings nicht anerkannte, war der unbegrenzte Ertragsanspruch des weder physisch, noch geistig mitarbeitenden Kapitals. Das ist zu unterscheiden: es gibt Kapital, das mit arbeitet; hier handelt es sich nur um das weder physisch, noch geistig mitarbeitende Kapital. Nun ist aber doch Kapital notwendig, und da bleibt nur eine einzige Lösung übrig: es muß dafür gesorgt werden, daß die im Unternehmen Tätigen selbst die Kapitalisten werden.

Nun läßt diese Lösung aber zwei Formen zu. Wir wollen zunächst die eine betrachten. Man könnte an die einzelnen in dem Unternehmen Angestellten, von oben bis herab zu den untersten denken; man könnte sich vorstellen, daß jeder von ihnen sein Kapital oder einen Teil davon in das Unternehmen steckt; nun wende man nicht das ein, daß das eine lächerlich kleine Summe wäre für das Bedürfnis der heutigen Großindustrie. Wie klein oder wie groß die Summe ist, wird lediglich davon abhängen, wie weit die Befreiung der Arbeit von dem Kapital schon vorgeschritten ist. So plötzlich wird es nur geschehen können durch eine Schenkung; wenn keine Schenkung vorliegt, wird sich das allmählich entwickeln, aber es unterliegt z. B. keinem Zweifel, daß hier in Jena das Kapital der Angestellten vollkommen ausreichen würde, um den Betrieb weiter zu führen. Ob das nicht auch in anderen Industrien, z. B. auch in der chemischen Industrie vielfach der Fall wäre, wage ich als Outsider nicht zu entscheiden. Aber diese Form der Lösung muß zurücktreten, wenigstens jetzt, in der Zeit, wo es sich darum handelt, diese kollektivistischen Ideen erst durchzusetzen; sie muß zurücktreten gegenüber der anderen Form, wo es sich nicht um die einzelnen Kapitalien handelt, sondern um das Unternehmen als solches, wo das Unternehmen selbst sein eigener Kapitalist ist, und wo sich dieses Kapital bildet durch die Aufspeicherung der jährlichen Gewinne, soweit diese Gewinne nicht notwendigerweise zum Lebensunterhalt und zur Befriedigung berechtigter Ansprüche der in dem Unternehmen Tätigen sofort verteilt werden. Diese Aufspeicherung ist also der Weg zur Befreiung der Arbeit vom Kapital, und wenn dazu eine solche Schenkung kommt, so ist das ein sehr erfreulicher Grundstock, und es ist kein Zweifel, daß ein solcher Grundstock eine solche Entwicklung außerordentlich erleichtert; aber wie gesagt, es ist das keine Prinzipienfrage. Ehe ich nun diesen Punkt, also die Verwendung des Gewinnes im einzelnen, näher betrachte, wende ich mich noch zu

einem anderen Punkt, der wieder ein grundsätzliches Mißverständnis betrifft, und zwar diesmal ein so bedeutsames, daß, wenn ich das nicht beseitigte, ich fürchten müßte, daß begreiflicherweise so manche von den Herren meinen weiteren Ausführungen kein Interesse mehr schenken würden.

Man hat gesagt: diese Vereinigung von Arbeit und Kapital ist ja gut und schön; aber wenn ihr die Arbeiter selbst zu Kapitalisten, zu den Kapitalisten des Unternehmens macht, dann hat das eine Konsequenz, die für uns unannehmbar ist, die den Ruin der ganzen Industrie bedeutet: dann müßt ihr sie auch zu den Leitern des Unternehmens machen.

Man kann sich eines Lächelns nicht enthalten, wenn man bedenkt, daß dieser Ruf vielfach auch aus dem Kreise derer kommt, die mitten im kapitalistischen Leben stehen, und die doch sehr gut wissen, daß die Aktionäre auch gar keinen Einfluß auf die Leitung haben, der einzelne gewiß nicht, und ihre Vertretung, der Aufsichtsrat, doch auch vielfach eine herzlich unbedeutende, in den entscheidenden Fällen vielfach gänzlich versagende. Also das ist keine Konsequenz, die man der neuen Ordnung der Dinge aufhalten muß, und A b b e war hierin unerbittlich. In seiner weitblickenden Art erklärte er ganz deutlich: wir sind eine Produktivgenossenschaft, wenn wir den Ausdruck brauchen wollen; aber nur in Hinsicht auf die wirtschaftlichen Interessen, Gewinnverteilung usw.; in bezug auf Leitung und Verwaltung: Gott behüte uns davor, daß wir den Weg aller dieser aus der Geschichte bekannten Produktivgenossenschaften wandeln. Er setzte dies klipp und klar ins Statut, und es kann in dieser Beziehung nicht anders werden: die Leitung und Verwaltung des Unternehmens ist gänzlich unabhängig von jedem der Angestellten.

Wenn nun die Geschäftsleitung alles macht, und der Arbeiter und die übrigen gar nichts zu sagen haben, so wird man einwenden: da herrscht ja nach wie vor die alte Rechtlosigkeit!

Das wäre der Fall, wenn die Geschäftsleitung tun könnte, was sie wollte. Nun kann sie ja natürlich sehr vieles tun, kann Entschlüsse von entscheidender Bedeutung fassen; aber das sind alles Dinge, die sich beziehen auf die Produktion, auf die Weiterentwicklung des Unternehmens, auf real bestimmte Fragen. Alles was Prinzip und Rechtsfrage ist, ist dagegen ihrem Entschluß entzogen, in bezug auf diese Fragen ist die Geschäftsleitung weiter nichts als die ausführende Behörde für das Statut, und dieses Statut stellt, wie wir wissen, den verewigten Willen von A b b e dar, und dieser Wille war gerichtet auf die Schaffung eines allen Anforderungen modernen Wirtschaftslebens gerecht werdenden privaten Arbeiterrechts, eines privaten Arbeiterrechts, — privaten, nachdem sich gezeigt hat, daß der Staat an diese Aufgabe noch nicht herantreten kann oder will, daß er sich der Arbeiterschaft gegenüber zunächst wenigstens auf die Caritas beschränkt.

Über diesem Statut, dem Codex, wacht also nun die Geschäftsleitung und — dagegen kann man gar nichts haben, zwei Wächter sind besser als einer — über diesem Codex wacht auch die Arbeiterschaft, und deshalb hat A b b e mit gutem Grund

und gutem Mut der Vertretung der Arbeiterschaft, ihrer Koalition, die größte Freiheit gewährt. Der Arbeiterausschuß, die engere Siebenerkommission hat das Recht, sich zu versammeln, wann sie will, über alle Angelegenheiten zu beraten, die Geschäftsleitung zuzuziehen oder fernzuhalten. A b b e sagte sich: alle Gegensätze, die auftauchen können, müssen sich ja lösen in dem Statut.

Aber auch innerlich ist ja diesem Gegensatz hier der Hauptsache nach die Spitze abgebrochen. Man stellt diesen Gegensatz gewöhnlich dar als den zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist dies eigentlich ein etwas scharfer Ausdruck, eine verfehlte Auffassung, denn ein Arbeitgeber im wahren Sinne des Wortes ist doch für den Arbeiter der Werkmeister, für den Werkmeister der Abteilungsdirektor, für den Abteilungsdirektor der Generaldirektor; alle die arbeiten ja mit, sie sind also, wie wir sagen können — das ist schließlich eine Frage subjektiven ethischen Gefühls — in diesem Sinne die Kameraden der Arbeiter. Aber einer ist niemals Kamerad, weil er gar nicht mitarbeiten kann und will, und das ist der Aktionär, der Kapitalist, der außen steht. Ich betone nochmals, ich spreche immer nur von dem Aktionär, der nicht zugleich in dem Unternehmen tätig ist. Also Sie sehen, auch hier läuft es nicht hinaus auf einen Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auf den Gegensatz zwischen Arbeiter im allgemeinsten und höchsten Sinne des Wortes und dem Kapitalisten, — zwischen Arbeit und Kapital! und da dieser Gegensatz hier durch eine Personalunion gelöst ist, so müssen Konflikte verschwinden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie nicht auftauchen könnten. Auch hier in Jena sind wiederholt Konflikte entstanden, und es war ganz amüsant, zu sehen, wie diese Konflikte von einzelnen Scharfmachern und Neidern sofort in alle Welt telegraphiert wurden, als ob das das Ende des ganzen Systems wäre. Solche Konflikte lösen sich hier, weil es sich hier nicht um Machtfragen, sondern um Rechtsfragen handelt, und das Recht steht schwarz auf weiß geschrieben im Statut, und wo es Deutung zuläßt, da kann die Deutung immer nur erfolgen im Sinne des Interesses des Gesamtunternehmens; andere Interessen gibt es nicht.

Nun aber die Kardinalfrage. In dieser realsten aller Welten ist das ja immer die Finanzfrage, also die Gewinnverteilung. Wenn man die Frage, wie denn der Ertrag verteilt wird, sich bis aufs letzte überlegt, so kommt man eigentlich zu einem sehr einfachen Ergebnis. Es findet überhaupt keine Teilung statt; es kommt alles den Angestellten, den Arbeitern zugute, wenn ich hier unter Arbeiter alle im Geschäft Tätigen vom ersten bis zum letzten verstehe. Formell freilich findet eine Dreiteilung statt. Der erste Teil wird wöchentlich, monatlich, jährlich ausbezahlt; der zweite Teil wird in das Unternehmen gesteckt; der dritte dient allgemeinen öffentlichen Zwecken.

Betrachten wir diese drei Teile der Reihenfolge nach.

Der erste Teil, die Auszahlung, erscheint uns wieder in drei Phasen, nämlich als Zeitlohn, Akkordlohn und Nachzahlung.

Über das Verhältnis von Zeitlohn und Akkordlohn ist so unendlich viel geschrieben worden, daß

ich nicht wage, dem etwas hinzuzufügen, obgleich das eine Frage ist, wo gerade der Physiker einmal Gelegenheit hätte, von seinem Energie- und Arbeitsstandpunkt aus mitzusprechen. Jedenfalls kann in einer so hochstehenden und hochbezahlten Industrie, wie es die feinmechanische und die optische ist, der Akkordlohn nicht entbehrt werden, wenn man den Leistungen des tüchtigen Arbeiters gerecht werden will. Immerhin ist es besser, die Sache etwas anders aufzufassen und zu sagen: der erste Teil des Arbeitsertrages ist der feste Zeitlohn; der zweite das Plus, das in dem Akkordlohn steckt, und dieses Plus muß natürlich, um den wirklichen Verhältnissen, den physikalischen und ökonomischen Verhältnissen gerecht zu werden, in der richtigen Weise verrechnet werden. Sie wissen, daß es dafür neuerdings eine ganze Reihe von amerikanischen und europäischen Systemen, Prämiensysteme und andere gibt, auf die ich hier nicht eingehen.

Der dritte Teil ist das, was man gewöhnlich Gewinnbeteiligung nennt. A b b e perhorreszierte diesen Ausdruck, er sagte in seiner unerbittlichen Logik: einer Gewinnbeteiligung muß ja eine Verlustbeteiligung entsprechen, und dafür würden sich die Arbeiter schönstens bedanken. Wenn er trotzdem etwas dem Ähnlichen in das Statut aufnehmen, nämlich eine in ihrer Höhe nach dem Jahresertrags sich richtende Nachzahlung auf die Gehälter und Löhne in Prozenten dieser Gehälter und Löhne, so hatte er dafür einen bestimmten Grund. In dem Statut ist nämlich eine Bestimmung enthalten, wonach die einmal gewährten Gehälter und Löhne, von ganz bestimmten Ausnahmefällen abgesehen, nicht willkürlich herabgesetzt werden können, auch nicht in Zeiten schlechten Geschäftsganges. Es soll eben dem Angestellten ein gewisses Minimum gewährt werden. Er soll sicher sein, daß er das nach diesem Bezug eingerichtete finanzielle Lebensgleichgewicht nicht bei der ersten besten Gelegenheit wieder verliere.

Für das Unternehmen ist das nun aber sehr gefährlich. Diese Lohnhöhe ist zu vergleichen einem Rade mit einer Sperrklinke; es kann sich immer nur weiter vorwärts drehen, niemals zurück. Es muß deshalb sehr vorsichtig mit Gehalt und Lohn erhöhungen vorgegangen werden. Um nun trotzdem die Gunst der Zeiten auch den Angestellten zu statten kommen zu lassen, wird ihnen am Ende des Jahres ein gewisser Prozentsatz ihres Gehalts oder Lohnes in unverbindlicher Weise nachgezahlt. Diese Nachzahlung hat, seit sie besteht, in den 12 Jahren zwischen 5 und 10% betragen. Einmal hat sie Null betragen, da ist sie ausgefallen. Das war im gewissen Sinne ein trauriges Jahr, in einem höheren Sinne aber ein sehr bedeutungsvolles, denn damals hat sich gezeigt, daß diese Einrichtung erst von den Angestellten verstanden werden muß. Es gab viele, die sagten: wo bleibt denn diesmal die Nachzahlung? Ich habe ja das Geld schon ausgegeben. Es ist also vortrefflich, daß solche Schwankungen eintreten, um zu zeigen, das ist ein Teil des Arbeitsertrags, der von der Konjunktur abhängt, auf den kann ich nicht mit Sicherheit rechnen; ich soll überhaupt nicht darauf rechnen, das ist bestimmt für Zwecke seltener, höherer Art.

Nun hat aber diese Nachzahlung für das Unter-

nehmen selbst noch eine sehr merkwürdige Bedeutung, nämlich die Bedeutung einer Kontrolle. Wenn z. B. in einem sehr günstigen Jahre, und jenes Jahr war ein sehr günstiges, trotzdem beim Jahresabschluß sich zeigt: eine Nachzahlung können wir nicht geben, während sich umgekehrt in einem offenbar ungünstigen Jahre zeigt: es ist ja noch so furchtbar viel übrig, wir müssen 10% verteilen, — wie kommt das? Da ist das ein Anzeichen, daß etwas nicht in Ordnung ist; und was ist das? Die Akkordlöhne sind falsch. Die Akkordlöhne sind in dem einen Falle zu hoch, in dem andern Falle zu niedrig; sie müssen neu reguliert werden, und für diese Regulierung bildet der Abschluß und die Festsetzung der Nachzahlung den sichersten Maßstab.

Was nun die absoluten Zahlen betrifft für die jährliche Auszahlung, also der gesamten Löhne einschließlich der Gewinnbeteiligung, wenn wir das so nennen wollen, so sind diese Zahlen hier in Jena relativ sehr hoch. Es fällt ja eben ein Teilnehmer an diesen Erträgen weg, nämlich der nicht im Unternehmen tätige Aktionär. Also die einfachen Arbeiter beziehen 1500 M und mehr, die spezialisierten 2000 M und mehr im Jahre. Es gibt tüchtige Arbeiter, die bis zu 3000 M beziehen. Auch die Werkmeister und die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind alles in allem genommen besser gestellt als in anderen gleichartigen Betrieben. Aber nach oben hin nimmt diese Progression nicht mehr schnell zu. Sie verlangsamt sich, und zwar infolge der Bestimmung, die in dem Statut enthalten ist — das ist ein interessanter und wichtiger Punkt —, daß niemand in dem Betriebe mehr beziehen darf als das Zehnfache des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes einer gewissen Kategorie von Arbeitern, nämlich aller derer, die mindestens 24 Jahre alt und mindestens 3 Jahre im Geschäft sind. Setzt man das, was vielleicht etwas zu hoch ist, mit 2000 M an, so darf niemand, auch kein Mitglied der Geschäftsleitung, mehr als 20 000 M bekommen, wobei noch zu bedenken ist, daß eine weitere Bestimmung, die aller interessanteste, vorschreibt, daß die Mitglieder der Geschäftsleitung, also diejenigen, die anderwärts die einzigen oder wenigstens beträchtlichsten Tantiemen bekommen, daß diese gerade von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossen sind. Alle 1997 Angestellte nehmen an der Gewinnbeteiligung teil, die drei Mitglieder der Geschäftsleitung nicht, damit auch der Anschein vermieden wird, daß sie den Jahresabschluß auf einen großen Gewinn hinausrechnen, um selber eine große Gewinnbeteiligung zu bekommen.

Nun, diese letzten Zahlen werden das Mitleid und das Lächeln derjenigen Herren unter Ihnen erregen, die in der chemischen Industrie an leitender Stelle stehen und mit ganz anderen Zahlen rechnen. Aber man kann, das will ich offen gestehen, sehr verschiedener Ansicht darüber sein, ob dieser Spartanismus durchaus notwendig war. Aber A b b e blieb in diesem Punkte fest. Er wollte keine extremen Gegensätze der finanziellen Lage und der Lebensführung innerhalb eines und desselben Betriebs, und auf naheliegende Einwände sagte er: Nun gut, dann müssen wir auf diesen anspruchsvollen Herrn verzichten. Er war sich klar, daß er damit gewiß so manche tüchtige Kraft nicht

bekam; aber er schätzte den Nutzen einer solchen Kraft, so hoch er ihn vielleicht auch einschätzte immer noch geringer als den Schaden, den dies zu starken Kontraste auf den Geist und die Zukunft des Ganzen ausübten.

Übrigens besitzt das so stark mit Konsequenzen gepanzerte Statut doch auch an diese Stelle ein wohlthätiges Ventil, indem es nämlich die Bestimmung enthält, und zwar eine Bestimmung die für alle Angestellten gilt, daß besondere Leistungen besonders honoriert werden. Zu dieser Bestimmung hat sich A b b e nur schweren Herzens entschlossen, und nur, wie er sagte, unter Preisgabe eines Stückes seiner Logik; denn er sagte: was ist das für eine Auffassung, daß ich einen meiner Angestellten für besondere Leistungen bezahle? Er ist ja angestellt, um alles zu leisten, was er kann, er soll ja besonderes leisten; alles was er leistet, fällt in den Rahmen seiner Verpflichtung. Nun, es gibt aber Punkte im Leben, wo man an die Stelle der Logik ein Gemisch von Logik und Ethik setzen muß, und das ist so ein Punkt. Und so ist denn die Bestimmung getroffen, daß für besondere Leistungen, für Verbesserungen im Betriebe, für bahnbrechende Erfindungen besondere Auszahlungen gewährt werden. Es kann eine Kleinigkeit sein, die ein Arbeiter oder Werkmeister mitteilt, und es können große Summen im Spiele sein. Es sind auf diesem Konto bei Zeiß schon außerordentlich hohe Summen verbucht worden.

Das ist also der erste Teil des Gewinnes, und was wird nun aus den beiden anderen? Warum werden sie nicht auch verteilt, wenn doch alles den Arbeitern zugute kommt? Ja, den Arbeitern schon, aber nicht in dem jetzigen Moment, und überhaupt nicht gerade den Lebenden. Der jetzt Lebende hat Ansprüche nur auf denjenigen Teil des Gewinnes, der entsprungen ist aus der Arbeit jedes einzelnen; aber ein mindestens ebenso großer Teil des Gewinnes ist das Resultat der Kooperation aller, ist das Resultat der Kontinuität der geistigen und technischen Ideen und Mittel von Generation zu Generation. Von rechtswegen müssen an diesem Teil des Gewinnes alle teilnehmen; da nun die Toten nichts mehr brauchen, so wird es unter die Lebenden und unter die Kommenden geteilt, d. h. es wird in das Unternehmen gesteckt und dient dazu, alle die Fonds und Kassen zu füllen, von denen wir hier nicht ausführlich reden können, die Reserve- und Betriebsfonds, Baufonds, Fonds zur Gewährung von Nachzahlungen, die Kranken-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenkassen und zuletzt die Ansiedlungsbaugelder und so weiter, und ferner eine besondere Leistung, die sogen. Abgangsschädigung, die A b b e in das Statut aufnahm, als eine Art von Abschlagszahlung auf das Recht auf Arbeit, eine Summe, die jedem ausbezahlt wird, der ohne eigenes Verschulden den Betrieb verläßt, eine Summe, die ihn in den Stand setzen soll, sich ohne Überstürzung eine neue Arbeitsgelegenheit zu suchen. Natürlich brauche ich nicht erst zu betonen, daß die Leistungen der Kassen weit über das Maß dessen hinausgehen, was der Staat und was das Reich leisten, die Krankenkassen, die Alters- und Invalidenkassen, in Zukunft die Witwen- und Waisenkasse und verschiedenes andere. Und dann ist noch ein wesentlicher Unterschied, darin zeigt

sich wieder der Gegensatz zwischen Caritas und Justitia. Es sind das nicht Kassen für die Arbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sie sind für alle, und gerade was die Witwen- und Waisengelder betrifft, so ist das ein Punkt, der eine weitere Ausgleichung herbeiführt in bezug auf einen vorhin erwähnten Punkt. In der kapitalistischen Industrie kann es auch einem Generaldirektor passieren, daß, wenn er plötzlich stirbt, und viel eingenommen aber genau ebensoviel ausgegeben hat, daß dann seine Hinterbliebenen vor dem Nichts stehen; das ist hier ausgeschlossen, denn die Bestimmung des Statuts gilt für alle, für hoch und für niedrig. Jeder bekommt pro rata seines Verdienstes eine Anweisung für seine Familie, für seine Zukunft.

Endlich der dritte Teil, der kommt öffentlichen Interessen zugute, insbesondere der Stadt und der Universität Jena. Man wird sagen: Das geht ja nun aber den Angestellten verloren? Aber abgesehen davon, daß A b b e diese Leistung geradezu als die Erfüllung einer Dankesschuld bezeichnete für das, was Milieu und Atmosphäre, Wissenschaft und Schule den Werken geleistet haben, davon ganz abgesehen fließt auch dieser Strom doch schließlich wieder in das Unternehmen zurück. Denn für ein Unternehmen in einer kleinen Stadt, einer Universitätsstadt, kann es besonders mit Rücksicht auf die schwankende Gunst der Zeiten nur von außerordentlichem Nutzen sein, wenn das Gemeinwesen gedeiht, und wenn Wissenschaft und Schule in der Lage sind, dem Interesse an immer neuen Problemen neue Lösungen und neue in modernen Sinne vorbereitende Arbeitskräfte zuzuführen.

Und nun zum Schluß noch ein Thema, das im gewissen Sinne für sich steht: die tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden; ein Thema, das aber doch insofern in eigenartiger Beziehung zu A b b e s ganzem System steht, daß auch auf diese Weise, und auf sie wahrlich nicht am wenigsten und am letzten, jene Hebung des Arbeitsstandes zu einem neuen Mittelstande vollzogen werden kann, — in der A b b e eine wahre und aussichtsreiche Mittelstandspolitik erblickte, — er und alle diejenigen, die nicht blind sind oder nicht blind sein wollen, gegen die Unerbittlichkeit der Tatsache, daß auf vielen, wenn nicht den meisten Gebieten die Großindustrie das Handwerk im Laufe der nächsten Zeit verdrängt. Und kann es ein glänzenderes Beispiel für diese Methode geben, als das Heer der Zeißianer, von denen jeder einzelne sich dafür bedanken würde, zum Proletariat gerechnet zu werden, von dem sich jeder einzelne als Bürger fühlt, und keiner irgend eine andere Pflicht auf sich lasten hat, als die Pflicht zu arbeiten, wenn er leben will? Und diese Pflicht lastet, das wissen wir alle, auf dem selbstständigen Handwerker am allerschwersten.

Was nun die tägliche Arbeitszeit betrifft, so ist ja darüber auch unendlich viel diskutiert und geschrieben worden. Aber auch hier kann man sagen, daß A b b e die Grundlagen der ganzen Frage klarer erfaßte und glatter herausbrachte als hundert andere. Er zeigte, wie lächerlich es ist, wenn die Frage immer unter dem Gesichtspunkte eines Kampfes hingestellt wird, eines Kampfes mit zweierlei Feldgeschrei; das eine: ihr müßt so lange arbeiten, wie ihr könnt; das andere: wir wollen so

kurz arbeiten, wie wir wollen. Er zeigte vielmehr, daß es zwischen diesen beiden Extremen ein Optimum der täglichen Arbeitszeit gibt, bei dem beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wenn wir einmal diesen Gegensatz der kurzen Aussprache halber festhalten wollen, am besten fahren: der Arbeitgeber, weil er eine ganze Anzahl von Betriebs-spesenklassen erspart, der Arbeiter, weil, wenn man der Sache auf den Grund geht, die Sache nur so ist, daß sich seine Erholungszeit verteilt. Er gewinnt nämlich sagen wir 100 Minuten in Tropfenform, die er während eines 10 oder 11stündigen Arbeitstages tötet, plaudert, vergeudet; und diese Tropfen haben nicht die Kraft, sich zu einer ganzen Erholungs-masse zu vereinigen, die nützen ihm gar nichts.

Aber was die Hauptsache betrifft, den Arbeitsertrag, so hat A b b e mit einer höchst sinnreichen, zugleich statistischen und physiologischen Untersuchung nachgewiesen, daß in diesem feinmechanisch-optischen Betriebe in 8 Stunden ebensoviel gearbeitet wird, wie vorher in 9 oder 10 Stunden, und zwar wohl verstanden, ohne daß der Arbeiter das merkt. Es wurde nämlich den Arbeitern nichts gesagt über das Arbeitsertragnis, und es stellte sich heraus, daß die Arbeiter erklärten: jawohl, in der ersten Zeit haben wir ebensoviel gearbeitet wie früher, obgleich es eine Stunde weniger war, aber das hat uns zu sehr angestrengt, wir haben das wieder gelassen, und jetzt arbeiten wir eben weniger.

In Wahrheit haben sie nicht weniger gearbeitet; in der ersten Zeit haben sie allerdings zu schnell gearbeitet, das mußten sie aufgeben. Aber als der stationäre Zustand eingetreten war, haben sie, ohne es zu merken, immer noch soviel gearbeitet wie vorher; sie hatten sich auf den neuen Status der Dinge eingearbeitet, und es hat ihnen nichts geschadet. Sie haben es an ihrem Leibe nicht gespürt. Die freie Zeit aber, die dadurch entsteht — und das ist ein großer Unterschied, ob die freie Zeit 1 oder 2 Stunden mehr oder weniger beträgt — diese freie Zeit ist es, die sie vom Proletariat in den Bürger verwandelt, gleichviel wie sie diese Zeit verwenden, ob im öffentlichen oder im privaten Interesse, ob zum Spaziergehen oder in welcher Weise, sei es selbst beim Kartenspiel; denn zum deutschen Bürgertum gehört ja schließlich auch das Kartenspiel. Daß es immer Leute gibt, die die reichliche Zeit und das reichliche Geld schlecht verwenden, das ist zweifellos, das wußte A b b e auch ganz gut. Aber das ist teilweise eine Kinderkrankheit, die sich geben wird; und was dann bleibt, ist eben eine Krankheit der anderen. Unter den Menschen gibt es eben überall Krankheit; aber A b b e dachte in erster Linie wie wir wissen, nicht an die Kranken, sondern an die Gesunden, und in diese Gesunden hatte er ein unbegrenztes Vertrauen.

Im übrigen muß ich betonen, daß A b b e frei war von jeder Tendenz des Schablonismus; er wußte recht gut, daß die achtstündige Arbeitszeit nicht für jede Industrie die Norm sein kann; aber es gibt in jeder Industrie ein Optimum.

Überhaupt war A b b e sich wohl bewußt, daß dieses ganze System, diese ganze Pionierarbeit für eine neue Wirtschaftsordnung nicht derart ist, daß alle Industrien sich von vornherein daran beteiligen können; im Gegenteil, es werden sehr wenige sein. Aber eines kann ich nicht unterlassen Ihnen

zu verraten: die chemische Industrie hat er zu den wenigen gerechnet.

Nun, damit fürchte ich aber im Sinne der Worte, die ich zu Anfang sagte, zu deutlich zu werden. Ich will daher schließen und Sie nur noch einmal an das Samenkorn erinnern; man kann nie wissen, wann, wie und wo, ein solches Samenkorn aufgeht; in jedem Fall aber hoffe ich, werden Sie aus meinen Worten, auch ohne daß ich spezifisch Persönliches berührt habe, die unvergleichliche Größe des Mannes erkannt haben, unter dessen Eindruck wir hier in Jena leben und noch lange leben werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vors.: Meine hochgeehrten Damen und Herren! Durch Ihren reichen Beifall haben Sie dem Physiker Auerbach für seinen außerordentlich klaren und weitsichtigen nationalökonomischen Vortrag Ihren Dank ausgesprochen. Ich hatte den Eindruck, daß der Nationalökonom Auerbach auf dem Standpunkte Abbes steht, daß die chemische Industrie auch seine Bahnen wandeln könnte, und da meine ich, wäre es vielleicht ganz gut, wenn ich ihn freundlichst einlade, doch einmal zu uns zu kommen; ich glaube er würde dann vielleicht anderer Ansicht werden. Aber darüber kann man streiten, und das Streiten wollen wir dann fortsetzen.

Wir wollen deshalb jetzt in dem Programm fortfahren, und ich bitte Herrn Geheimrat Engler, uns seinen Vortrag zu halten über die Entstehung des Petroleums (s. diese Z. 21, 1585 [1908]).

Vortrag von Dr. O. Schönherr (s. diese Z. 21, 1633 [1908]).

Vors.: Hochverehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich den Dank, den Sie soeben durch Ihren rauschenden Beifall dem Vortragenden zum Ausdruck gebracht haben, noch in Worte kleide und dabei Herrn Dr. Schönherr für die Verdienste, die er sich durch seine bahnbrechende Erfindung um die deutsche chemische Industrie erworben hat, die ihm von seiten des Vereins deutscher Chemiker zuge dachte Ehrung zuteil werden lasse.

Bevor ich dies jedoch tue, scheint es mir erforderlich, Sie mit der Person des Herrn Dr. Schönherr, den Sie ja jetzt als Vortragenden kennen gelernt haben, über dessen Wirken und Schaffen, das sich in aller Stille vollzogen, Sie aber wahrscheinlich wenig oder gar nichts wissen, etwas näher bekannt zu machen.

Herr Dr. Otto Schönherr ist am 1. Dezember 1861 zu Chemnitz geboren, absolvierte das dortige Realgymnasium und studierte von 1881 bis 1884 während 7 Semestern auf dem Polytechnikum zu Dresden Chemie.

Im Sommer 1884 trat er in die Dienste der Firma H. J. Merck & Co. in Hamburg, war erst im Laboratorium, später als Betriebsführer in Vienenburg, und sodann von 1890 bis 1893 als selbstständiger Betriebsleiter der Filialfabrik Oker a. H. tätig. Im Juli 1893 übernahm er die Leitung der Ludwigshafener Düngersfabrik von F. B. Silbermann, Augsburg, und blieb daselbst bis Juli 1894.

Dem Wunsche seiner Eltern und wohl auch dem eigenen Triebe folgend, bezog er im Wintersemester 1894/95, dreiunddreißig Jahre alt und verheiratet, die Universität Gießen, um sich hauptsächlich

elektrochemischen Studien zu widmen. Schon im Juli 1895 promovierte Schönherr mit dem Prädikat „Summa cum laude“ auf Grund seiner Dissertationsarbeit: „Über die Bildung von Überschwefelsäure.“ Die Resultate dieser Arbeit sind auch von Elbs und Schönherr in der Zeitschrift für Elektrochemie 1, 417—420 und 2, 245 bis 252 (1895) niedergelegt worden.

Im September 1895 sehen wir Dr. Schönherr zusammen mit seinem Jugendfreund Dr. Oettel in Turgi bei Baden in der Schweiz damit beschäftigt, ein von letzterem erfundenes elektrolytisches Verfahren zur Herstellung von Chloraten in die Praxis umzusetzen. Die Erkrankung Oettels und sein Weggang aus Turgi veranlaßten auch Schönherr, seinen Posten aufzugeben und sich nach einer gesicherteren Stellung umzusehen. Am 22. Juni 1896 trat er in die Dienste der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik zu Ludwigshafen a. Rh. und fand als Betriebsassistent in dem elektrolytischen Chlorbetrieb seine Verwendung. Mit der Entwicklung und Ausarbeitung der nach dem Griesheimer Verfahren arbeitenden Anlage, sowie dem Ausbau der Chlor-kompressionseinrichtungen ist der Name Schönherr ebenfalls innig verknüpft. Nach Durcharbeitung einer Reihe elektrochemischer Aufgaben im Laboratorium mit mehr oder minderem Erfolg, wurden im Jahre 1899 von ihm im Auftrage der Direktion der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik die ersten Arbeiten über die Gewinnung von Salpetersäure mittels elektrischer Entladungen begonnen. Nach vielen, mit großer Geduld und Arbeit durchgeführten Vorversuchen gelang es ihm endlich nach 6jähriger Tätigkeit ein Verfahren aufzufinden, das in einfachster Weise mit stabilen Lichtbögen von bis dahin unerreichter Länge den Stickstoff der Luft zu oxydieren gestattete.

So viel über die Persönlichkeit Schönherr's.

Der Ihnen nunmehr zur Genüge bekannte Vortragende hat selbst gezeigt, wie er, ausgehend vom Hörnerblitzableiter, durch tangentiales Einblasen von Luft in einen Trichter bzw. ein Rohr eine Erfindung gemacht hat, die für die Gewinnung der Oxyde des Luftstickstoffs von weittragender Bedeutung geworden ist. Bei diesen Arbeiten und besonders bei der darauffolgenden Ausarbeitung und Übertragung in größerem Maßstabe fand Schönherr tatkräftige und fachgemäße Unterstützung von seiten des Herrn Heßberger, früher Elektroingenieur zu Ludwigshafen, jetzt Mitdirektor in der neuen Fabrik zu Christiansand.

Im allgemeinen ist es üblich und Brauch, daß demjenigen die Ehre und Anerkennung der Welt zuteil wird, der entweder eine bahnbrechende neue chemische Reaktion gefunden oder ein wissenschaftlich bekanntes, aber technisch nicht benutztes Verfahren, wie in diesem Fall die Oxydation des Stickstoffs im elektrischen Flammbogen, oder, populär ausgedrückt, die Darstellung des Salpeters aus der Luft zum ersten Male zur technischen und ökonomischen Ausführung gebracht hat.

Wie bekannt und auch von Herrn Dr. Schönherr besonders hervorgehoben, gebührt dieses Verdienst dem norwegischen Physiker Birkeland, dem es, angeregt durch den norwegischen Ingenieur Eyde, und mit dessen tatkräftiger Unterstützung unter Zuhilfenahme der billigen

Wasserkräfte ihres Heimatlandes, gelang, den Luftsalpeter als konkurrenzfähiges Produkt gegen den Chilesalpeter im Großen zuerst in einer 3000-pferdigen Versuchsanlage und dann in einer 35 000-pferdigen Betriebsanlage zu Notodden herzustellen und in den Verkehr zu bringen.

Wenn es dann daneben und unabhängig davon einem anderen, aber später gelingt, eine neue Lösung dieses Problems zu finden, so geht die Allgemeinheit meist über diesen Erfinder zur Tagesordnung über. Anders die Fachgenossen und zumal in dem vorliegenden Fall.

Wie Sie selbst gehört und gesehen haben, liegt die Bedeutung der Erfindung Schönherr's hauptsächlich in der Originalität und der in diesem Fall sehr wichtigen Einfachheit der Apparatur, sowie in der Erzielung hoher Konzentration der nitrosen Gase neben hoher Ausbeute und in dem stabil brennenden langen Lichtbogen, der es ermöglicht, auf einfache Weise die schädliche Rückwirkung der Lichtbogen, besonders unterbrochener, auf den Leistungsfaktor der elektrischen Anlage auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Vorteile, die das Verfahren in sich vereinigt und gegenüber anderen Erfindungen mehr oder weniger voraus hat, macht dasselbe besonders wertvoll, und wir erkennen in demselben den Erfolg intensiver Geistesarbeit und zäher Ausdauer eines ernstesten Forschers.

Da die Schönherr'sche Erfindung auch bereits im Großen in Ludwigshafen erprobt und zurzeit in einer mehrtausendpferdigen Anlage der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik zu Christiansand in Betrieb ist, um voraussichtlich in einigen Jahren in einer im Bau befindlichen, zuerst 120 000 und dann später 230 000 elektr. PS. umfassenden Anlage am Rjukan, einem Wasserfall des Tinells, zur Ausführung zu kommen, so hielten wir es für unsere Pflicht, in diesem Jahre die größte Auszeichnung, welche unser Verein außer der Ehrenmitgliedschaft zu vergeben hat, dem jungen deutschen Kollegen, Forscher und Techniker Schönherr zuteil werden zu lassen.

Im Namen und Auftrage des Vorstandes und des Rates der Ehrenmitglieder verleihe ich daher in dieser festlichen Sitzung die goldene Liebig-Denkmünze Herrn Dr. Otto Schönherr zu Christiansand, dem früheren Betriebsführer der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik, dem jetzigen Direktor der Norsk Kraftaktieselskab und der Norske Salpeterverker zu Kristiania.

Herr Dr. Schönherr: Hochgeehrter Herr Präsident! Hochgeehrte Fachgenossen! Sie erweisen mir durch die Verleihung der Liebigdenkmünze eine außerordentlich große Ehre; ich danke Ihnen dafür herzlich. Ich betrachte diese Verleihung zugleich als eine Auszeichnung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik und möchte noch ganz besonders hier betonen, daß es dem weiten Blick und der großzügigen Geschäftsleitung des Herrn Geheimen Kommerzienrats Dr. v. Bruck zu verdanken ist, wenn derartige Aufgaben, wie die Herstellung des künstlichen Salpeters, gestellt und mit den reichen Mitteln der Fabrik verfolgt wurden.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß eine solche hohe Auszeichnung einem Chemiker der Firma zuteil wird, und ich bedaure aufs schmerzlichste,

daß es dem anderen Inhaber der Liebigdenkmünze, meinem verehrten ehemaligen Chef, dem leider so früh verstorbenen Dr. Knietsch, nicht mehr möglich war, die Vollendung des Werkes zu erleben, dessen Entstehung er sah. Bis in die letzten Tage seines Lebens verfolgte er den Fortgang der Sache mit dem größten Interesse, und noch auf seinem Sterbelager ließ er sich von mir über die gemachten Fortschritte berichten. Keiner würde sich heute mehr freuen, wie er. Ich danke Ihnen nochmals.

(Bravo!)

Die Geschäftliche Sitzung

fand am Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 1/23 Uhr im Rosensaal zu Jena statt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er feststellt, daß die Einberufung, sowie die Veröffentlichung der Tagesordnung zu den satzungsgemäßen Terminen erfolgt sind. Zum Protokollführer wird der Generalsekretär Prof. Dr. Rasso, zur Beglaubigung des Protokolls werden die Herren

Dr. Th. Diehl,
Dr. W. Flimm,
Prof. Dr. H. Kauffmann,
Dr. F. Rochussen,
Dr. M. Schwimmer,
Dr. C. Wiegand,
Prof. Dr. H. Wislicenus

bestimmt.

Vors.: M. H.! Zunächst habe ich um Ihre Zustimmung zu bitten, daß wir die Verhandlung des Punkt 15 der Tagesordnung auf Wunsch des Präsidenten des Kaiserlichen Patentamts auf morgen früh 9 Uhr verlegen. Der Herr Präsident möchte gern an den Verhandlungen über diesen Gegenstand teilnehmen, kann aber zu seinem Bedauern erst heute Abend hier eintreffen; er wird uns die Ehre erweisen, morgen an den Verhandlungen über diesen Punkt teilzunehmen.

Ich nehme an, daß Sie mit dieser Verlegung einverstanden sind. Sie ist auch in der neugedruckten Tagesordnung bereits berücksichtigt. Ich bitte, morgen recht zahlreich zu erscheinen.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Bericht liegt gedruckt vor. (Vgl. S. 1874 bis 1881.)

Es verlangt niemand das Wort dazu, er wird einstimmig genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1907; Bericht der Rechnungsprüfer; Entlastung des Vorstandes.

Es dürfte wohl genügen, wenn Sie Kenntnis nehmen von der a. S. 4 des Geschäftsberichtes befindlichen Abrechnung. Wünscht einer der Herren zu dieser Abrechnung das Wort?

Ich muß leider mit Bedauern feststellen, daß wir einen rechnerischen Verlust von 2110 M gehabt haben, der sich aber, wie Sie nachher hören werden, durch einen Überschuß der Zeitschrift in einen Gewinn umwandelt. Da wir aber zurzeit noch eine Trennung des Kontos Vereinsrechnung und des Kontos Zeitschriftrechnung durchführen, so ist festzustellen, daß wir im Verein mit Verlust gearbeitet haben, was schon von mir im vorigen Jahre prophezeit wurde. Wir hoffen aber, durch das Ent-

gegenkommen, das uns die Bezirksvereine bei der Änderung der Satzungen bewiesen haben, indem sie die eine Mark, die sie früher mehr bekamen, dem Hauptverein zuwiesen, wieder zu einem Gleichgewichtszustand zu kommen. Wir brauchen aber große Mittel, und die können wir uns nur verschaffen, wenn wir einerseits suchen, möglichst viel Mitglieder zu bekommen, und wenn Sie andererseits unsere Zeitschrift, wo Sie können, unterstützen.

Wir kommen nun zu dem

Bericht der Rechnungsprüfer.

(Vgl. S. 1881.)

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen.

Entlastung des Vorstandes.

Es ist Entlastung des Vorstandes beantragt; es erhebt sich kein Widerspruch, die Entlastung ist ausgesprochen.

3. Haushaltungsplan für das Jahr 1909.

Auf Seite 5 des Geschäftsberichts sehen Sie, daß versucht werden soll, im nächsten Jahr mit den Mitteln des Vereins auszukommen. Wir haben aber in diesem Haushaltungsplane den Betrag von 1000 M für die Chemische Reichsanstalt eingestellt. Dieser Posten bildet den Punkt 12 der Tagesordnung und kann hier nur genehmigt werden unter der Voraussetzung, daß unter Ziffer 12 dieser Betrag von Ihnen bewilligt wird.

Dasselbe bezieht sich auf den Betrag von 4500 M gegen 1500 M für die Rechtsankunftsstelle und die soziale Kommission. Nur wenn der soziale Ausschuß von Ihnen gutgeheißen wird und mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, würde der große Betrag von 4500 M, der dann notwendig ist, hier genehmigt werden müssen.

Sie sehen, der soziale Ausschuß kostet uns jetzt schon viel Geld, aber wir geben es für solche Zwecke gern aus.

Wünscht einer der Herren das Wort zu diesem Voranschlag? Es ist nicht der Fall, ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

a) Wahl zweier Vorstandsmitglieder.

In diesem Jahre scheiden zwei Beisitzer aus, Herr Dir. Fritz L ü t y und Herr Geheimer Hofrat Prof. Dr. W. H e m p e l. Der Vorstandsrat schlägt Wiederwahl dieser beiden Herren auf weitere drei Jahre bis zum 31./12. 1911 vor. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind. (Bravo!)

Es erhebt sich kein Widerspruch, die Herren sind gewählt. Ich frage, ob Sie die Wahl annehmen.

Herr Dir. L ü t y nimmt dankend an, Herr Geheimrat H e m p e l ist nicht anwesend, hat aber gestern schon in der Vorstandssitzung seine Bereitwilligkeit erklärt.

b) Wahl zweier Rechnungsprüfer.

Der Vorstandsrat schlägt vor, Herrn Prof. Dr. K o l b und Herrn Dr. F l i m m, die bisher ihres Amtes in so trefflicher Weise gewaltet haben, wiederzuwählen. Ich hoffe, daß Sie einverstanden sind.

Das ist der Fall. Die Herren haben schon im voraus ihre Bereitwilligkeit erklärt.

5. Ernennung eines Ehrenmitglieds.

Der Antrag und die Begründung durch den Vorstand wird verlesen (vgl. Vorstandsratssitzung, S. 1883).

V o r s.: M. H.! Sind Sie damit einverstanden, daß wir unseren früheren Vorsitzenden, Herrn Dr. E m a n u e l A u g u s t M e r c k, zum Ehrenmitglied ernennen? (Lebhaftes Bravo!)

Ich danke Ihnen und bedaure gleichzeitig, mitteilen zu müssen, daß Herr Dr. M e r c k leider verhindert ist, heute hier zu erscheinen. Er hatte fest versprochen, von Karlsbad, wo er zur Kur weilte, direkt nach Jena zu kommen, hat mir aber leider einen Absagebrief schreiben müssen, den ich hier vorfand. Auf ein dringendes Telegramm hat er geantwortet: „Kann leider Ihrem Wunsche nicht nachkommen, da ich die durchaus notwendige Nachkur nicht unterbrechen darf. Herzlichen Gruß. Merck.“

Er ist also zu unserm Bedauern verhindert, an der Versammlung teilzunehmen. Ich beantrage, daß wir ihm folgendes Telegramm senden:

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker hat Sie soeben als hervorragenden Förderer des Vereins einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt.“

(Bravo!)

Darauf ging aus Alsbachhessen folgende Antwort ein:

„Aus freudig bewegtem Herzen sende ich dem Verein deutscher Chemiker heißen Dank für die mir erwiesenen Ehren, ich erachte sie als die höchste, die mir lebens widerfahren ist und je widerfahren wird. Herzlichen Gruß an alle lieben Freunde und Kollegen.

gez. Merck.“

6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1909.

Geh.-Rat Prof. Dr. M. D e l b r ü c k: M. H.! Der Vorstand hat diese Frage eingehend erwogen und vorberaten. Herr Prof. Dr. D u i s b e r g hatte in erster Linie in Aussicht genommen, in irgend einer Weise die nächstjährige Hauptversammlung mit dem internationalen Kongreß in London zu kombinieren. Er hat schriftlich und persönlich in London darüber verhandelt, um die Möglichkeit zu schaffen, daß unser Verein in gewohnter Weise in der Pfingstwoche in Deutschland tagt, und daß so viel Zeit gegeben werden möge, daß die Mitglieder, die den Londoner Kongreß besuchen, auf der Rückreise gleich anschließend unsere Hauptversammlung mitzumachen in der Lage wären.

Das hatte dahin geführt, daß die Engländer sich bereit erklärten, den Termin des internationalen Kongresses etwas zu verschieben, so daß in gewissem Sinne ein Zusammenhang herzustellen möglich gewesen wäre. Aber es ergab sich doch, daß diese Aufeinanderfolge zu sehr großen Mißständen führen könnte. Es wird angenommen, daß von Deutschland aus der Kongreß zu London in sehr erheblichem Maße besucht werden wird; die Herren, die nach London gehen, wünschen dort

sicher Bekanntschaften zu machen oder bestehende Bekanntschaften zu Freundschaften zu erweitern, und es wird nicht genügen, daß sie nur zu der Tagung nach England gehen, es werden sich Exkursionen aufs Land und in verschiedene Fabriken anschließen. Andererseits wurde besonders von Herrn Geheimrat H e m p e l hervorgehoben, daß bei einer solchen Gelegenheit sich die Möglichkeit bietet, Anstalten und Einrichtungen zu sehen, die sonst hermetisch verschlossen bleiben. Es wäre daher denjenigen Herren, die nach London gehen, nicht damit gedient gewesen, wenn unsere Hauptversammlung unmittelbar an jenen Kongreß angeschlossen hätte.

Der Herr Vorsitzende hat sich sodann, um sich über die Stimmung etwas zu informieren, in einem Rundschreiben an den Vorstandsrat gewendet und u. a. den Vorschlag gemacht, daß die Versammlung in London selbst abgehalten werden möchte. Für diese Lösung spricht ja ungemein vieles, und ich will nicht verhehlen, daß ich persönlich sehr energisch für sie eingetreten bin. Aber ich habe nur zu referieren über das, was gestern im Vorstandsrat darüber verhandelt worden ist. Die Herren, die für London eintraten, hatten folgende Auffassung: Der internationale Kongreß in London bietet so Vieles, so Wichtiges, nur einmal Besuchbares, daß alle Kräfte daran gesetzt werden müßten, daß recht viele deutsche Chemiker, insbesondere auch jüngere Chemiker hinüberführen. Es wurde ferner angenommen, daß der Verein deutscher Chemiker, wenn er seine Hauptversammlung in London selbst hielte, dort in einer Form auftreten müßte, die überhaupt nicht wieder vergessen wird. Ich habe inzwischen auch mit einem Herrn gesprochen, der hier ist und in der Londoner Gesellschaft verkehrt, und der mir sagte: Es würde den Londonern vielleicht nicht sehr bequem sein, denn sie würden jedenfalls eine Aufnahme für uns vorbereiten, die der ganzen Veranstaltung des internationalen Kongresses und unseres Vereins würdig sein müßte. Das ist etwas mühsam und unbequem. Aber das könnte für uns kein Grund sein, deswegen diesen Ausweg nicht zu wählen.

Von anderer Seite wurde erwähnt, daß man, wenn man die Hauptversammlung auf den Londoner Kongreß verlege, schließlich nur eine geschäftliche Versammlung abhalten könne, und dadurch der Charakter unserer Versammlungen doch eine erhebliche Änderung erfahren müsse. Es wurde auch erwähnt, daß es für viele Mitglieder finanziell unmöglich sein würde, die Londoner Versammlung zu besuchen, und daß damit eine Auswahl unter den Vereinsmitgliedern getroffen würde, die nicht angemessen sei. Auf anderer Seite wurde allerdings erwähnt, daß die Erleichterungen für den Weg nach London und den Aufenthalt dort so erhebliche sein würden, daß für eine große Zahl der Mitglieder die Reise vielleicht nicht teurer, vielleicht sogar billiger sein würde, als etwa nach Danzig oder nach Königshütte. Schließlich wurde abgestimmt, und die Abstimmung ergab, daß der Vorstandsrat vorschlägt, die Versammlung nicht in England abzuhalten, sondern in Deutschland, auch nicht sie zu beschränken auf eine geschäftliche Sitzung, sondern sie in der üblichen Form und Ausdehnung, wie es die Gestaltung der Bezirksvereine und der Gruppen-

abteilungen erfordert, abzuhalten. Nach dieser Richtung war also die Sache entschieden.

Jetzt kam die zweite, fast noch schwierigere Frage, welche Zeit man wählen solle.

Das war von vornherein klar, Pfingsten konnte nicht gewählt werden mit Rücksicht auf die vielen Mitglieder, die um Pfingsten England besuchen werden. Auch von den Hochschulen werden Exkursionen zum Kongreß geplant. Man konnte alle diese Mitglieder nicht verhindern, nach England zu gehen, und wollte sie doch auch nicht ausschließen von dem Besuche der Hauptversammlung. Es wurde auch der Ausweg nicht beliebt, auf dem Wege nach England, etwa in Düsseldorf zu tagen; es mußte daher ein anderer Zeitpunkt gewählt werden.

Es liegt nun eine Einladung vor nach Frankfurt a. M., und von dem Vertreter des Bezirksvereins Frankfurt wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, die Versammlung im Juni abzuhalten, da wäre Frankfurt am schönsten, die Hotels nicht zu besucht, und die Frankfurter möchten gern den Mitgliedern bieten, was das schöne Frankfurt gewähren kann. Trotzdem kam man nicht zu dem Beschluß, die Versammlung im Juni abzuhalten, hauptsächlich aus dem Gesichtspunkte, daß man niemand in die Lage bringen wollte, zweimal im Juni von seinem Wohnsitz zu einer umfangreichen Tagung, einmal nach England und vielleicht gegen Ende Juni nach Frankfurt zu gehen und dazu Urlaub zu nehmen, der wahrscheinlich für viele unmöglich sein wird, insbesondere auch für akademische Lehrer.

Es kam dann die Frage, ob man die Sitzung im April abhalten sollte. Das wurde abgelehnt wegen der zu dieser Jahreszeit ungünstigen Witterung, die den Genuß der Schönheiten des Rheins, den man von Frankfurt aus besuchen möchte, verhindern würde. Es wurde deshalb beschlossen, die Versammlung auf den September zu verlegen. Hierzu wurde erwähnt, daß in demselben Monat die Naturforscherversammlung fällt, und es wurde erwogen, ob da ein Anschluß tunlich sei; man kam zur Ablehnung, weil die Naturforscherversammlung im nächsten Jahre außerhalb Deutschlands, in Salzburg abgehalten wird. Der Vorstandsrat schlägt neuerdings vor, unsere Hauptversammlung in der Ausdehnung wie bisher abzuhalten, die Einladung des Frankfurter Bezirksvereins anzunehmen und ihn zu bitten, die Arrangements für den September nächsten Jahres zu treffen; das genaue Datum ist noch nicht festgestellt.

Vors.: M. H.! Da niemand das Wort zu dieser Angelegenheit wünscht, nehme ich an, daß Sie einverstanden sind, daß die Hauptversammlung im nächsten Jahre in Frankfurt und zwar im September stattfindet.

O. Wentzki: Als Vertreter des Frankfurter Bezirksvereins danke ich sehr für die Zustimmung zu unserem Wunsche. Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen seitens unserer Bürgerschaft eine Einladung überbringen zu können, weil wir ja in Ungewißheit des Versammlungsorts bisher mit der Stadtverwaltung nicht in Verbindung treten konnten; aber daß die Frankfurter Bürgerschaft mit uns Ihren Beschluß begrüßen wird, können Sie daraus entnehmen, daß der Vertreter der Frankfurter Chemischen Gesellschaft, der hier anwesend

ist, auch beauftragt ist, dem Wunsche Ausdruck zu geben, Sie möchten das nächste Jahr nach Frankfurt kommen.

Dr. J. H. Bechhold: Neben dem Bezirksverein deutscher Chemiker besteht in Frankfurt die „Chemische Gesellschaft“, und es hat schon der Herr Vertreter des Bezirksvereins hier dem Ausdruck gegeben, daß wir uns außerordentlich freuen würden, den Verein deutscher Chemiker in Frankfurt zu begrüßen. Nachdem nun dieser Antrag bereits angenommen worden ist, und der Verein im nächsten September in Frankfurt eintreffen wird, so möchte ich auch im Namen des Vorstands der Chemischen Gesellschaft hier zum Ausdruck bringen, daß sich die Frankfurter Chemische Gesellschaft ungemein freuen wird, Sie dort zu begrüßen.

Vors.: Ich danke den beiden Herren, Herrn Wentzki, als Vertreter des Frankfurter Bezirksvereins, und Herrn Dr. Bechhold, als Vertreter der Frankfurter Chemischen Gesellschaft, für die so freundliche Einladung, und wir freuen uns, nachdem wir nun einig sind darüber, daß wir sowohl den internationalen Kongreß besuchen, wie auch eine Hauptversammlung abhalten, gerade nach Frankfurt gehen zu können, denn wir sind überzeugt, daß wir da eine ganz tadellose, wunderschöne Hauptversammlung zustande bringen werden.

Prof. Dr. Lepsius: Ich möchte mir erlauben, im Namen der in der Nähe von Frankfurt ansässigen chemischen Industrien, den Verein auch von dieser Seite von Herzen willkommen zu heißen. (Bravo!)

Prof. Dr. J. Precht: M. H.! Herr Geh.-Rat Dr. von Boettinger hat in Aussicht genommen, den Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie nach Bonn einzuladen. Diese Versammlung würde auch im September stattfinden, und es wäre wohl erwünscht, wenn die Zeiten so gelegt werden könnten, daß diese beiden Versammlungen annähernd zusammen fielen, damit man nicht eine doppelte Reise zu machen hat.

Vors.: Ich weiß nicht, ob Herr Kollege Deibrock das auch vorgetragen hat: Es war geplant, eine Vereinigung der Versammlungen ev. in Aussicht zu nehmen, weil im September die Naturforscherversammlung, die Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen und unsere Hauptversammlung fällt. Man hat aber darin so große Schwierigkeiten gesehen, daß es dem Vorstand überlassen wurde, die genaue Zeit in Übereinstimmung mit den Vertretern von Frankfurt a. M. festzusetzen, um zu sehen, welches der beste Termin ist. Wir müssen darauf sehen, daß wir nicht kollidieren mit der Naturforscherversammlung, die vermutlich in Salzburg stattfindet, und nicht kollidieren mit dem Verein zur Wahrung, sondern müssen eine Kombination finden, die beiden gerecht wird.

7a Vereinszeitschrift.

1. Abrechnung für 1907.

Dir. Fr. Lütty: M. H.! Ich werde nur in kurzen Zahlen das Ergebnis der Vereinszeitschrift, wie es sich rechnungsmäßig gestaltet, mitteilen.

Das erfreulichste ist, daß der Absatz der Zeitschrift, der im Jahre 1906 4044 Exemplare betrug, im vorigen Jahre gestiegen ist auf 4741 Exemplare.

Ch. 1908.

Daran partizipiert der Verein mit 3606 (3358) der Buchhandel mit rund 980 (940) Exemplaren.

Ich kann weiter mitteilen, daß sich der Absatz in diesem Jahre schon so weit gehoben hat, daß die Zahl von 5000 abgesetzten Exemplaren überschritten und die Auflage auf 5250 gewachsen ist.

Nicht gleichen Schritt mit der Steigerung des Absatzes hat das Erträgnis der Inserate gehalten, das Ergebnis aus den Beilagen ist sogar etwas zurückgegangen.

Diese Erscheinung ist dadurch verursacht, daß die Beilagegebühr von der Post wesentlich erhöht worden ist wegen der Steuergesetzgebung. Es liegt daher für die Reklame suchenden Firmen weniger Veranlassung vor, diese Art der Reklame zu benutzen.

Das Ergebnis der Zeitschrift beläuft sich auf 5170 M gegen 2640 M im Vorjahre.

Der Verkauf älterer Jahrgänge hat 1184 M ergeben, gegen 1194 M im Vorjahre, so daß wir jetzt mit einem Gesamtergebnis von 6344,61 M gegen 3834,25 M im Vorjahre abschließen. Namens des Vorstands und des Vorstandsrats habe ich zu beantragen, daß dieser Ertrag von 6344,61 M wie bisher üblich, dem Reservefond der Zeitschrift überwiesen wird, der dadurch, nachdem wir die letzte Kapitalzahlung an die Firma Springer geleistet haben, wieder auf den Betrag von ungefähr 9000 M anwächst.

Vors.: M. H.! Der Vorstandsrat schlägt Ihnen vor: den Überschuß aus dem Zeitschriftenunternehmen im Betrage von 6154 M auf den Zeitschriftfond zu überweisen, also wie bisher eine Trennung des Vereinskontos und des Zeitschriftenkontos bestehen zu lassen. Damit würde der Zeitschriftfond die Höhe von 9533 M erreichen. (Zustimmung.)

2. Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre.

Prof. Dr. Rassow: Das Jahr 1907 war für die Schriftleitung ein Jahr stetiger, angestrebter Arbeit an der Verbesserung und weiteren Ausgestaltung der Vereinszeitschrift. Von besonderen Ereignissen, die der Zeitschrift ein anderes als das gewohnte Bild gaben, seien nur hervorgehoben die Berichterstattung über den 3. deutschen Kalitag, über die Hauptversammlung zu Danzig und über die 79. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte. Es ist uns auch diesmal dank der Unterstützung durch eine große Zahl tüchtiger Referenten gelungen, über die letztere Versammlung ganz besonders schnell und vollständig zu referieren. Das ganze Jahr hindurch erfreuten wir uns bei den Redaktionsgeschäften der Mitarbeit des Herrn Dr. A. Bucky. Dank seiner Hilfe konnten wir die ganz wesentliche Mehrarbeit bewältigen, die uns aus der Erweiterung des Umfanges der Zeitschrift und des Registers, sowie aus der später zu erwähnenden Abänderung des Referatenteiles erwuchs.

Der Umfang der Zeitschrift betrug i. J. 1907 einschließlich Inhalt und Register 2372 Seiten (1906: 2216, 1905: 2088, 1904: 2008, 1903: 1276, 1902: 1360 Seiten). Die Vermehrung des Umfanges um 156 Seiten ist wesentlich den Abteilungen „Referate“ und „Wirtschaftlich-gewerb-

licher Teil“ sowie dem Register zugute gekommen. Für die Originalaufsätze hat die Redaktion die in den vergangenen Jahren angeknüpften Verbindungen nach Möglichkeit zu pflegen gesucht.

Mit großer Freude haben wir es begrüßt, daß wiederum eine beträchtliche Zahl von wertvollen Aufsätzen uns durch die Bezirksvereine übermittelt worden ist; der interessante Inhalt dieser Aufsätze, die zuerst als Vorträge bei Bezirksvereinssitzungen gedient haben, wirft ein erfreuliches Licht auf das Bestreben der Bezirksvereine, den wissenschaftlichen und technischen Teil ihrer Verhandlungen vielseitig auszugestalten.

Der Redaktion wurden im ganzen 236 Aufsätze eingesandt; davon wurden 197 abgedruckt, 39 aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen; mit 6 Aufsätzen, die wir vom Jahre 1906 noch übernommen hatten, betrug die Gesamtzahl der i. J. 1907 abgedruckten Aufsätze 203 (gegen 206 i. J. 1906).

Die Zahl der zusammenfassenden Aufsätze und Jahresberichte hat sich auf der gleichen Höhe wie 1906 gehalten. Es wurden 15 derartige Aufsätze gedruckt, in denen folgende Themata behandelt wurden: Elektrometallurgie des Eisens, schwefelhaltige Farbstoffe, Faser- und Spinnstoffe, Cellulosefabrikation, Pharmazeutische Chemie, Fettanalyse und Fettchemie, Chemie der Gärungsgewerbe, Flußeisenerzeugung, Seifenfabrikation, Kaliumsalze, Organische Chemie, theoretische Elektrochemie, Lichtabsorption und chemische Konstitution, Ätherische Öle und Riechstoffe, Legierungen.

Die Redaktion wird auch fernerhin diesem Gebiete ihre besondere Aufmerksamkeit widmen; es scheint uns aber angebracht, manche Kapitel der angewandten und technischen Chemie in zusammenfassenden Aufsätzen nicht alljährlich zu behandeln, da wir in unseren Einzelreferaten schon so gut wie alle Neuerscheinungen auf den genannten Gebieten berücksichtigen und prinzipiell in dem Jahresbericht nur die Neuerscheinungen zur Sprache bringen wollen, die unseren sachverständigen Referenten als wirkliche Fortschritte erscheinen.

Die Rubrik Referate und Patentreferate hat im Berichtsjahre eine besondere Berücksichtigung erfahren. Nachdem i. J. 1906 auf Wunsch des Vorstandes das Gebiet, über welches in Einzelreferaten berichtet wurde, gegen früher nicht unerheblich erweitert worden war, hat sich deutlich herausgestellt, daß der für diese Rubrik zur Verfügung stehende Raum nicht ausreicht. Die Folge davon war, daß die Veröffentlichung der Einzelreferate immer mehr den Anschluß an die zugehörigen Originalpublikationen verlor; das darf nicht Wunder nehmen, wenn man berücksichtigt, daß die Redaktion i. J. 1905 2920 und i. J. 1906 infolge der beschlossenen Erweiterung 4089 Literatur- und Patentreferate zur Veröffentlichung bekam. Durch äußerst kritische Sichtung des Stoffes, ferner dadurch, daß die Redaktion jeden einzelnen Aufsatz dem betr. Referenten zur Bearbeitung besonders überwies, ist es gelungen, i. J. 1907 diese Zahl etwas zu beschränken, so daß der Eingang in dieser Rubrik im Berichtsjahre nur 3289 betrug (davon 2309 Literaturreferate und 980 Patentreferate). Auch der durchschnittliche Umfang dieser Referate

ist zurückgegangen, da wir unsere Herren Referenten erneut darauf hingewiesen haben, daß die Referate in unserer Zeitschrift nur den Zweck haben, die Leser über den Inhalt der Originalaufsätze kurz zu orientieren, und da die Redaktion auch von sich aus in manchen Fällen Kürzungen vornahm. Trotz alledem haben wir nur 2584 Referate zum Abdruck bringen können (davon waren 1826 Literaturreferate und 758 Patentreferate), so daß wir in das laufende Jahr eine sehr beträchtliche Zahl in Satz stehender Referate unabgedruckt übernehmen mußten. Dadurch, daß wir die für das Jahr 1908 zugebilligte Vermehrung des Umfanges zum großen Teil dem Referatenteil zugute kommen lassen, hat sich aber inzwischen der Vorrat etwas vermindert. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Redaktion der Zeitschrift in die Lage gebracht würde, diesen Vorrat von rund 250 Seiten in Form von Extraheften möglichst bald herauszubringen, da wir gegenwärtig den Zustand erreicht haben, daß der Umfang der neu eingehenden Referate sich ungefähr mit dem für diese Rubrik zur Verfügung stehenden Platze deckt.

Eine gewisse Vermehrung des Referatenteiles wird allerdings deswegen auch in Zukunft nötig sein, weil die Zahl der zu berücksichtigenden Originalaufsätze und besonders der deutschen Reichspatente ständig wächst.

Die Rubrik wirtschaftlich-gewerblicher Teil hat i. J. 1907 eine beträchtliche Vermehrung erfahren, besonders weil es uns gelungen ist, zu den schon vorhandenen bewährten Mitarbeitern verschiedene eifrige neue Berichtserstatter im Auslande zu gewinnen. Die Zahl der Korrespondenzen für diesen Teil hat sich daher auch ganz gewaltig vermehrt; es gingen ein 2057 (482 und 201 in den beiden Vorjahren). Gern heben wir bei dieser Gelegenheit hervor, daß wir für das Inland eine ganze Anzahl interessanter Notizen durch die von unseren Bezirksvereinen ernannten Zeitschriftenreferenten erhalten haben. Wir hoffen sehr, daß diese Herren ihre Mitarbeiterschaft recht eifrig fortsetzen, wenn auch das auf sie entfallende Honorar wegen der Kürze der einzelnen Mitteilungen vielfach kein erhebliches ist. Erwünscht wäre es, wenn auch die Bezirksvereine, die es bisher unterlassen haben, für die Zukunft Zeitschriftenreferenten ernennen wollten. Kurze Notizen für die Rubrik „Personalien“ und „Tagesrundschau“ vermögen wir noch in das am Freitag erscheinende Heft aufzunehmen, wenn sie im Laufe des vorhergehenden Montags bei uns eintreffen, wobei aber zu bedenken ist, daß jeder in die Woche fallende Festtag den Schluß der Redaktion um einen Tag verschiebt.

Die Rubrik „Aus anderen Vereinen“ haben wir weiter ausgebaut und hoffen, demnächst in der Lage zu sein, über alle Vorkommnisse in Vereinen und Gesellschaften, die ähnliche Bestrebungen haben wie der Verein deutscher Chemiker, mit aller wünschenswerten Schnelligkeit berichten zu können.

Da infolge der Bemühungen der Redaktion die Verlagsbuchhändler in neuerer Zeit so gut wie alle für unsere Leser in Betracht kommenden literarischen Neuheiten der Redaktion zur Besprechung einsenden, stellen wir die Titel dieser Bücher in

der Rubrik „Eingelaufene Bücher“ zusammen; die ausführlichen Besprechungen der dafür geeigneten Werke können naturgemäß häufig erst später erscheinen. Zur Rezension erhielten wir im ganzen 269 Bücher (gegen 256 und 273 in den Vorjahren).

Die Rubriken „Patentanmeldungen“ und „Auslandspatente“ haben keine Änderungen erfahren; erstrebenswert scheint es aber der Redaktion, daß solche Veröffentlichungen, die nur für die augenblickliche Lektüre bestimmt sind und in der gebundenen Zeitschrift keinen Wert mehr haben, wie so manches andere in den Anzeigenteil verlegt würden.

Vom Vorstand des Vereins erhielten wir 27 Mitteilungen (gegen 21 und 24) für den Abdruck, von denen sich 15 (gegen 14 und 14) auf die Hauptversammlung bezogen. Der Bericht über die Sitzungen des Vorstandes, sowie über die Fest- und Geschäftssitzung in Danzig nahm 96 (gegen 56 und 53) Seiten in Anspruch. Diese ungewöhnliche Länge ist hauptsächlich durch die neuen Satzungen und die mit ihnen in Verbindung stehenden Verhandlungen verursacht worden. Indessen müssen wir bei der großen Zahl von Fachgruppen, deren Berichte im laufenden Jahre abdruckten sein werden, mit einer ständigen Vermehrung des Umfangs der Hauptversammlungsberichte rechnen.

Von Bezirksvereinen gingen 75 Versammlungsberichte ein, von denen 73 zum Abdruck kamen, während 2 auf das laufende Jahr zurückgestellt wurden. Diese 73 Berichte verteilen sich wie folgt auf die Bezirksvereine:

	1907	1906	1905
Aachen	—	1	2
Belgien	7	8	8
Berlin	1	1	1
Frankfurt a. M.	3	2	—
Hamburg	5	6	1
Hannover	8	8	10
Märkischer	8	9	10
Mittelfranken	5	5	4
Mittel- und Niederschlesien	1	3	3
Neu-York	3	3	2
Oberrhein	3	5	5
Oberschlesien	2	5	2
Pommern	—	—	1
Rheinland	3	4	3
Rheinland-Westfalen	6	5	4
Saar	1	2	2
Sachsen-Anhalt	7	2	6
Sachsen-Thüringen	4	3	6
Württemberg	6	6	6
	73	78	76

Von den in Bildung begriffenen Fachgruppen erhielten wir 6 Berichte, die sämtlich abgedruckt worden sind.

Die Berichterstattung über den 3. deutschen Kalitag in Hildesheim haben wir auch diesmal besonders ausführlich gestaltet; der ganze Bericht ist in Form eines Kalihettes herausgegeben worden, das auch in weiteren Kreisen als denen des Vereins deutscher Chemiker Verbreitung gefunden hat.

Zum Schluß stellen wir die Zahl der Eingänge bei der Redaktion noch einmal zusammen:

	1907	1906	1905
Aufsätze	236	216	243
Referate	3289	4089	2920
Korrespondenzen	2037	482	201
Bücher	269	256	273
Vorstands- u. Bezirks- vereinsberichte	108	99	100
	5939	5142	3737

Das Hauptbuch für die Korrespondenz der Redaktion weist i. J. 1907 3797 (gegen 6371 und 3641) Ein- und Ausgänge auf. Der Rückgang in der Zahl rührt davon her, daß i. J. 1906 der internationale Kongreß in Rom eine ungewöhnlich große Korrespondenz verlangte, und daß der früher sehr beträchtliche Briefwechsel mit der Geschäftsstelle seit der Zusammenlegung von Redaktion und Geschäftsstelle ganz in Fortfall kam.

Das Zeitschriftsregister ist i. J. 1907 insofern erheblich verbessert worden, als wir sämtliche Firmen, über die im wirtschaftlich-gewerblichen Teil irgend ausführlichere Mitteilungen gebracht worden sind, in das Register aufgenommen haben. Auch sonst verlangte die erweiterte Zeitschrift natürlich ein umfangreicheres Register. Es umfaßte 92 (gegen 73, 64 und 42) Seiten. Wir glauben, daß die Benutzung der abgeschlossenen Bände unserer Zeitschrift durch die in diesen Zahlen ausgedrückte Steigerung des Umfangs des Registers sehr erheblich erleichtert worden ist.

Dr. C. Wiegand: M. H.! Ich wollte mich noch persönlich bedanken für die schöne und übersichtliche Ausgestaltung des Registers. Die Zeitschrift hat zweifellos an Wert gewonnen, dadurch, daß man jetzt, sobald man das Register bekommt, viel schneller etwas finden kann, was man sucht.

Vors.: Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Dann darf ich wohl unsere Mitglieder bitten, daß sie die Zeitschrift, wo sie nur können, unterstützen, indem sie ihren Geist und Inhalt beleben durch eigene Artikel; insbesondere bitte ich die Bezirksvereine, die Zeitschrift durch Nachrichten zu unterstützen, und die neugegründeten Fachgruppen, darüber zu Rate zu gehen, wie sie ihr eigenes Spezialgebiet in der Zeitschrift ausgestalten wollen. Uns liegt außerordentlich viel daran, unsere Zeitschrift zu einem Sammelpunkt zu machen für alles, was die angewandte Chemie betrifft. Dazu können in erster Linie auch die Fachgruppen beitragen, und ich bitte dringend, nach der Richtung zu wirken. Damit die Zeitschrift noch umfangreicher werden kann, ist es notwendig, daß sie auch pekuniär unterstützt wird, das heißt, daß Sie, wie schon öfter gesagt wurde, sich bemühen, Lieferanten von Chemikalien, Maschinen usw. dahin zu bringen, daß sie auch unsere Zeitschrift, die nun, wie Sie gehört haben, bereits in einer solch großen Auflage erscheint, als Insertionsorgan benutzen, so daß uns in dieser Weise indirekt neue Mittel zufließen.

7b) Stellenvermittlung und Änderung der Geschäftsordnung.

Prof. Dr. R a s s o w: Die Stellenvermittlung unseres Vereins erfreute sich im Berichtsjahre eines sehr lebhaften Zuspruchs von seiten der Stellengeber und besonders der Stellensucher.

Die Erfahrungen, welche die Geschäftsstelle mit dieser so überaus wichtigen Einrichtung im Laufe der Zeit gemacht hat, ließen es notwendig erscheinen, die seinerzeit in Düsseldorf beschlossene Geschäftsordnung umzuarbeiten und in vielen Beziehungen zu vereinfachen. Auf Vorschlag der Geschäftsstelle legt daher der Vorstand der Hauptversammlung eine neue Geschäftsordnung für die Stellenvermittlung vor (Abzüge liegen in der Geschäftssitzung aus) und bittet, sie zu genehmigen.

Da in vielen Fällen, sowohl Stellengeber wie Stellensucher, es verabsäumen, rechtzeitig der Geschäftsstelle mitzuteilen, daß die Anträge sich in der einen oder anderen Weise erledigt haben, hat die Geschäftsstelle Formulare und Postkarten drucken lassen, um deren prompte Erledigung wir im Interesse eines geordneten Geschäftsganges recht sehr bitten.

Im Jahre 1907 wurden 77 offene Stellen ausgeschrieben (1902—1906: 54, 66, 50, 66, 56). Von den 77 sind 37 (gleich 48%) als besetzt gemeldet worden, während 29 auf Grund von § 10 der Geschäftsordnung gestrichen werden mußten, und 11 am 1./1. 1908 noch unbesetzt waren.

Stellensuchende wandten sich im ganzen 133 (1906: 85) an die Abteilung für Stellenvermittlung; davon sind 25 Ausländer (20 davon sind entweder in der Schweiz oder Österreich-Ungarn geboren oder haben wenigstens ihre Ausbildung in Deutschland erhalten). Von den 133 eingegangenen Bewerbungsformularen stammen 95 (78,9%) von Mitgliedern, die übrigen 38 (21,1%) von Nichtmitgliedern.

Von den 95 Mitgliederbewerbungen sind 74 (77,9%) erledigt, 20 (22,1%) unerledigt, während 1 Mitglied gestorben ist. Von den 38 Nichtmitgliederbewerbungen sind 29 (69%) erledigt, während 9 (31%) noch unerledigt sind.

Bedauerlich ist, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz der Stellensuchenden es für nötig hält, mitzuteilen, ob sie Stellung gefunden haben oder nicht. Von den 74 Bewerbungen von Mitgliedern, die sich erledigt haben, sind uns durch direkte Mitteilung der betreffenden Herren nur 33 (45,9%), von den 38 übrigen Bewerbungen nur 8 (27,6%) als erledigt gemeldet worden.

Der besseren Übersicht halber sind die angegebenen Zahlen in der nachstehenden Tabelle zusammengefaßt.

Stellensucher.

	Mitgl.	%	Stelle- gef.	%	Nicht- mitgl.	%	Stelle- gef.	%
Eingegangen	95	78,9	—	—	38	21,1	—	—
Erledigt	74	77,9	33	45,9	29	69,0	8	27,6
Offen . . .	20	22,1	—	—	9	31,0	—	—
Gestorben .	1	—	—	—	—	—	—	—

Daß die Stellenvermittlung des Vereins immer mehr an Zutrauen und Bedeutung gewinnt, geht auch daraus hervor, daß sich im laufenden Jahre bis zum 15. Mai bereits wieder 33 Stellengeber und 56 Stellensucher an uns gewandt haben.

Sie erschen aus diesem Bericht, daß wir mit unserer Stellenvermittlung im vergangenen Jahre um einen ganz erheblichen Ruck vorwärts gekommen sind. Die Arbeit bei der Stellenvermittlung ist eine derjenigen, die der Geschäftsführung besondere Freude macht. Es wendet sich in neuerer Zeit eine immer größere Anzahl von Firmen an uns. Auch die Zahl der Stellensucher ist von 65 im vergangenen Jahre auf 133 im Jahre 1907 gestiegen.

Was uns weniger Freude macht, ist der Umstand, daß uns sowohl von Firmen wie von Stellensuchern nur in wenigen Fällen angezeigt wird, ob eine Stelle besetzt ist, oder ob der suchende Herr eine Stelle gefunden hat. Wir haben deshalb neue Formulare geschaffen, die es uns ermöglichen, in jedem Falle nach Ablauf des geschäftsordnungsmäßigen Termins die Herren zu bitten, daß sie uns die Mitteilung machen.

Im Laufe der Zeit haben sich einige Abänderungen der Geschäftsordnung der Stellenvermittlung als nötig herausgestellt. Die Geschäftsführung hat daher dem Vorstand und Vorstandsrat eine vereinfachte Geschäftsordnung vorgelegt. Der Vorstandsrat hat sie gestern genehmigt; wir werden sie an alle Interessenten verschicken.

Der Bericht wird genehmigt.

7c) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker.

Prof. Dr. B. R a s s o w: Durch das lebenswürdige Entgegenkommen einer Anzahl von Firmen und Behörden war es uns möglich, an diesem Verzeichnis dauernd Verbesserungen vorzunehmen. Des ferneren hat die Geschäftsstelle die Mitgliederverzeichnisse anderer chemischer Vereine benutzt, um das Verzeichnis auf dem Laufenden zu halten.

Wir waren in der angenehmen Lage, eine ganze Anzahl von Anfragen, die wegen der Adressen von Chemikern an uns gerichtet wurden, zufriedenstellend zu beantworten. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn sämtliche Firmen der chemischen Industrie jährlich einmal die Änderungen in ihrem Personalbestand der Geschäftsstelle mitteilen wollten.

Der früher ausgesprochene Wunsch, daß dieses Adressenverzeichnis sich zu einem Almanach sämtlicher deutschen Chemiker ausgestalten möge, erfordert sehr erhebliche pekuniäre Opfer, und ich glaube, daß bei unseren im übrigen augenblicklich etwas knappen Mitteln vorläufig nicht daran zu denken ist. Dagegen ist natürlich die Geschäftsstelle satzungsgemäß bereit, alle gewünschten Auskünfte zu erstatten.

7d) Rechtsauskunftsstelle.

Prof. Dr. A. O s t e r r i e t h: M. H.! Ich habe einen Bericht erstattet, der gedruckt vorliegt (vgl. S. 1891).

An dieser Stelle möchte ich die Bitte aussprechen, daß die Herren doch vielleicht gelegentlich mitteilen, in welcher Weise die Sachen erledigt worden sind; daß sie sich offen aussprechen, wenn sie mit dem erteilten Rat nicht einverstanden waren. Die Fragen werden meist so gestellt, daß es schwer ist, sie in scharfer Weise zu beantworten; mit einem Ja oder Nein ist fast nie zu antworten; meist muß die Antwort verklausuliert werden mit

Wenn und Aber. Es wäre daher im Interesse der Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle wünschenswert, wenn die Herren sich offen darüber aussprechen, wie weit sie mit der erteilten Auskunft einverstanden sind, und wenn sie insbesondere in kurzer Weise andeuten wollten, wie der Konflikt, der zu der Frage: Veranlassung gab, ausgeglichen worden ist.

Vors.: Indem ich Herrn Prof. Osterrieth verbindlichen Dank für sein Referat, vor allem aber für die treffliche Leitung der Rechtsauskunftsstelle, über die von allen Seiten nur eine Stimme des Lobes ist, ausspreche, frage ich, ob einer der Herren das Wort wünscht?

Dr. Ed. Köbner: Ich möchte anregen, daß vielleicht in der Zeitschrift eine kurze Notiz erscheint, und zwar nicht innerhalb des Berichtes der Hauptversammlung, der wegen seiner Länge nicht von allen Mitgliedern gelesen wird, sondern etwa unter der Überschrift „Rechtsauskunftsstelle“, worin die Herren, die die Rechtsauskunftsstelle in Anspruch nahmen, gebeten werden, über die Art der Erledigung der Angelegenheit nachträglich Herrn Prof. Dr. Osterrieth Mitteilung zu machen, um so Material für die Beurteilung dieser Fragen zu gewinnen.

Vors.: Ich möchte diesen Vorschlag dahin ergänzen, daß, wenn eine Antwort nicht einläuft, die Geschäftsführung beauftragt wird, eine diesbezügliche Anfrage ergehen zu lassen, und dies auch rückwirkend noch zu tun gegenüber allen den Herren, die bisher die Rechtsauskunftsstelle benutzt und keinerlei Mitteilung gemacht haben. (Zustimmung.)

7e) Abkommen mit Versicherungsgesellschaften.

Vors.: M. H.! In der Vorstandsratssitzung ist ausführlich Mitteilung über die Versicherungsangelegenheiten gemacht worden (vergl. S. 1892). Ich möchte aber dem noch hinzufügen, daß diese Angelegenheit von seiten des Vorstands die sorgsamste Pflege erfährt, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß speziell die Lebensversicherung für unsere jungen Freunde im Verein dringend zu empfehlen ist. Wir legen Wert darauf, daß nicht nur immer gesagt wird: es muß uns geholfen werden, sondern daß der einzelne sich auch bemüht, sich selbst zu helfen, und von dem Gesichtspunkte aus ist es unser ernstes Bestreben, die Vertragsabmachungen, die wir mit Versicherungsgesellschaften haben, sorgfältig zu pflegen, und ich benutze die Gelegenheit, um ein Mißverständnis aufzuklären, das bezüglich der Vertrauensmänner in den Bezirksvereinen entstanden ist. Diese Vertrauensmänner sollen nicht die Aufgabe haben, Agenten der Versicherungsgesellschaft zu sein, im Gegenteil, sie sollen auf dem Gebiete des gesamten Versicherungswesens, das sich immer noch verwickelter gestalten wird, zumal wenn die Privatbeamtenversicherung hinzukommt, ihren Kollegen im Verein mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen sagen, in welcher Weise sie sich am besten versichern sollen. Das sind komplizierte Fragen, bei denen junge Kollegen Gefahr laufen, Fehler zu machen, oder sich von einem Agenten etwas aufreden zu lassen. Wir haben die Stellung dieser Vertrauensmänner gerade im umgekehrten Sinne aufgefaßt gegenüber der Art, wie sie vielfach in den Bezirksvereinen aufgefaßt worden ist, und

wir bitten Sie, diese unsere Auffassung in Ihren Kreisen zu verbreiten.

Dr. E. Haag: Ich möchte eine Bitte bezüglich der Lebensversicherung aussprechen. Herr Prof. Duisberg hat bereits ausgeführt, daß die von den Bezirksvereinen aufgestellten Vertrauensmänner die Berater in Versicherungsangelegenheiten sein sollten. Ich möchte nun den Vorstand bitten, die Lebensversicherungsgesellschaften zu veranlassen, daß an diese Vertrauensmänner vollständige Tabellen geschickt werden; bis jetzt sind nur Flugblätter und kleine Broschüren mitgeteilt worden, es ist aber selbstverständlich wichtig, daß die Vertrauensmänner wirklich informiert sind, daß sie selbst Berechnungen anstellen können, um mit Rat und Tat den Nachsuchenden helfen zu können.

Vors.: Wir werden selbstverständlich gern der Anregung folgen.

Dr. A. Hesse: Ich möchte anregen, wenn die Versicherungsverträge mit der Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft ablaufen oder revidiert werden, zu versuchen, vielleicht noch andere Versicherungsgesellschaften heranzuziehen. Soweit ich es beurteilen kann, reichen die Ermäßigungen, die die Stuttgarter den Vereinsmitgliedern gewährt, bei weitem nicht an das heran, was jeder Chemiker ohne weiteres bei dem preußischen Beamtenverein haben kann. Es wird vielfach angenommen, daß der preußische Beamtenverein überhaupt nicht Privatbeamte aufnehme; ich kann Sie versichern, daß er sie sehr gern aufnimmt, und daß die Ermäßigungen, die jeder einzelne von uns dort haben kann, jetzt schon viel größer sind, als was die Stuttgarter Gesellschaft uns bietet. Der Zweck meiner Mitteilung ist der, anzuregen, daß der eine oder der andere vergleichen möge, was eine Lebensversicherungspolice über eine bestimmte Summe bei dem preußischen Beamtenverein kostet, und was sie bei der Stuttgarter Gesellschaft kosten würde.

Vors.: Darf ich Herrn Dr. Hesse fragen, beruht Ihre Anregung auf persönlicher Prüfung?

Dr. A. Hesse: Gewiß, ich bin persönlich bei dem preußischen Beamtenverein versichert, habe mir einen Kostenanschlag vom preußischen Beamtenverein und von der Stuttgarter Gesellschaft geben lassen und daraus ersehen, daß ich bei dem Beamtenverein billiger versichert bin.

Vors.: Das ist mir sehr interessant. Wir haben im vorigen Jahre den Vertrag erneuert; ich habe damals persönlich durch Versicherungstechniker die Sache prüfen lassen, habe Vergleiche anstellen lassen zwischen sämtlichen deutschen Versicherungsgesellschaften — der preußische Beamtenverein wurde allerdings nicht mit in die Vergleiche einbezogen — und habe konstatieren müssen, daß die billigste Gesellschaft die Stuttgarter war. (Sehr richtig!) Nach der Richtung haben wir also geglaubt, daß wir sehr gut gefahren wären. Da nun die Stuttgarter Gesellschaft keine Aktiengesellschaft ist, sondern bekanntlich Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, also alle erzielten Vorteile wieder an die Mitglieder der Gesellschaft fließen, so ist mir noch nicht recht verständlich, wie eine andere Vereinigung noch vorteilhafter arbeiten kann. Die Vorteile der Stuttgarter Gesellschaft beruhen darauf, daß diese ihre Kapitalien außerordentlich gut angebracht hat.

Dr. A. Hesse: Die Billigkeit des preußischen Beamtenvereins beruht darauf, daß er ohne alles Agentenwesen arbeitet, nur durch Vertrauensmänner, die sich dazu erboten haben, also etwas Ähnliches wie wir es in den Bezirksvereinen gründen möchten. Der Vertrauensmann nimmt sogar die Zahlungen in Empfang, und dadurch fallen selbst die Portospesen weg.

Der preußische Beamtenverein hat außerdem den Vorteil, daß gar kein Verfall der Police eintreten kann, wenigstens nicht durch Nachlässigkeit des Versicherten. Gerade die günstigen Bedingungen, die der preußische Beamtenverein seit seinem 30-jährigen Bestehen hat gewähren können, sind die Veranlassung gewesen, weshalb dieser Verein so heftige Angriffe erfahren hat. Vor 20 Jahren bereits hat einer der ersten Kenner des Versicherungswesens, der Versicherung des preußischen Beamtenvereins ein Dasein von 10 Jahren prophezeit; 30 Jahre lebte nun schon. Ferner ist prophezeit worden, er könne niemals über eine bestimmte Versicherungssumme hinauskommen, könne die versprochenen 4,5% nicht halten; seit 30 Jahren hat er seine Verpflichtungen glatt erfüllen können. Der Grund liegt darin: einerseits arbeitet der Verein ohne Agenten, und zweitens ist es ein Verein auf Gegenseitigkeit, in dem in der Hauptsache nur Staatsbeamte und Kommunalbeamte versichert sind, die bekanntlich durchschnittlich eine längere Lebensdauer haben, als der Kaufmann und der Industrielle. (Heiterkeit.) Die Sterblichkeit in diesen Kreisen ist sehr gering; es sind 50% weniger von den Mitgliedern des preußischen Beamtenvereins gestorben, als rechnungsmäßig eigentlich hätten sterben müssen. Das sind die beiden Momente, die den preußischen Beamtenverein befähigen, tatsächlich billiger zu arbeiten als andere Versicherungsanstalten.

Dr. Schreckenberger: Das Verhältnis der Verwaltungsspesen ist 1,9 beim preußischen Beamtenverein zu 2,3 der billigsten Gesellschaft.

Dr. W. Scheithauer: Ich kenne einen Fall, wo jemand sich doch entschloß, sich bei der Stuttgarter Gesellschaft zu versichern, weil er schließlich dabei besser wegkam.

Dr. Berendes: Nach meiner Information steht man sich bei dem preußischen Beamtenverein besser bei lebenslänglicher Versicherung, nicht aber bei abgekürzter Versicherung.

7f) Umfrage betreffend das Anfangsgehalt der Chemiker.

Prof. Dr. B. Rasso: Die Umfrage über die Anfangsgehälter wurde veranlaßt durch die öffentlich ausgesprochene Behauptung, daß die Anfangsgehälter der Chemiker durchaus ungenügend seien, und daß für akademisch gebildete Chemiker Anfangsgehälter von 100 bis 120 M für den Monat in der chemischen Industrie symptomatisch seien.“

Der „Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes“ hat sich vor einem Jahre dieser Frage angenommen (vgl. die Protokolle der Sitzung vom 1./3. 1907 und 9./11. 1907; Z. anorg. Chem. 20, 513 u. 2208) und eine Umfrage zur Klärstellung dieser Verhältnisse veranstaltet. Die entsprechenden Umfragen bei den Hochschullaboratorien, den öffentlichen und privaten Unter-

suchungslaboratorien übernahmen die Deutsche Chemische Gesellschaft, die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker und der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker, während der Verein deutscher Chemiker die Umfrage in den Kreisen der chemischen Industrie veranstaltete.

Leider hat später die „Deutsche Chemische Gesellschaft“ ihr Mandat zurückgegeben, weil eine Bewegung zur Aufbesserung der Anfangsgehälter der Hochschulassistenten bereits in Gang gekommen sei. Die „freie Vereinigung“ verwies in der zweiten Sitzung des Ausschusses auf das Werk von König und Jucknack: „Die Anstalten zur chemischen Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln usw.“ (Berlin, J. Springer), in welchem alle in Frage stehenden Angaben über die Anfangsgehälter in den staatlichen und städtischen Laboratorien enthalten seien; es wäre sehr zu wünschen, wenn von seiten der freien Vereinigung, die in jenem Werke enthaltenen Angaben in Tabellenform übersichtlich dargestellt würden. Der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker machte in der Novemberversammlung einige Angaben über die von ihm eingeleitete Statistik; es steht zu hoffen, daß diese Angaben noch vervollständigt werden.

Auch der Verein deutscher Chemiker konnte schon damals einige vorläufige Zahlen mitteilen, aus denen hervorging, daß die eingangs angeführten Behauptungen, was die chemische Industrie anbetrifft, zum mindesten stark übertrieben seien. Es wurde aber der Geschäftsstelle vom Vorstand aufgegeben, durch erneute Anfragen noch weiteres Material herbeizuschaffen.

Die nunmehr abgeschlossene Statistik umfaßt ausschließlich Chemiker, die in der eigentlichen chemischen Industrie beschäftigt sind. Nicht nur die Hochschullaboratorien, sowie die öffentlichen Untersuchungsanstalten wurden von vornherein ausgeschlossen, sondern es erwies sich auch als unmöglich, einigermaßen beweiskräftiges Material über diejenigen Chemiker und ihre Anfangsgehälter zu gewinnen, welche in nicht eigentlich chemischen Betrieben, wie z. B. der metallurgischen, der gärungschemischen und der Rübenzuckerindustrie angestellt sind. Wir haben ferner unsere Rundfrage wesentlich auf die akademisch gebildeten Chemiker mit abgeschlossener Hochschulbildung beschränkt. Nur solche Fachgenossen kann der Verein deutscher Chemiker als eigentliche Chemiker anerkennen. Wir haben scharf davon geschieden die auf Fachschulen gebildeten Chemotechniker und die empirisch geschulten Laboranten und Chemikanten und bringen als letzten Teil unserer Statistik das nicht uninteressante Zahlenmaterial, welches uns über die letztgenannten Kategorien zugegangen ist.

Mit unserem Fragebogen wandten wir uns zunächst an die Direktoren und Besitzer chemischer Fabriken, soweit sie Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker sind, in der Hoffnung, von unseren Vereinsmitgliedern recht prompte und ausführliche Antworten zu bekommen. Da uns aber das so gewonnene Material nicht umfassend genug schien, sandten wir eine weitere Reihe von Fragebogen an die Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, die nicht dem Verein

deutscher Chemiker angehören, und vervollständigten schließlich unsere Liste durch eine Anzahl Firmen, die wir dem Adreßbuch der chemischen Industrie von O. Wenzel entnahmen. Nachdem dann eine sehr große Anzahl von Firmen, an die doppelte Anfragen ergangen waren, ausgesondert worden waren (es ergab sich, daß viele Fragebogen an die Firma und zugleich an den Direktor oder den Leiter einer Filiale gesandt waren), blieben insgesamt 834 Firmen und Fabrikbesitzer der chemischen Industrie als Empfänger übrig.

Die Antworten liefen zu unserem Bedauern nicht so prompt ein, wie es im Interesse der Sache wünschenswert gewesen wäre. Durch zum Teil dreimalige Anfrage haben wir schließlich 540 (= 65%) Antworten bekommen. 294 (= 35%) Empfänger von Fragebogen haben uns trotz der mehrfach wiederholten Mahnung ohne Antwort gelassen; es handelt sich aber hier fast durchweg um

kleinere Fabriken, die unseres Wissens überhaupt keinen oder nur wenige Chemiker haben. Die großen Firmen der chemischen Industrie haben uns fast alle mit größter Liberalität geantwortet; einige, teils größere, teils kleinere Fabriken schrieben, daß sie aus Geschäftsrücksichten die Antwort verweigern müßten; noch andere hielten ihre Antworten so unbestimmt, daß sie für die Statistik unverwendbar waren.

Während wir wegen der Einzelheiten der Ergebnisse der Fragebogen auf die Tafeln I und II verweisen, möchten wir hier hervorheben, daß sich die Angaben der 204 Firmen, die Chemiker in Anfangsstellungen haben, und die unsere Fragen vollständig beantworteten, auf 1867 angestellte Chemiker beziehen; es dürften danach die Schlußfolgerungen, die wir späterhin ziehen werden, einen hohen Grad von Sicherheit und Beweiskraft haben.

I. Umfrage über Anfangsgehälter.

	Im ganzen	davon Mitglieder des V. d. Ch.
I. Ausgesandte Fragebogen	834	466
II. Antworten der Firmen:		
a) Bestimmte Angaben machten über 1867 Chemiker	204	179
b) Keine Anfangsstellen vergeben	37	24
c) Nur Chemotechniker und Laboranten haben	12	—
d) Keine angestellten Chemiker haben	248	91
e) Angaben sind unbestimmt	12	4
f) Angaben werden verweigert	27	20
g) Unbeantwortet blieben	294	148
	834	466

II. Ausführliche Auskunft (204 Fragebogen).

A. Ohne Probezeit wird gezahlt:

als Anfangsgehalt	M 0—124	M 125—149	M 150—199	M 200—249	M 250—299	M über 300	Un- bestimmt	Zu- sammen
in Betrieben . . .	3	10	55	40	15	9	—	132
mit Chemikern . .	4	71	241	338	68	13	—	735

B. Während der Probezeit wird gezahlt:

in Betrieben . . .	2	5	32	29	4	—	—	72
mit Chemikern . .	2	21	451	652	6	—	—	1132

C. Nach der Probezeit wird gezahlt:

in Betrieben . . .	—	—	18	29	16	7	2	72
mit Chemikern . .	—	—	135	345	575	45	32	1132

D. Dauer der üblichen Probezeit:

Monate	1—3	4—6	7—9	10—12	über 12	Unbestimmt	Summa
in Betrieben . . .	21	16	4	27	—	4	72
mit Chemikern . .	521	106	244	234	—	27	1132

III. Chemotechniker bekommen Gehalt:

	M 0—99	M 100—124	M 125—149	M über 150	Schicht- lohn	Stunden- lohn	Ohne Angabe	Summa
Betriebe	2	5	3	10	—	—	1	21
Angestellte	2	6	8	27	—	—	1	44

IV. Laboranten bekommen Gehalt:

Betriebe	26	26	5	4	3	4	6	74
Angestellte . . .	117	92	7	4	6	12	15	253

Aus den Zahlen der beiden vorstehenden Tafeln kann man folgende Schlüsse ziehen:

Die Frage nach dem Anfangsgehalt ist im wesentlichen von den größeren Fabriken beantwortet worden, denn die 204 ausführlichen Antworten stammen von Betrieben, die durchschnittlich 9 Chemiker haben. In diesen Fabriken der chemischen Industrie beträgt das Anfangsgehalt, abgesehen von ganz verschwindenden Ausnahmen zwischen 150 und 250 M für den Monat. Wir hoben aber ausdrücklich hervor, daß auch viele Betriebe, die nur 1 oder 2 Chemiker haben, uns das gleiche Anfangsgehalt namhaft gemacht haben. Nach der Probezeit, die sehr verschieden lang bemessen ist (vgl. II D) und zwischen einem und zwölf Monaten schwankt, erhöht sich das Anfangsgehalt auf durchschnittlich 200—250 M.

Es trifft somit das in der eingangs erwähnten Publikation für die chemische Industrie als symptomatisch angegebene Anfangsgehalt von 100 M durchaus nicht zu. Die einzige Erklärung, die wir für diese Zahl geben können, ist, daß sie sich auf eine Zeit bezieht, die schon längst überwunden ist, oder daß sie sich auf Chemiker bezieht, die als Volontäre in nicht eigentlich chemischen Fabriken angestellt worden sind. Was die chemische Industrie anbetrifft, so müssen wir die oben zitierte Unterstellung mit Entschiedenheit zurückweisen.

Auffallend erscheint uns, daß sich bei der Umfrage in der chemischen Industrie eine verhältnismäßig so geringe Zahl von Chemotechnikern (Tafel III) und Laboranten (Tafel IV) ergeben hat. Wir glauben, daß die Mehrzahl dieser zweifelsohne sehr viel zahlreicheren Beamtenklasse sich als Hilfsarbeiter für analytische und präparative Zwecke in nicht rein chemischen Betrieben befinden. In der eigentlichen chemischen Industrie werden auch die Chemotechniker durchaus nicht schlecht entlohnt. Ebenso erscheinen die Gehälter der Laboranten vollkommen angemessen, wenn man bedenkt, daß diese Art von Angestellten keinerlei wissenschaftliche Schule besucht, sondern nur eine praktische Ausbildung im Betriebe erfahren hat.

Dr. E. d. K l o e p p e l: Ich halte das Ergebnis der Rundfrage für erfreulich, weil sie zeigt, wie haltlos und leichtfertig die Beschuldigungen waren, die in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden sind. Gerade aber mit Rücksicht darauf, daß derartige Behauptungen alle paar Tage in den Tageszeitungen erscheinen, möchte ich doch dem Vorstand anheimgeben, das Ergebnis dieser Rundfrage auch in der Presse in geeigneter Weise bekannt zu geben. Wenn die Sache nur in der Zeitschrift steht, wird kein genügender Erfolg erzielt.

Prof. W. S o n n e: Wenn wir die Tabelle unter II A ansehen, so ergibt sich, daß da von 9 Betrieben 13 Chemiker ohne Probezeit mit 300 M bezahlt werden. Ich kann mir nicht denken, daß eine chemische Fabrik einen jungen Chemiker, der direkt von der Hochschule kommt, ohne Probezeit mit über 300 M anstellt. Ich möchte deshalb empfehlen,

die Statistik dahin zu erweitern, daß man möglichst zu erfahren sucht, was die jungen Chemiker getrieben haben, ehe sie in die Fabrik hineinkamen, welche Praxis sie hatten auf einer Versuchsstation oder als Assistenten an einer Hochschule. Denn ich glaube, daß die hohen Anfangsgehälter über 300 M, die hier angeführt sind, nicht an junge Chemiker ohne Probezeit gezahlt werden. Es werden solche sein, die eine lange Praxis in einer Versuchsstation oder als Assistenten einer Hochschule hinter sich haben.

Dr. C. B. S o h n: Das Ergebnis der Umfrage ist interessant; aber seine Bedeutung hängt davon ab, ob diese Anfragen nur an chemische Fabriken ergangen sind oder auch an Versuchsstationen, in denen doch die meisten Kollegen anfangen müssen. Ich persönlich habe in einer Versuchsstation nichts angefangen. Im nächsten Jahre habe ich 1000 M bekommen.

Prof. Dr. B. R a s s o w: Sie werden aus dem Bericht ersehen, daß wir die Versuchsstationen, staatliche Laboratorien u. dgl. ausgenommen haben. Die Umfrage bei diesen Anstalten hatten andere chemische Vereinigungen übernommen. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß an den Hochschullaboratorien vielfach erheblich geringere Honorare bezahlt werden, immerhin ist zu konstatieren, daß an den Hochschulen eine Bewegung besteht und teilweise schon Erfolg gehabt hat, die bezweckt, die Anfangsgehälter wenigstens auf 125 M zu bringen. (Heiterkeit.) M. H.! Man ist eben Hochschulassistent auch aus anderen Gründen, als um Geld zu verdienen.

Was die andere Anfrage mit den merkwürdigen hohen Zahlen betrifft, 300 M Anfangsgehalt, so sind das zweifellos Leute, die in die chemische Praxis hineingekommen sind als Hochschulassistenten u. dgl.

Dr. E. d. K l o e p p e l: Ich glaube, es ist nicht richtig, wenn wir diese Versuchsanstalten in die Statistik hineinziehen.

Es ist der Einwand erhoben worden, es wären bloß die großen Firmen gefragt worden. M. H.! Wieviel große haben wir denn? Die sind an den 10 Fingern aufzuzählen. Hier heißt es aber, es sind im ganzen gefragt 834 Firmen; das Resultat bezieht sich auf 204 Firmen mit 1867 Chemikern. Da ist also eine große Zahl kleinerer Fabriken dabei.

V o r s.: Die Anregung ging seinerzeit von mir aus, und zwar im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. Wir wandten uns auch an die Chemische Gesellschaft, sie möge eine Umfrage bei den Universitäten durchführen. Die Deutsche Chemische Gesellschaft lehnte aber die Arbeit ab, weil sie glaubte, sie störe mit dieser Umfrage die Bewegung, die von seiten der Universitätsassistenten selbst inszeniert worden war. Selbstverständlich verstehen wir unter „Anfangsgehalt“ das Gehalt eines Chemikers, der nicht aus einer öffentlichen Anstalt in die Praxis tritt, sondern von der Hochschule kommt, wenn auch als Assistent.

Die Rundfrage ist von mir damals im doppelten Sinne angeregt worden: Einerseits, um der in alle Zeitungen lancierten Mitteilung durch Tatsachen widersprechen zu können, zweitens und hauptsächlich, um bei allen Fabriken Anregung dahin zu geben, daß man sich überlegt, ob das Anfangsgehalt, das jede einzelne Fabrik zahlt, tatsächlich den heutigen Verhältnissen entspricht. Ich weiß mehrere Fabriken, die daraufhin ihre Anfangsgehälter erhöht haben. Damit können wir schon zufrieden sein. Wie die Umfrage bei öffentlichen und staatlichen Anstalten ausfallen wird, die die beiden andern, dem Ausschuß zur Wahrung angehörenden Verbände unternommen haben, darüber kann man heute noch nichts sagen.

Dr. P. Fleming: Was Herr Prof. R a s s o w gesagt hat, ist richtig in bezug auf die Hochschulassistenten. Es werden viele Herren noch aus anderen Gründen Hochschulassistenten als aus Rücksichten des Erwerbs. Ganz anders liegt aber die Frage bei den Assistenten und wissenschaftlichen Hilfsarbeitern der Staatsinstitute, deren Stellung vielfach als Sprungbrett in die Industrie gar nicht in Betracht kommt, sondern eher hindernd wirken könnte. Da liegen die Verhältnisse zum Teil sehr übel. Soviel ich damals, als wir die Umfrage in Aussicht genommen haben, verstanden habe, handelte es sich darum, daß der Verein deutscher Chemiker ein Bild haben wollte, wie weit die verschiedenen Angaben über die schlechte Lage des Chemikerstandes berechtigt seien, und da müssen wir auch die anderen Assistentenstellungen berücksichtigen.

V o r s.: Das ist ja geschehen. Es ist eine Arbeitsteilung vorgenommen worden; das Resultat der Fabriken liegt vor, das der übrigen wird erst später bekannt gegeben; ich kenne es selbst noch nicht.

Prof. Dr. v o n K a p f f: Ich glaube, die Statistik gibt insofern kein ganz zutreffendes Bild, als nur ein ganz geringer Teil der Chemiker unter sie einbegriffen ist. Ich glaube, daß die Durchschnittsgehälter zu hoch ausgefallen sind, um deswillen, weil diejenigen Firmen, die nicht geantwortet haben, vielfach wahrscheinlich aus dem Grunde nicht geantwortet haben, weil sie einen sehr geringen Anfangsgehalt zahlen. (Sehr richtig!) Um die Statistik vollständig zu machen, müßte man erwägen, ob man nicht in der Zeitschrift dazu auffordern sollte, daß die Chemiker selbst ihre Anfangsgehälter der Geschäftsstelle mitteilen. Dadurch würde sich ein viel größeres Material ergeben. Es liegt doch im Interesse des Chemikerstandes, die Anfangsgehälter vertraulich mitzuteilen. Wenn schon diese Statistik mit beigetragen hat, die Anfangsgehälter zu erhöhen, so würde das noch mehr der Fall sein, wenn ein größeres Material beschafft würde.

Prof. Dr. B. R a s s o w: Wenn wir eine solche Umfrage anstellen wollten, so dürften wir doch nur die Chemiker in Betracht ziehen, die in den letzten 5 Jahren Stellung in der chemischen Industrie gefunden haben, sonst würden wir ein ganz falsches Bild bekommen. Wir wollen doch die gegenwärtig gezahlten Anfangsgehälter feststellen. Wie sollen wir aber die etwa 700 Chemiker ausfindig machen, die in den letzten 5 Jahren Stellung in der Industrie gefunden haben, und die durchaus nicht alle Mit-

glieder unseres Vereins sind. Ich halte eine solche Statistik für absolut undurchführbar.

Ich betone nochmals, die Zahlen, die wir hier haben, beziehen sich nur auf die Firmen der chemischen Industrie, die Chemiker in Anfangsstellung haben. Unter den Firmen, von denen wir keine Antwort bekommen haben, ist ein großer Teil solcher, die überhaupt keinen Chemiker haben, oder die vor vielen Jahren ihre Chemiker angestellt haben und deshalb keine Angabe machen konnten.

Auf Anfangsgehälter, die in staatlichen oder anderen öffentlichen Laboratorien gezahlt werden, bezogen sich die Angriffe in der Presse nicht; wir hatten also keinen Grund, von seiten unseres Vereins darauf einzugehen.

H. H e r a e u s: Ich würde es für sehr bedenklich halten, daß wir von vereinswegen eine Umfrage bei den Angestellten veranstalten. (Zustimmung.) Abgesehen davon, daß das Material, was eingeht, vielleicht unbrauchbar wäre, wüßte ich nicht, wer das Material zusammenstellen sollte. Auch halte ich es für bedenklich, von vereinswegen Unfrieden in die beteiligten Kreise zu tragen. Wenn ein Angestellter unzufrieden mit seinem Anfangsgehalt ist, so kann er sich an die zuständige Stelle wenden und kann anfragen, ob das ein standesgemäßes Gehalt ist; aber eine Anfrage an die Angestellten würde ich für gefährlich halten.

Dr. A. H e s s e: Der Vorschlag des Herrn Dr. v o n K a p f f ist, glaube ich, unausführbar, einerseits aus den Gründen, die Herr H. H e r a e u s dargelegt hat, andererseits aber um deswillen, weil den meisten Angestellten es in ihrem Kontrakt überhaupt verboten ist, etwas derartiges mitzuteilen. Sie würden dann gegen ihre Vertragspflicht handeln. Sie kennen den Scherz, daß ein Angestellter zum Anwalt kommt und sagt, ich möchte Sie fragen, was ich dem Vertrag gegenüber machen soll, und der antwortet: Sie machen sich ja vertragsbrüchig, wenn Sie mir etwas aus dem Vertrag mitteilen. (Heiterkeit.)

Dr. E. d. K ö b n e r: Ich halte den Vorschlag des Herrn Dr. v o n K a p f f schon deshalb für unzweckmäßig, weil er keine bessere Statistik ergeben wird. Die Antworten, die wir bekommen haben, umfassen ein viel größeres Material, als wenn wir uns an die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker wenden, denn naturgemäß würden es nur wenige Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker sein, die gerade in den letzten Jahren in die Lage gekommen sind, Anfangsgehälter zu beziehen. Wir würden also nicht erreichen was wir wollen.

V o r s.: Wenn ich mich recht erinnere, ist von Berlin aus in der letzten Zeit von der sozialen Vereinigung eine derartige Umfrage ergangen, um zu ermitteln, welche Gehälter Techniker, Ingenieure usw. beziehen; man hat Zettel an die Angestellten verteilt und ausschließlich das so eingehende Material verwertet. Sie haben wahrscheinlich gehört, daß darnach das Durchschnittsgehalt eines technischen Angestellten 2400 bis 2700 M betragen soll. Es besteht aber die Vermutung, daß es nur die Unzufriedenen waren, die geantwortet haben; wer zufrieden war, hat nichts gesagt.

Wir können damit wohl diesen Punkt der Tagesordnung verlassen, da die Statistik ihrem Zweck gedient hat und nicht fortgesetzt werden soll.

7g) Statistik der Chemiker und Chemiestudierenden für das Jahr 1907.

(Vgl. Bericht über die Sitzung des Vorstandsrats S. 1893).

Gch.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück: Herr Prof. Dr. R a s s o w führt in seinem Bericht unter IIb an, daß mit vollem Verbandszeugnis $\frac{3}{4}$ der Studierenden das Laboratorium verlassen haben, das heißt wohl, daß sie dann in die Praxis übergetreten sind?

Prof. Dr. B. R a s s o w: Zum Teil sind sie in die Praxis übergetreten, zum Teil an andere Hochschulen gegangen.

Geh.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück: Ich nehme an, daß die Zahl derjenigen, die nur mit dem Verbandsexamen das Hochschulstudium abschließen, doch eine sehr große ist, und daß man Maßregeln ergreifen müßte, das zu verhindern. So ausgezeichnet die Einrichtung des Verbandsexamens ist, birgt sie doch eine große Gefahr in sich.

Prof. Dr. W. S o n n e: Ich bin auch der Meinung, daß das Verbandsexamen in dieser Hinsicht nicht günstig gewirkt hat; viele Chemiker gehen nur mit dem Verbandszeugnis ausgerüstet in die Praxis. Ich meine, es wäre die Pflicht der Hochschullehrer, den Studierenden klar zu machen, daß das Verbandsexamen nur ein Zwischenexamen, aber kein Examen ist, durch welches die vollständige Hochschulbildung nachgewiesen werden kann.

Geh.-Rat Prof. Dr. E. B e c k m a n n: Ich weiß, daß jetzt ein neues Verbandszeugnisformular eingeführt ist; auf diesem Formular ist angeregt, das Verbandsexamen noch durch eine Ergänzungsprüfung zu verbessern. In Leipzig haben die drei chemischen Laboratorien ein Formular dieses Verbandszeugnisses am schwarzen Brett angeschlagen mit Erläuterungen, wie die Studierenden sich zu diesen Ergänzungsprüfungen stellen sollen. Darin ist gesagt, daß das Bestehen dieses Ergänzungsexamens für jeden Chemiker außerordentlich erwünscht sei, daß es aber, wie das Hauptexamen, nur elementare Kenntnisse von dem Chemiker verlangt und nur den Nachweis erbringen soll, daß er sich mit Mathematik, Physik, Mineralogie, physikalische Chemie und chemischer Technologie beschäftigt hat. Es ist weiter diesem Anschlag eine Verwarnung angefügt worden, daß der Chemiker dieses Verbandsexamen nicht als Abschluß seines Studiums betrachten möchte, da er sonst bei Bewerbung um Stellen nicht als vollwertiger Chemiker betrachtet werden könnte und keine Aussicht darauf habe, in der Technik als vollwertiger Chemiker angesehen zu werden. Es wäre wünschenswert, wenn auch von seiten anderer Hochschulen in dieser Weise vorgegangen würde.

Dr. P. F l e m m i n g: Ich möchte anregen, ob nicht dieser Punkt von dem Verein deutscher Chemiker in breiter Öffentlichkeit klar gestellt werden könnte, um den vielfach verworrenen Ansichten auf diesem Gebiete zu begegnen und die richtige Auffassung des Wertes dieses Verbandsexamens, das doch nur als internes Universitätsexamen gedacht war, auch in den Kreisen der Laien zu erzielen.

V o r s.: Wir werden aus der Statistik bald erfahren, wie groß in Wahrheit die Zahl dieser Che-

miker ist. Wenn man eine solche Behauptung aufstellt, muß man sie auch beweisen können, und das ist zurzeit nicht möglich. Wir werden im nächsten Jahre diese Unterfrage einrichten.

Prof. Dr. P. R a b e: Die hohe Zahl derjenigen, die jetzt mit Verbandszeugnis die Universitäten oder die Hochschulen verlassen, besteht wahrscheinlich aus solchen, die kein Maturitätszeugnis besitzen. Das ist wohl der Kernpunkt der ganzen Frage.

V o r s.: Wir werden also im nächsten Jahre diese Statistik mit einem verbesserten Fragebogen wieder veranstalten. Ich hoffe, daß wir im Laufe der Zeit in den Stand kommen werden, durch Vergleiche der einzelnen Jahrestatistiken richtige Schlüsse zu ziehen.

7h) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

Dr. K. G o l d s c h m i d t berichtet folgendermaßen: M. H.! Der Gegenstand, über den ich Ihnen Bericht erstatten soll, nämlich die Frage der ausländischen Studierenden auf deutschen Hochschulen, ist nicht derartig vielseitig und unerschöpflich, daß Ihnen hier alljährlich viel Neues gebracht werden könnte. Auch ist es natürlich, daß Änderungen auf diesem Gebiete sich nur ganz allmählich vollziehen können, da unsere Behörden Maßnahmen nur vorsichtig ergreifen und diese niemals derartig tief einschneidend sein können, daß dadurch eine plötzliche Änderung auf der ganzen Linie stattfinden könnte, um so weniger, als die Regelung der Unterrichtsangelegenheiten den Einzelstaaten vorbehalten ist.

Mit Befriedigung dürfen wir wohl feststellen, daß die Ansichten, die wir im Jahre 1904 in einer Resolution in Mannheim betreffs dieser Fremden niedergelegt haben, und die wir in einer Denkschrift den deutschen Regierungen zur Kenntnis gebracht haben, heute Allgemeingut geworden sind.

Die Ansichten gipfelten darin, daß die Ausländer auf derselben Bildungsstufe stehen müssen, die wir von unseren einheimischen Studierenden verlangen, und daß die deutschen Hochschulen in erster Linie für die deutschen Studenten da sind. Diese Ansicht ist zum Ausdruck gekommen sowohl im preußischen Abgeordneten- und Herrenhause, als auch in beiden bayrischen Kammern.

Daß nicht etwa deutsche Engherzigkeit eine Einschränkung der im Übermaß und mit ungeeigneter Vorbildung zuströmenden Studenten fordert, beweisen die Vorgänge in der Schweiz, einem Lande, das nach seiner geschichtlichen Entwicklung nicht nur die Gastfreundschaft in jeder Weise übt, sondern das im besonderen aus der Gastfreundschaft ein blühendes Gewerbe geschaffen hat und zu einem erheblichen Teile davon lebt. Auch in diesem Lande ist man zu der Ansicht gekommen, daß man in jener Beziehung zu weit gehen kann. An den Hochschulen zu Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne und Zürich studieren 10 336 Studenten, darunter 4285 Ausländer, von diesen wieder 2513 Russen.

Diese Verhältnisse haben die Züricher Hochschule dahin geführt, strengere Bedingungen an die Vorbildung der Ausländer zu stellen. Das hat auch bereits Erfolg gehabt, indem die Zahl der Russen in Zürich um 13% gesunken und die der Schweiz

dafür um 17% gestiegen ist. Die „Baseler Neuesten Nachrichten“ und die „Neue Züricher Zeitung“, zwei der hervorragendsten Schweizer Tagesblätter, fordern eine allgemeine Durchführung dieser Grundsätze, d. h. die Forderung der gleichen Vorbildung von den Russen wie von den Schweizern, bzw. die Einführung von Aufnahmeprüfungen. Ferner fordern sie von den Russen höhere Immatrikulations- und Laboratoriumsgebühren, und zwar mit der Begründung, daß diesen gegenüber von einem Gegenrecht nicht die Rede sein kann, da Ausländer einmal auf russischen Hochschulen überhaupt nicht zugelassen werden, und da, wenn sie auch aufgenommen würden, Schweizer Studenten — und dasselbe gilt wohl auch von den Deutschen — sich bedanken würden, dort ihren Studien obzuliegen. Da die Schweizer Professoren sehr niedrig besoldet und auf Kollegiengelder angewiesen sind, soll dieses höhere Kollegiengeld etwaige Ausfälle, welche die geringere Zahl bringen sollte, den Professoren ersetzen.

Auch bei uns stehen weite Kreise auf dem Standpunkte, daß man von den Ausländern höhere Kollegiengelder nehmen sollte. Der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein hat im Jahre 1904 in seinem Antrag auch dies gefordert, aber, da sich hiergegen Widerspruch erhob — unser verehrter Vorsitzender hat damals das schöne Wort vom „Schutzzoll auf die Wissenschaft“ geprägt — fallen gelassen; aber wir sehen, daß dieses Prinzip sich immer mehr durchringt. Die technischen Hochschulen Deutschlands haben es fast alle bereits eingeführt, die Schweiz geht damit um, und nur die preußischen Universitäten verhalten sich zurzeit noch ablehnend.

In meinem Vortrag im Jahre 1905 habe ich Ihnen bereits ausgeführt, welche Bestimmungen die einzelnen technischen Hochschulen an die Vorbildung der Ausländer stellen. Inzwischen hat auch Darmstadt mit dem letzten Wintersemester die Bestimmung getroffen, daß die Russen nicht nur das Maturitätszeugnis eines Gymnasiums beibringen, sondern auch auf einer russischen technischen Hochschule immatrikuliert gewesen sein müssen. Es ist Ihnen vielleicht erinnerlich, daß das Maturitätszeugnis allein in Rußland zum Hochschulstudium nicht berechtigt, sondern daß dort eine Aufnahmeprüfung stattfindet, in der nur ein Viertel oder ein Fünftel der Kandidaten bestehen, daß also die russischen Hochschulen sich aus ihrem Material die besten aussuchen, während wir bisher einen großen Teil der Durchgefallenen aufgenommen haben. Diesem Übelstande soll durch die Darmstädter Bestimmung begegnet werden. Wie einschneidend diese Bestimmung gewirkt hat, mögen Sie aus der Tatsache ersehen, daß die Zahl der Russen von 379 im vorigen Wintersemester auf 282 in diesem Sommersemester gesunken ist. Andere Hochschulen, wie Braunschweig und München, haben Bestimmungen getroffen, welche die Zahl der aufzunehmenden Ausländer einschränken, Braunschweig z. B. auf 12% der Studierenden des vorausgehenden Semesters. Auch die Universität Rostock hat Zeitungsnachrichten zufolge bezüglich der russischen Studenten Einschränkungen beschlossen. In Dresden ist die Zahl der Russen von 92 auf 29 gesunken; infolge welcher Maßregeln konnte ich

nicht feststellen, da der Jahresbericht 1906/07 noch nicht erschienen ist.

Sind die Wirkungen dieser Maßregeln im einzelnen gelegentlich erheblich, so ist zahlenmäßig eine wesentliche Änderung nicht festzustellen. Wir können auf den Universitäten erfreulicherweise einen kleinen Rückgang feststellen. Im Winter 1906/07 hatten wir die Höchstzahl der Ausländer mit 4150 erreicht, gleich 9,2% der gesamten Studierenden, und sind im letzten Wintersemester auf 3869 wieder gestiegen. Der Rückgang ist zu gering, wenn wir berücksichtigen, daß vor 10 Jahren 2300 und vor 20 Jahren 1800 Ausländer auf den deutschen Hochschulen studierten. Doch ist immerhin festzustellen, daß die Zahl der Russen auf den deutschen Universitäten im letzten Jahre von 1890 auf 1466 zurückgegangen ist. Der Schaden für unsere deutschen Universitäten beruht aber weniger in der Gesamtzahl der Ausländer bzw. der Russen, als in der Tatsache, daß sie sich auf einige wenige Hochschulen konzentrieren und damit als ein lästiger Fremdkörper wirken. So haben wir in Karlsruhe im vorigen Sommersemester bei 1288 Studenten 325 Russen = 25% gehabt, und im Wintersemester bei 1352 Studenten 338 Russen. Die Zahlen für Darmstadt habe ich Ihnen oben genannt.

Sie sehen, m. H., daß es eigentlich eine falsche Aufschrift ist, wenn wir von „Ausländern auf deutschen Universitäten“ sprechen. Es handelt sich um Russen. Die übrigen Nationen beteiligen sich jedenfalls nur ausnahmsweise bei uns in einer Zahl, die uns irgendwie Veranlassung geben könnte, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, auch die Nationen, bei denen wir von einer Gegenseitigkeit, von einem Befruchten unseres Geisteslebens kaum reden können. Auch die Tatsache, daß unter den Angehörigen dieser Nationen gelegentlich einige den Bildungsansprüchen nicht genügen, die wir an unsere Studenten stellen müssen, würde uns nicht beruhigen, sie könnte das Leben auf unseren Hochschulen nicht irgendwie beeinflussen. Die zahllosen Russen, die die traurigen Zustände im eigenen Lande veranlassen, in immer wachsenden Scharen uns aufzusuchen, der ungenügende Bildungsstand und die Lebensauffassung dieser Jugend ist es, die uns mit Sorge erfüllt, und die sie als eine unerwünschte Vermehrung unserer Hochschuljugend erscheinen läßt. Im „Tag“ schildert ein Russe namens Professor, der mehrere Jahre deutsche Hochschulbildung genossen hat, die heutige russische Hochschuljugend wie folgt: „Die Hochschulen sind teils geschlossen, teils in unheimlicher Weise verwahrlost, und die Studenten nicht minder. Der Arbeit gänzlich entwöhnt, ist die Politik ihr Element und ihr Zweck geworden. Schon auf den Gymnasien haben sie politische Obstruktion gemacht. Eine unglaublich verwahrloste Jugend zieht heute in die Hochschulen.“

Vor dieser Gesellschaft müssen wir uns schützen, das wird allerorten anerkannt. Maßnahmen dazu sind vielfach getroffen, und es ist anzunehmen, daß die wenigen Hochschulen, die solche Maßnahmen noch nicht eingeführt haben, sie binnen kurzem treffen werden. Wie erfolgreich diese Maßregeln sein werden, das kann erst die Zukunft lehren.

Ich möchte vorschlagen, daß wir die Berichter-

stattung über diesen Gegenstand im nächsten Jahre aussetzen und erst wieder aufnehmen, wenn veränderte Verhältnisse dies wünschenswert erscheinen lassen.

Prof. W. Sonne: Ich möchte dringend bitten, diesen Punkt noch nicht von der Tagesordnung abzusetzen. Allerdings bin ich nicht so gut informiert, wie ich wohl wünschen möchte, die Sache liegt jedoch meines Wissens so: Bisher konnten die Russen bei uns das Diplomexamen machen, sie konnten als Diplomingenieur in die Welt hinausgehen; das ist jetzt erschwert. Russische Studierende der Chemie, die in Rußland zum Universitätsstudium zugelassen sind, werden sich wohl nur sehr selten an deutschen technischen Hochschulen immatrikulieren lassen. Wenn ich aber recht unterrichtet bin, können Russen, die in Rußland selbst nicht studieren dürfen, an einigen unserer technischen Hochschulen auch als außerordentliche Studierende aufgenommen werden; sie können dann die Fachexamina ablegen. Diese Fachprüfungen haben keine besondere Bedeutung, ein Titel wird durch sie nicht erworben, sie liefern nur den Nachweis, daß die Leute etwas gelernt haben. In welcher Weise aber die Russen das Zeugnis über das bestandene Fachexamen später verwerten werden, darüber fehlt uns bis jetzt jede Erfahrung. Daher möchte ich bitten, diese Frage noch nicht von der Tagesordnung abzusetzen, sondern wenigstens noch zwei Jahre zu warten, um festzustellen, ob die Zahl der Russen an unseren Hochschulen sich dauernd so stark vermindert, daß tatsächlich die Gefahr, insbesondere für die jüngeren deutschen Chemiker, beseitigt ist. Denn die massenhafte Ausbildung der russischen Studierenden auf unseren Hochschulen bildet eine ernste Gefahr für den deutschen Chemiker; die Ausländer machen später in der Praxis geringere Ansprüche und verdrängen unsere deutschen Chemiker aus den Stellungen, welche sie früher häufig in Rußland inne hatten.

Geh.-Rat Prof. Dr. W. Hempel: Die Frage wegen Darmstadt kann ich beantworten. Darmstadt hat wohl jetzt die schärfsten Aufnahmebestimmungen für Ausländer, es fällt also jetzt aus. In Danzig sind festgenagelt worden als mit besonders vielen Ausländern beglückt: Dresden, Darmstadt und Karlsruhe. In bezug auf Dresden möchte ich hervorheben, daß wir vollständig gleiche Bedingungen haben, wie für die Inländer, und daß wir keinen Russen aufnehmen, der nicht die erwähnte Aufnahmeprüfung in Rußland gemacht hat. Infolgedessen ist die Zahl bei uns stetig gesunken. Wir hatten früher 32% und haben jetzt 26%. Bezüglich Dresden können Sie also ohne Sorge sein, es bleibt jetzt nur noch Karlsruhe, und darüber kann ich keine Auskunft geben.

Dr. K. Goldschmidt: Ich habe im Interesse der Sache Ihnen nicht zu viele Zahlen geben wollen, weil ich glaubte, das könnte ich in den Bericht dann hineinsetzen. In Darmstadt ist die Zahl der Russen gesunken von 379 im vorigen Wintersemester auf 282 in diesem Sommersemester; in Dresden nach den mir gewordenen Nachrichten von 92 auf 29. Die Gesamtzahl der Russen ist zurückgegangen von 2500 auf 1500. Schlecht ist das Verhältnis immer noch in Karlsruhe, 25% der Studenten dort sind Russen. Das ist aber eine Sache

der Badischen Regierung; die kennt das Verhältnis, wenn sie es nicht ändern will, können wir sie nicht zwingen.

Geh.-Rat Prof. Dr. W. Hempel: In Dresden ist die Zahl so gesunken, weil die Polizeibehörde sich der Sache angenommen hat. Dort steht die Sache so, daß von denen, die wir in wissenschaftlicher Hinsicht aufnehmen könnten, immer noch ein großer Teil nicht aufgenommen wird, weil irgend welche polizeiliche Bedenken vorliegen. (Heiterkeit und Bravo!)

Vors.: Es wünscht niemand mehr das Wort. Ich glaube, es würde sich doch empfehlen, daß wir nach Bedarf diesen Punkt noch auf unserer Tagesordnung hielten. Ich gebe Herrn Dr. Goldschmidt anheim, uns darüber künftig weitere Mitteilungen zu machen. Er hat sich ja dieser Angelegenheit sehr intensiv angenommen, und den Erfolg, der jetzt erreicht worden ist, kann er sich eigentlich auf sein persönliches Konto schreiben.

8. Hilfskasse.

Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse für das Jahr 1907.

In der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Berlin am 2. Juni 1903 wurde auf Antrag des Vorstands beschlossen, gemäß den von einer besonderen Kommission aufgestellten Satzungen eine Hilfskasse für den Gesamtverein zu errichten.

Der Oberschlesische Bezirksverein hatte im Jahre 1907 durch seinen Vertreter, Dir. Russig, den Antrag eingebracht:

„Der Verein deutscher Chemiker wolle die Gründung einer Unterstützungskasse für seine Mitglieder in Erwägung ziehen.“

Die an diesen Antrag anknüpfende lebhafteste Diskussion zeigte, daß die Anregung allseitig eine sympathische Aufnahme gefunden hatte. Der Vorstand versprach, die Sache im Auge zu behalten und der Hauptversammlung im folgenden Jahre zu berichten.

Auf der Hauptversammlung in Düsseldorf berichtete dann der Geschäftsführer, Dir. Lütty, über den Stand der Hilfskassenfrage, wie er sich auf Grund der Begutachtungen durch die Bezirksvereine darstellte. Die Bezirksvereine hatten zum Teil Kommissionen gewählt, die die Frage in eingehender Weise studiert hatten, und durch welche dem Vorstände sehr wertvolles Material zugeflossen war.

In Dresden wurde eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission, die Herren Hofrat Dr. H. Caro-Mannheim, Dr. E. Erdmann-Halle, Dr. H. Göckel-Berlin, Dir. Russig-Schwientochlowitz, Dr. Ulrich-Elberfeld gewählt, welche zusammen mit dem Vorstände die Frage der Hilfskasse studieren und zur Hauptversammlung 1903 über ihre Arbeiten Bericht erstatten, und auch Anträge stellen sollte.

Auf der Hauptversammlung in Berlin am 2. Juni 1903 berichtete im Namen der Kommission Herr Hofrat Dr. H. Caro und begründete den Antrag des Vorstandes.

Der Verein beschließt hierauf die Gründung einer Hilfskasse für den Gesamtverein gemäß den von der Kommission aufgestellten Satzungen.

Des fernerer beschloß der Verein, der Hilfskasse für das Jahr 1903 sofort einen Zuschuß in Höhe von 1000 M zur Verfügung zu stellen.

Um nun die Hilfskasse lebensfähig zu machen, mußte dafür Sorge getragen werden, ihr dauernd feste Einnahmen zuzuführen. Der Geschäftsführer Dir. L ü t y, unternahm es daher, in den Monaten August und September 1903, an eine größere Anzahl der besser situierten Mitglieder des Vereins heranzutreten mit der Bitte, zur Schaffung eines Grundkapitals für die Hilfskasse Beiträge zu leisten. Dieses Grundkapital sollte in seinem Bestande unantastbar sein, seine Zinsen dagegen alljährlich der Kasse zur Verfügung stehen. Der Aufruf war von gutem Erfolg gekrönt, denn von allen Seiten gingen bald größere, bald kleinere Beiträge ein.

Entsprechend dem Wortlaute der Satzungen für die Hilfskasse hat der Vorstand dem Vorstandsrat unterm 31. August 1903 zu Mitgliedern des Kuratoriums vorgeschlagen: Dr. K u b i e r s c h k y - Braunschweig, jetzt Eisenach, Dr. A. L a n g e - Niederschöneweide, Dir. F. L ü t y - Halle, jetzt Mannheim. Der Vorstandsrat ist diesem Vorschlage einstimmig beigetreten. Das Kuratorium hat Dr.

K u b i e r s c h k y zum Vorsitzenden, Dr. A. L a n g e zum stellvertr. Vorsitzenden und Dir. Fr. L ü t y zum Geschäftsführer gewählt.

Das Kuratorium stellte eine Geschäftsordnung auf, in welcher festgelegt wurde, daß die Beiträge, welche in einem Rechnungsjahre nicht verwendet werden, mit 50% dem Stammkapital zuzuschlagen sind, während die andere Hälfte in den Haushaltsplan des folgenden Jahres einzusetzen ist.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht das Anwachsen des Stammkapitals in den letzten 5 Jahren:

S t a m m k a p i t a l.				
Zugang 1902 M 109,—				
1./1. 1903 M	109,—	„	1903 „	21 811,46
1./1. 1904 „	21 920,46	„	1904 „	5 400,09
1./1. 1905 „	27 320,55	„	1905 „	4 100,—
1./1. 1906 „	31 420,55	„	1906 „	5 324,15
1./1. 1907 „	36 744,70	„	1907 „	2 368,01
1./1. 1908 „	39 112,71			

Um zu zeigen, wie sich die Hilfskasse in den letzten 5 Jahren entwickelt hat, seien die Vorschläge für den Haushaltsplan nachstehend aufgeführt:

H a u s h a l t u n g s p l ä n e.

a) Einnahmen.

	1904 M	1905 M	1906 M	1907 M	1908 M
Zuschuß des Hauptvereins	1000,—	1000,—	1000,—	1000,—	500,—
Beiträge von Bezirksvereinen	820,—	900,—	1000,—	1000,—	600,—
Zinsen des Stammkapitals	875,—	934,—	1150,—	1310,60	1450,—
Diverse Einnahmen und Rückzahlungen	20,—	50,—	120,—	150,—	300,—
Vortrag aus dem vorhergegangenen Jahre . . .	—	1345,—	1787,85	2500,—	1747,25
	2715,—	4229,—	5057,85	6060,60	4597,25

b) Ausgaben:

	1904 M	1905 M	1906 M	1907 M	1908 M
Porto und Spesen	100,—	100,—	100,—	500,—	500,—
für Unterstützungen zur Verfügung	2615,—	4129,—	4957,85	5560,60	4095,25
	2715,—	4229,—	5057,85	6060,60	4597,25

Während sich die Summe, die alljährlich für Unterstützungen zur Verfügung gestellt werden konnte, seit dem Bestehen der Hilfskasse fortwährend vergrößert hat, so daß im Jahre 1907 über 5500 M zur Verfügung standen, zeigte der Haushaltsplan für 1908 zum ersten Male eine Abnahme, indem nur über ca. 4100 M verfügt werden kann. Dieser bedauerliche Rückgang ist in erster Linie dadurch bedingt, daß der Hauptverein auf der Hauptversammlung in Danzig beschlossen hat, der Hilfskasse jährlich nur noch 500 M zu überweisen. Durch die Herabsetzung der satzungsmäßigen Rückvergütung an die Bezirksvereine von 3 M auf 2 M sind die Einnahmen der Bezirksvereine geschmälert worden. Mehrere Bezirksvereine haben infolgedessen der Hilfskasse mitgeteilt, daß sie für die Folge nicht mehr in gleichem Maße wie bisher beitragen könnten. Das Kuratorium hat daher beschlossen, nochmals an die Mitglieder des Vereins heranzutreten und sie um Spenden zur Erhöhung des Stammkapitals zu ersuchen. Dieser Aufruf wird im Laufe des Sommers ergehen und hoffentlich dazu beitragen, der Hilfskasse neue eigene Einnahmen aus

den Zinsen des vergrößerten Stammkapitals zuzuführen.

Die Hilfskasse gewährt an ein und dieselbe Person in der Regel nur ein Darlehen bis zur Höhe von 250 M, doch ist diese Summe, wenn besondere Gründe es notwendig erscheinen ließen, mehrfach überschritten worden. Es wurden gewährt:

1904	1 Darlehen	M 200
1905	7 „	„ 1240
1906	5 „	„ 825
1907	7 „	„ 2785
1908	3 „	(bisher) „ 490
		zus. M 5540

zurückgezahlt hiervon wurden zus. M 765

Für einen größeren Teil der Kapitalien ist später eine Rückzahlung zu erwarten, doch sind auch verschiedene Darlehen als vollständig uneinbringbar zu bezeichnen.

Die einzelnen Abrechnungen der Kasse haben sich wie folgt gestaltet:

a) Einnahmen :

	1904 M	1905 M	1906 M	1907 M
Zuschuß des Hauptvereins	1000,—	1000,—	1000,—	1000,—
Zuschuß der Bezirksvereine	1081,—	1319,75	1516,50	1169,75
Zinsen vom Stammkapital	821,99	1047,60	1231,40	1368,10
Diverse Einnahmen	20,—	8,—	3,—	228,10
Rückzahlungen inkl. Zinsen	—	112,50	388,55	229,06
Vortrag (Überschuß vom vorherg. Jahr)	—	1345,—	1787,85	2500,—
Zusammen :	2922,99	4832,85	5927,30	6495,01

b) Ausgaben :

	1904 M	1905 M	1906 M	1907 M
Darlehn	200,—	1240,—	825,—	2785,—
Porti und Reisen	25,—	17,—	8,—	215,50
Überschuß zum Stammkapital	1352,99	1788,—	2594,30	1747,26
Vortrag (auf das folgende Jahr)	1345,—	1787,85	2500,—	1747,25
Zusammen :	2922,99	4832,85	5927,30	6495,01

Es wäre sehr wünschenswert, wenn in weiteren Kreisen des Vereins der Hilfskasse und ihrem segensreichen Wirken größere Beachtung geschenkt würde, namentlich wäre zu wünschen, daß die Mitglieder des Vereins der Hilfskasse durch Sammlungen bei festlichen Veranstaltungen Mittel zuführten.

Vors.: Ich muß Ihnen leider die betrübende Mitteilung machen, daß der bisherige Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Dr. K u b i e r s c h k y, in einem uns zugegangenen Briefe den Vorsitz niedergelegt hat und uns damit in die unangenehme Lage versetzt, ein neues Mitglied des Kuratoriums wählen zu müssen. Der Vorstandsrat hat gestern Herrn Kollegen R a s c h i g in das Kuratorium berufen. Er bedauert lebhaft, daß Herr K u b i e r s c h k y, der bisher so eifrig auf diesem Gebiete tätig war — er nannte sich ja auf der vorigen Hauptversammlung den Armenrat — nun nicht mehr für unsere Unterstützungskasse tätig sein will. Ich hoffe aber, daß er uns in Zukunft trotzdem noch auf diesem Gebiete weiter mit Rat und Tat unterstützen wird.

Auch an dieser Stelle gestatte ich mir, ihm im Namen des Vereins unseren herzlichsten Dank für seine fleißige und erfolgreiche Arbeit zum Ausdruck zu bringen.

Die Hilfskasse wird gerade in Zeiten wie die, in denen wir jetzt stehen, und denen wir vielleicht noch mehr entgegengehen, stärker beansprucht werden als seither. Deshalb bitte ich Sie alle, nach Kräften beizutragen, daß die nötigen Fonds beschafft werden, um über eine solche Zeit hinwegzukommen.

9. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Herr Prof. Duisberg hat darüber einen Bericht erstattet, der Ihnen gedruckt vorliegt. Er lautet:

Mit dem 2. Januar 1907 war der Vorsitz im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes auf den Verein deutscher Chemiker übergegangen.

Als Mitglieder dieses Ausschusses waren folgende Herren tätig.

Für den Verein deutscher Chemiker:

Prof. Dr. C. D u i s b e r g in Elberfeld,
Dir. F. L ü t y in Mannheim;

für die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker:

Prof. Dr. W. F r e s e n i u s in Wiesbaden,
Prof. Dr. J. M a y r h o f e r in Mainz;

für den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker:

Hofrat Dr. A. F o r s t e r in Plauen,
Dr. J. T r e u m a n n in Hannover.

Die nachstehenden Angelegenheiten wurden teils auf schriftlichem Wege, der einen ganz erheblichen Umfang annahm, teils auf mündlichem Wege in zwei Sitzungen, welche am 1. März und am 9. November 1907 beide zu Berlin stattfanden, erledigt (siehe diese Z. 20, 513, 2207 [1907]).

1. Eintritt der Deutschen Chemischen Gesellschaft in den Ausschuß.

Als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Chemischen Gesellschaft konnte ich in der Vorstandssitzung vom 28. Mai 1907 persönlich für den Beitritt dieser großen, in erster Linie wissenschaftlichen Interessen dienenden Gesellschaft wirken. Es wurde daraufhin (s. diese Z. 20, 1086 [1907]) der Beschluß gefaßt, dem Ausschuß beizutreten, und als Vertreter wurden die Herren Prof. Dr. B u c h n e r und Geheimrat Prof. Dr. W i l l in denselben delegiert.

2. Eingabe, betreffend die Neuregelung der Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker.

Dem Ausschuß war bekannt geworden, daß die Reichsregierung eine Änderung der Vorschriften über die Prüfung von Nahrungsmittelchemikern plane. Es wurde deshalb von dem Ausschuß beschlossen, eine diesbezügliche Eingabe an das Reichsamt des Inneren zu richten.

Über die Eingabe selbst konnte jedoch auf schriftlichem Wege eine Einigung unter den Mitgliedern des Ausschusses nicht erzielt werden. Die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker hatte nämlich mittlerweile ihre Hauptversammlung abgehalten und nachträglich ihre Genehmigung zu der von ihren Vertretern gutgeheißenen Eingabe mit der Motivierung versagt, daß der Ausschuß für diese Angelegenheit nicht zuständig sei. Darauf traten die beiden Vertreter dieser Vereinigung, die Herren Fresenius und Mayrhofer, aus dem

Ausschuß aus. Erst am 12. Oktober 1907 ging mir von dem Vorsitzenden der Vereinigung, Herrn Geheimrat Prof. Dr. J. König, die Nachricht zu, daß an Stelle der ausgeschiedenen Herren die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker die Herren Dir. Dr. Beythien in Dresden und Prof. Dr. A. Bömer in Münster in den Ausschuß delegiert habe. In der dann zu Berlin am 9. November 1907 stattgehabten Sitzung konnte eine Einstimmigkeit über diese Frage nicht erzielt werden, und diese mußte daher, den Bestimmungen des Ausschusses entsprechend, aus den Verhandlungen ausscheiden.

Von seiten unseres Vereins ist aber trotzdem, zusammen mit dem Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und der Deutschen Chemischen Gesellschaft eine diesbezügliche, in unserer Vereinszeitschrift abgedruckte Eingabe an das Reichsamt des Innern am 15. November 1907 abgesandt worden.

3. In der Ausschußsitzung vom 1. März 1907 zu Berlin wurde beschlossen, eine Eingabe, betreffend Submissionsverfahren bei Vergabe chemisch-analytischer Arbeiten an die verschiedenen dabei in Betracht kommenden Behörden zu richten.

Diese Eingabe (s. diese Z. 20, 1392 [1907]) wurde nach vorausgegangener Genehmigung durch sämtliche Mitglieder des Ausschusses am 8. Juli 1907 von mir an das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten, das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, das preußische Finanzministerium und das preußische Ministerium des Innern abgesandt. Außer von dem Ministerium für Handel und Gewerbe und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten ist eine Antwort auf diese Eingabe bisher nicht eingegangen. Während das erstere behauptete, daß bei ihm chemische Arbeiten überhaupt nicht submittiert worden seien, bat das letztere um Angabe der diesbezüglichen uns bekanntgewordenen Stellen. Wir nannten darauf einige Eisenbahndirektionen, bei denen chemische Arbeiten auf dem Submissionswege vergeben worden sind, und erhielten darauf die Antwort, daß es sich hierbei um eine eigentliche Submissionsvergabe nicht gehandelt habe und deshalb in der Sache nichts geschehen könne.

4. In der Berliner Sitzung vom 1. März 1907 war auch beschlossen worden, die Gebührenfrage erneut zu behandeln und auf den Hauptversammlungen der verschiedenen Vereine und Verbände an Hand der beschlossenen Resolution zu besprechen und diese genehmigen zu lassen. Nachdem sich sämtliche Vereine und Verbände in zustimmendem Sinne geäußert hatten, ist nach vorheriger Rücksprache mit einem Vertreter des preußischen Justizministeriums die in dieser Z. 20, 2238 (1907) publizierte Eingabe von mir an das Reichsjustizamt, den preußischen Justizminister, den preußischen Kultusminister und an die Regierungen der sämtlichen Bundesstaaten abgesandt worden. Während das Fürstlich Schaumburg-Lippische Ministerium sich 6 Exemplare des vom Reichsgesundheitsamt veröffentlichten Gebührentarifs für die ihm unterstellten Gerichte erbat, hielt weder die sächsische, noch die oldenburgische Regierung eine weitere

Maßnahme für notwendig. Dagegen teilte das preußische Justizministerium mit, daß es sich wegen der Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Gebührenordnung für Chemiker, mit dem Kultusministerium in Verbindung gesetzt habe. Weitere Antworten sind bis jetzt nicht eingegangen. Es verlautet aber, daß demnächst in Preußen ein die Gebühren der Sachverständigen regelnder Gesetzentwurf vorgelegt werden soll.

5. Auf die Tagesordnung der Ausschußsitzung zu Berlin vom 9. November 1907 hatte ich auch die Karenzfrage gesetzt.

Die Vertreter der Deutschen Chemischen Gesellschaft und der Freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker hielten sich aber nicht für befugt, ohne weiteres der vom Verein deutscher Chemiker beschlossenen Eingabe wegen der Karenzfrage zuzustimmen. Im Auftrage des Vereins deutscher Chemiker sandte ich die Eingabe deshalb, da Eile not tat, nur mit der Unterschrift unseres Vereins versehen, am 21. November 1907 an das Reichsamt des Innern, das Reichsjustizamt, den Justizminister, den Handelsminister, den deutschen Reichstag und die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, unter Ausschuß der Sozialdemokratie, ab. Die Deutsche Chemische Gesellschaft aber beschloß in ihrer Vorstandssitzung, als Vereinigung mit wissenschaftlichen Bestrebungen, sich dieser Eingabe nicht anschließen zu können. Damit war auch diese Angelegenheit im Ausschuß gefallen. Es steht den anderen Vereinigungen aber noch frei, sich der von unserem Verein bereits gemachten Eingabe anzuschließen.

6. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Danzig hatte auf Antrag des Aachener Bezirksvereins folgenden Beschluß gefaßt: „Der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker möge bei den zuständigen Stellen dahin wirken, daß amtliche Untersuchungsanstalten und deren Angestellte, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, wie z. B. städtische oder Kreisuntersuchungsämter angewiesen werden sollen, Handels-, medizinische sowie technische Analysen, die von privater Seite eingehen, gegen Bezahlung tunlichst nicht anzunehmen, falls sich am Platze Laboratorien von öffentlich angestellten Handelschemikern oder analytische Privatlaboratorien befinden.“

Ausgenommen davon sollen solche Untersuchungen sein, die durch ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse bedingt werden oder in das Gebiet von Spezialfachverständigen gehören,“ und mit der weiteren geschäftlichen Behandlung der Ausschuß zur Wahrung betraut. Dieser Antrag wurde von mir sofort am 7. Juni 1907 den sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses mitgeteilt. Die Vertreter der Deutschen Chemischen Gesellschaft bzw. der Vorstand der letzteren lehnten jedoch eine Behandlung dieser Frage durch den Ausschuß ab, sodaß sie als solche aus den Verhandlungen ausschied.

7. Die von mir angeregte und beschlossene Rundfrage, betreffend die Anfangsgehälter der Chemiker, wurde bis zum 1. April 1908 vertagt. Bis dahin hoffte man, die eingeleitete

Statistik abschließen zu können (siehe Punkt 7 f der Tagesordnung).

8. Im Laufe der Geschäftsführung hatte sich der Mangel einer Geschäftsordnung empfindlich bemerkbar gemacht. Deshalb arbeitete ich eine solche aus und legte sie dem Ausschuß vor, der sie dann mit einigen kleinen Änderungen einstimmig genehmigte und sofort in Kraft setzte.

Damit war die umfangreiche Tätigkeit des Ausschusses, die mir als Vorsitzendem desselben sehr viel Arbeit gemacht hat, für das Jahr 1907 erschöpft.

Mit dem 2. Januar 1908 ist dann die Leitung im Ausschuß auf den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands übergegangen. Als Vertreter der vier Vereine gehören dem Ausschuß nunmehr die folgenden Herren an:

Hofrat Dr. A. Forster, Dr. J. Treumann, für den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands;

Dir. Dr. Beythien, Prof. Dr. A. Bömer, für die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker;

Geheimrat Prof. Dr. W. Will, Geheimrat Prof. Dr. N. Witt, für die Deutsche Chemische Gesellschaft;

Prof. Dr. C. Duisberg, Dir. F. Lütty, für den Verein deutscher Chemiker.

Bis heute hat sich, soviel mir bekannt geworden ist, nichts weiteres im Ausschuß seit dem 1. Januar ereignet. Es hat weder ein schriftlicher, noch ein mündlicher Gedankenaustausch stattgefunden, noch sind irgend welche weitere Äußerungen auf unsere Eingaben erfolgt.

Elberfeld, im Juni 1908.

Vors.: Sie ersehen aus diesem Berichte die umfangreiche Tätigkeit, die der Ausschuß im vorigen Jahre unter dem Vorsitz unseres Vereins ausgeübt hat.

Nur eins möchte ich noch näher ausführen, daß der Antrag, den Sie im vorigen Jahre wegen der Übernahme von Analysen durch amtliche Untersuchungsanstalten dem Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen überwiesen hatten, nicht weiter behandelt werden konnte, weil die Deutsche Chemische Gesellschaft es ablehnte, die Angelegenheit zu der ihrigen zu machen. Da nun nach den Satzungen des Ausschusses in allen Angelegenheiten Einstimmigkeit erforderlich ist, mußte der Gegenstand ausscheiden. Wir wandten uns aber an den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker, der in erster Linie hierbei in Frage kommt, und beabsichtigen, gemeinsam mit ihm die von Ihnen beantragte Eingabe einzureichen. Derselbe war auch einverstanden. Da nun aber niemand im Vorstand von uns auf dem Gebiete sachverständig war, so baten wir den stellvertretenden Vorsitzenden des Verbands, Herrn Dr. Treumann, den bezüglichen Entwurf auszuarbeiten. Herr Dr. Treumann hat erst die Aufgabe übernommen, dann aber von Monat zu Monat teils wegen Krankheit, teils weil er das Material nicht zusammenbringen konnte, die Angelegenheit vertagen müssen und schließlich erklärt, er sei nicht in der Lage, die Sache zu behandeln, ich möchte mich an den Vorsitzenden, Herrn Hofrat Forster, wenden.

Hofrat Forster schrieb, er sei auch nicht in der Lage, die Eingabe zu machen, ich möchte mich doch an unsern Freund Langfurth in Hamburg wenden. Langfurth schrieb, es täte ihm auch sehr leid, er könne die Sache nicht behandeln, er hätte das Material nicht zur Verfügung. Ich wandte mich darauf wieder an Treumann. Treumann brachte die Sache in der Verbandssitzung, die in Berlin stattgefunden hat, zur Sprache, und da hat der Verband beschlossen, die Angelegenheit überhaupt zurzeit von der Tagesordnung abzusetzen, da sich insofern Veränderungen vollzogen haben, als man den Lauf der Dinge zurzeit nicht übersehen kann, und erst genügendes Material beschafft werden muß, um eine erfolgreiche Eingabe zu machen. Er hat uns geraten, der Verein deutscher Chemiker möge den Beschluß, den er in dieser Sache im vorigen Jahre gefaßt hat, ebenfalls vertagen, und ich kann das nur befürworten. Wenn der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker, den die Sache in erster Linie angeht, vorschlägt, dies zu tun, so können wir nur nachschlagen.

Die Versammlung beschließt dementsprechend.

10. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Der Bericht, den Herr Prof. Dr. Rasso hierüber erstattet hat, findet sich auf S. 1895 abgedruckt. Er wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

11. Antrag des Vereinsvorstandes auf Einsetzung eines sozialen Ausschusses, Genehmigung der Satzungen, Wahl der Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter.

Dr. Ing. Carstens: M. H.! Die Entwicklung der ganzen Angelegenheit ist Ihnen, wie ich wohl voraussetzen darf, aus der Zeitschrift in ihren Hauptzügen bekannt. Ich möchte hier nur auf den Entwurf der Satzungen des sozialen Ausschusses eingehen, der Ihnen heute gedruckt vorliegt, und wie ihn der Vorstandsrat gestern in seiner Sitzung beschlossen hat.

Vorausschicken möchte ich, daß bei diesem Entwurf der Gedanke bestimmend war, daß die Satzungen möglichst kurz und präzise das zum Ausdruck bringen sollten, was die Grundlage aller Arbeiten bilden wird, und daß der zu wählende Ausschuß, falls er von Ihnen genehmigt wird, seine Geschäftsordnung später sich selbst zu geben haben wird und darin niederlegen soll, was jedes einzelne Mitglied dieser Kommission zu tun und wie die Kommission selbst zu arbeiten hat.

Der Entwurf dieser Satzungen ist nun im großen ganzen schon aus dem Protokoll der letzten Vorstandssitzung bekannt geworden, die im Anfang April in Berlin stattgefunden hat. Gegen diesen Entwurf zeigt der heute Ihnen vorliegende einige Änderungen, die teilweise auf Wunsch der noch nachträglich hier in Jena wieder zusammengetretenen freiwilligen sozialen Kommission herbeigeführt worden sind. Von diesen Änderungen sind materiell bedeutsam die in § 3.

Geändert wurde hier einerseits der letzte Absatz. Die Änderung bringt nur eine präzisere Fassung dessen, was der Vertreter der sozialen Kommission bei Gelegenheit der Vorstands- oder Vor-

standsratssitzungen zu tun hat. Die frühere Fassung war allgemeiner und konnte zu allerhand Mißdeutungen Anlaß geben.

Geändert wurde andererseits in diesem Paragraphen Folgendes. Ein Teil der freiwilligen sozialen Kommission hatte gewünscht, daß die Kommission sich selbst ihren Vorsitzenden wählen sollte, und die ganze Kommission war sich darin einig, daß ihr Vertreter bei Vorstands- bzw. Vorstandsratssitzungen für jeden Fall von ihr bestimmt werden soll und nicht mit dem Vorsitzenden identisch zu sein brauche. Der Vorstand und mit ihm der Vorstandsrat hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß der Rechtsbeirat die geeignete Persönlichkeit für den Vorsitzenden der Kommission sei, als eine neutrale und juristisch vorgebildete Persönlichkeit, ähnlich wie bei anderen derartigen Einrichtungen, z. B. bei den Kaufmannsgerichten, Arbeitskammern usw.; aus denselben Gründen wie dort der Jurist Vorsitzender ist, aus denselben Gründen sollte auch im sozialen Ausschuß der Rechtsbeirat als dessen ständiges und ordentliches Mitglied Vorsitzender desselben sein. Da jedoch dieser ev. die Wahl ablehnen könnte, so ist die Fassung etwas umgeändert worden gegen den seinerzeit veröffentlichten Entwurf; der Sinn ist derselbe: „Der Rechtsbeirat ist der Vorsitzende des Ausschusses; lehnt er ab, so wählt der Ausschuß einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.“ Dafür ist aber der Kommission dann freie Hand gegeben worden, nun aus ihrer Mitte je nach Lage der Sache einen Vertreter zu wählen, der bei der betreffenden Angelegenheit und an dem betreffenden Tage den sozialen Ausschuß mit beratender Stimme im Vorstandsrat oder in der Vorstandssitzung zu vertreten hat.

Was nun die Stellung des Vorsitzenden anlangt, so möchte ich dazu noch einige Bemerkungen machen.

Der Vorsitzende der Kommission braucht nur Leiter der Kommission während ihrer Verhandlungen zu sein, und es würde Sache der später zu verfassenden Geschäftsordnung der Kommission sein, zu präzisieren, wie weit seine Befugnis gehen, und ev. noch einen Aktionsausschuß oder etwas derartiges aus sich heraus zu wählen, der die eigentliche Leitung der Kommission zu übernehmen hätte.

Vors.: M. H.! Sie haben das Referat über das Ergebnis der gestrigen Vorstandsratssitzung gehört. Ich frage, ob einer der Herren das Wort wünscht.

Dr. A. Hesse: Ich beantrage, die Beratung in zwei Teile zu zerlegen: Zunächst generell über den Antrag des Vorstands und Vorstandsrats zu verhandeln, daß ein sozialer Ausschuß eingesetzt werde, und dann über die Annahme der Statuten.

Vors.: Ich halte diese Zweiteilung für richtig und frage zuerst, ob jemand zu dem Antrage des Vorstandsrats auf Einsetzung eines sozialen Ausschusses das Wort wünscht.

Dr. A. Hesse: M. H.! Es würde falsch sein, wenn ich auf die lange Geschichte der Entwicklung des sozialen Ausschusses auch nur in den kürzesten Zügen eingehen wollte. Im übrigen wird jedes Mitglied des Vereins, das sich dafür interessiert, an dem Vertreter seines Bezirksvereins im Vorstandsrat

einen geeigneten Informator haben, der ihn über die Vorgeschichte informieren kann. Ich möchte zur Abkürzung des Verfahrens beantragen, ohne Debatte möglichst einstimmig den Antrag des Vorstandes anzunehmen, daß ein sozialer Ausschuß eingerichtet werden soll. (Bravo!)

Vors.: Wir kommen dann zur Abstimmung über diesen Punkt.

Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

Ich stelle nunmehr den Entwurf der Satzungen zur Diskussion.

Dr. E. Haagen: Ich möchte nur eine redaktionelle Änderung beantragen. Wir hatten heute morgen mit Herrn Prof. Osterrieth noch eine eingehende Besprechung. Wir hatten die Statuten ebenfalls nach Rücksprache mit Herrn Prof. Osterrieth aufgestellt, und seinen Ausführungen gemäß sind wir zu dem Standpunkt gekommen, den wir erst eingenommen hatten, der in unserm Vorschlag an den Vorstand enthalten war. Nun ist aber hier durch die verschiedenen Änderungen meines Erachtens eine Undeutlichkeit hineingekommen, die sich durch einfache Änderung abstellen ließe, die in der Sache nichts anderes bedeutet, als was der Vorstand wollte. In den beiden letzten Absätzen des § 3 sollte es heißen:

„Der geschäftsführende Vorsitzende des Ausschusses ist der Rechtsbeistand des Vereins. Der Ausschuß wählt einen Stellvertreter des Vorsitzenden aus den Mitgliedern unter Kategorie 1 oder 2, welcher mit den verschiedenen Arbeiten des Ausschusses auf dem Laufenden erhalten wird und den Ausschuß bei dem Vorstand und Vorstandsrat vertritt.“

Vors.: Darf ich vielleicht gleich zu der Frage Stellung nehmen. Es handelt sich für uns darum, ob der Antrag, der gestellt worden ist, eine wesentliche oder eine unwesentliche Änderung bedeutet. Ich muß da ein wenig ausholen. Sie ahnen schon, daß gestern in der Vorstandsratssitzung keine Einstimmigkeit bezüglich der Satzungen geherrscht hat; die beiden letzten Absätze des § 3 sind nur mit einer geringen Majorität angenommen worden. Ich muß Ihnen kurz die Erklärung dafür geben.

Der soziale Ausschuß hatte beantragt, daß der Vorsitzende nicht der Rechtsbeistand sein sollte, sondern entweder ein Unternehmer oder ein Angestellter. Wir hatten auf Wunsch des prov. sozialen Ausschusses zu unserer Berliner Vorstandssitzung Herrn Dr. Flemming zugezogen und sind in eingehender Beratung uns darüber klar geworden, daß wir, wenn wir einen sozialen Ausschuß einrichten wollen, ihn vor allem auf die Basis stellen müssen, daß er nach jeder Richtung hin neutral bleibt, daß sowohl Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerinteressen gleichmäßig und gleichartig vertreten sind, und zwischen beiden eine neutrale Persönlichkeit steht, nach Analogie der Arbeitskammern bzw. nach Analogie der Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte u. dgl. Wir wünschen diese Neutralität des Vorsitzenden deshalb, weil wir voraussehen, daß die Tätigkeit des Ausschusses zumal in der ersten Zeit eine recht erhebliche werden wird, und infolgedessen nur derjenige der geschäftsmäßige Leiter der Sache sein kann, der über ein Bureau verfügt. Über ein Bureau aber verfügt immer der Rechtsbeistand, voraussichtlich auch der Arbeitgeber,

wahrscheinlich aber nie oder nur selten ein Arbeitnehmer. Wenn Sie also in den Satzungen bestimmen, daß der Vorsitzende entweder ein Arbeitgeber oder ein Arbeitnehmer sein muß, so wird es wahrscheinlich immer dahin kommen, daß ein Arbeitgeber gewählt wird, und das würde sicherlich auf der andern Seite verstimmten. Wir halten es daher im Interesse der Arbeitnehmer für richtig, daß das nicht geschieht. Wir möchten aber auch von vornherein vermeiden, daß über diesen zwar wichtigen, aber im großen ganzen unerheblichen Punkt bei der Tätigkeit des sozialen Ausschusses von vornherein Streit entsteht; wir möchten hierüber auftretende Meinungsverschiedenheiten dadurch beseitigen, daß wir sagen: „Der Vorsitzende ist der Rechtsbeistand“.

Nun ist gestern nach dieser Richtung hin die Meinung des Vorstands im Vorstandsrats durchgedrungen; darüber herrscht aber bei einem Teil des prov. sozialen Ausschusses Verstimmung. Es muß uns also daran liegen zu vermitteln. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern des Vorstandes kann ich erklären, daß wir nichts dagegen einzuwenden haben, wenn gesagt wird: „Der geschäftsführende Vorsitzende ist der Rechtsbeistand“; aber dann streichen Sie den folgenden Satz, sagen Sie nichts weiter, sondern überlassen Sie die Festsetzung, was der stellvertretende Vorsitzende tun soll, der Geschäftsordnung. Welche Aufgabe Sie dem stellvertretenden Vorsitzenden zuweisen, kann Sache der Geschäftsordnung sein.

Dr. A. Hesse: Was ich beantragen will, trifft im Prinzip dasselbe, was der Herr Vorsitzende soeben vorgeschlagen, und gerade durch diese Fassung sind alle Unklarheiten, die uns hinderten, dem Vorschlag des Vorstandes zuzustimmen, beseitigt. Sie konnten gestern nicht beseitigt werden, weil wir leider den Rechtsbeistand des Vereins nicht zur Stelle hatten. Es hat nur einer kurzen Unterredung von 5 Minuten zwischen Herrn Prof. Osterrieth und mir bedurft, damit wir uns klar wurden, was zu machen sei, nachdem Herr Prof. Osterrieth die große Liebenswürdigkeit hatte, sich zur Übernahme des Amtes eines geschäftsführenden Vorsitzenden bereit zu erklären; es ist das ein großes Entgegenkommen, zu dem er sich im Interesse des Zustandekommens eines gut arbeitenden Ausschusses verstanden hat. In Übereinstimmung mit dem Herrn Vorsitzenden bin ich der Meinung, daß wir den Passus, der gestern und schon immer im wesentlichen der Differenzpunkt gewesen ist, einfach beseitigen, indem wir sagen: wir wollen das weitere der Geschäftsordnung überlassen; das kann geschehen, vorausgesetzt, daß es so interpretiert wird, wie wir es jetzt formulieren.

Vors.: Wir brauchen dann an dem folgenden Passus: „Zu den Beratungen über alle Anträge des sozialen Ausschusses, die der Vorstand oder Vorstandsrat zum Gegenstand seiner Beratung macht, ist ein vom Ausschuß zu ernennendes Mitglied einzuladen, das an den betr. Punkten der Tagesordnung mit beratender Stimme teilnimmt,“ nichts zu ändern. Sie können ein Mitglied wählen, das sachverständig ist, und wir als Vorstand werden außerdem Herrn Prof. Osterrieth zu den Sitzungen beziehen. (Zustimmung.)

Prof. Dr. A. Osterrieth: Ich wollte mein

Bedauern ausdrücken, daß ich die gestrige Erörterung veranlaßt habe durch meine ursprüngliche Weigerung, den Vorsitz in dem sozialen Ausschuß anzunehmen. Ich habe die Übernahme dieses Amtes deshalb verweigert und würde es unter den damaligen Voraussetzungen heute noch tun, weil ich es nicht übernehmen möchte, in diesem Ausschuß die Initiative zu haben und das treibende und belebende Element zu sein. Der soziale Ausschuß ist ja nicht ein Schiedsgericht, ist nicht eine Körperschaft, die Beschlüsse zu fassen hat, in der der Vorsitzende die Entscheidung zu geben oder durch sein objektives neutrales Verhalten ausgleichend zu wirken hat, sondern die soziale Kommission hat aus eigener Initiative Arbeiten zu veranlassen und dem Vorstand Anregungen zu geben. Und wenn anzunehmen wäre, daß die Initiative im Ausschuß nur von dessen Vorsitzenden ausgehen sollte, so glaube ich würde jemand, der nicht im praktischen Leben der Chemie und der Industrie steht, dafür nicht geeignet sein. Er würde notwendig aus der grauen Theorie heraus, wie mein Freund Kloppe zu sagen pflegt, die Geschäfte führen. Aus diesem Grunde habe ich es abgelehnt, Vorsitzender des Ausschusses zu sein. Wenn aber jetzt besonders ausgesprochen wird, daß die Tätigkeit des Vorsitzenden wesentlich eine geschäftsführende sein soll, daß er die Sitzungen leiten soll und sein Bureau zur Verfügung stellen, um alle geschäftlichen Arbeiten des Ausschusses zu konzentrieren, die Ausschußmitglieder einzuladen, alle Mitteilungen an sie gelangen zu lassen und die Vermittlung an den Vorstand zu übernehmen, so kann ich für meine Person erklären, daß ich gern bereit bin, das zu übernehmen. (Bravo!)

Vors.: Ich danke Herrn Prof. Osterrieth, daß er sich geneigt gezeigt, dieses wichtige Amt zu übernehmen.

Ich darf wohl annehmen, daß Sie nun die Satzungen en bloc genehmigen, mit der Änderung, daß es im § 3 im vorletzten Absatz heißt:

„Der Rechtsbeistand ist der geschäftsführende Vorsitzende des Ausschusses.“

Dann kommt: „Lehnt er das ab, so wählt der Ausschuß einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.“ Dieser Satz wird gestrichen. Alles übrige bleibt.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Satzungen gegen eine Stimme angenommen.

Dr. E. D. K. ö b n e r: Nachdem wir uns so weit geeinigt haben, könnten wir wohl auch, um die auf morgen früh angesetzte Sitzung des Vorstandsrats noch herum kommen. Wenn wir jetzt, nachdem alle sonst vorhandenen Differenzen verschwunden sind, uns über die zu wählenden Mitglieder einigen, so wäre alles erledigt.

Vors.: Es ist die Anregung gegeben worden, daß wir die auf morgen in Aussicht genommene Sitzung der Vorstandsrats ausfallen lassen und uns jetzt schon über die zu wählenden Persönlichkeiten verständigen. Ich weiß nicht, ob das durchführbar ist, aber im Interesse der Sache möchte ich den Versuch unternehmen, und zu dem Zweck die Herren vom Vorstandsrat bitten, hier in meiner Nähe zu einer Besprechung zusammenzutreten; ich unterbreche zu dem Zwecke die Sitzung auf 5 Minuten.

(Pause.)

Vors.: M. H.! Der Vorstandsrat empfiehlt Ihnen die en bloc-Aannahme des Vorschlags, den ich jetzt verlesen werde.

Es werden Ihnen vorgeschlagen

I. als angest. Chemiker und deren Stellvertreter:

Dr. P. Flemming,	Dr. J. Pfleger,
Dr. E. Haagen,	L. M. Wohlgemuth,
Dr. Fr. Quincke,	Dr. M. Ulrich.

II. als unabh. Chemiker u. deren Stellvertreter:

Dr. F. Raschig,	Dr. G. Schmidt,
Dr. W. Scheithauer,	Dr. Fr. Russig,
Dr. K. Goldschmidt,	Prof. Dr. Busch.

Ich frage, ob Sie bereit sind, diese Herren in den Ausschuß zu wählen. Werden weitere Vorschläge gemacht?

H. Heraeus: Ich stelle den Antrag, die Wahl in der Weise vorzunehmen, daß wir den vom Vorstandsrat gemachten Vorschlag en bloc annehmen.

Vors.: Sie haben den Antrag gehört. Ich bringe unsern Wahlvorschlag zur Abstimmung. Er ist einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen.

Ich habe nun nur noch eins nachzuholen: Sie sind doch sicher mit mir der Meinung, daß der soziale Ausschuß bereits mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit eröffnen kann, daß er heute schon in Kraft tritt? Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; das ist genehmigt.

Ich habe jetzt noch zu fragen, ob die gewählten Herren bereit sind, die Wahl anzunehmen.

(Die Gewählten erklären, soweit sie anwesend sind, daß sie die Wahl annehmen.)

12. Antrag des Bezirksvereins Sachsen und Anhalt betr. Privatbeamtenversicherung.

„Da in der nächsten Zeit mit dem Erscheinen einer Gesetzesvorlage über die Pensionsversicherung der Privatbeamten zu rechnen ist, so wolle der Verein deutscher Chemiker bald dieser Angelegenheit näher treten, eine Kommission zu ihrer Prüfung und Bearbeitung ernennen, auch mit nahestehenden Berufsvereinen zu gemeinsamem Vorgehen sich in Verbindung setzen und endlich diesen Gegenstand der Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung einfügen.“

Dir. W. Küsel referiert hierüber wie folgt: Im Bezirksverein Sachsen-Anhalt besteht bereits seit dem Dezember 1903 eine Kommission, der die Aufgabe gestellt wurde, zu der Frage der Pensionsversicherung der Privatbeamten Material zu sammeln.

Diese Kommission hat erstmalig am 10./4. 1904 ein Referat über ihre Ermittlungen erstattet, das seinerzeit unter den Mitteilungen aus den Bezirksvereinen veröffentlicht worden ist. (Siehe d. Z. 17, 1231 [1904]).

In den folgenden Jahren ist dann wenig wertvolles Material zutage gekommen. Der von den kaufmännischen Vereinen, dem deutschen Werkmeisterverbande, sowie anderen Verbänden und den überall gebildeten Pensionsvereinigungen in Berlin niedergesetzte Hauptausschuß und die aus diesem gebildete Siebenerkommission haben sich eifrig mit der Propaganda für eine staatliche Pensionsversicherung beschäftigt, Fragebogen zur Er-

mittlung der Lage der Privatbeamten hinausgesandt, sich mit den Reichsbehörden in Verbindung gesetzt und die der Sache von vornherein geneigten Reichstagsabgeordneten weiter dafür zu interessieren gesucht, ohne aber zu irgend einem abschließenden Resultate zu gelangen. Auch mit dem in Vorbereitung befindlichen österreichischen Gesetze über die Pensionsversicherung der Privatbeamten, dem ersten dieser Art, schien es nicht recht vorwärts gehen zu wollen.

Ende 1906 ist nun aber dieses letztere Gesetz erlassen und im März v. J. ist auch die unter Benutzung der Erhebungen der Privatbeamten im Reichsamt des Innern bearbeitete Denkschrift erschienen. Damit war ein Material gegeben, an Hand dessen man sich über die Aussichten einer Pensionsversicherung der Privatbeamten ein halbwegs übersichtliches Bild machen konnte. Es kam dann jedoch der Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, des Grafen Posadowski, der der Bewegung von Anfang an wohlwollend gegenübergestanden hatte, und man befürchtete, daß nunmehr die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben, wenn nicht gänzlich ins Stocken geraten würde. Als indes aber auch der Nachfolger sich mit gleichem Interesse der Sache annahm, und als ferner in der Reichstagsitzung vom 13. Januar d. J. der Antrag Richthofen, welcher lautet:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten so zu fördern, daß er bei Beginn der nächsten Reichstagsession zur Vorlage gelangen kann“,

einstimmig angenommen wurde, war nicht mehr daran zu zweifeln, daß das Gesetz kommen werde.

Unser Bezirksverein hielt nunmehr den Augenblick für gekommen, wo auch der Verein deutscher Chemiker in die Bewegung eingreifen müsse, wenn er bei den Verhandlungen noch zu Worte kommen wolle. Er stellte daher den Ihnen heute vorliegenden Antrag. Die Begründung dieses Antrages ist in dem Bericht unserer Kommission vom 17. November v. J. enthalten. Auf den Inhalt dieses Berichts, der, soviel ich weiß, allen Bezirksvereinen zugesandt wurde, der auch in der Vereinszeitschrift veröffentlicht worden ist (d. Z. 21, 289 ff. [1908]) und den ich daher wohl als bekannt voraussetzen darf, kann ich hier nicht weiter eingehen, da dazu die Zeit mangelt. Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß die ganze Bewegung zugunsten des Pensionsversicherungsgesetzes bis jetzt lediglich von den kaufmännischen Vereinen und von den Werkmeister- und Technikervereinen gefördert worden ist.

Die akademisch gebildeten Berufskreise haben sich, obwohl das kommende Gesetz auf sie ebenso wie auf alle anderen Privatbeamten Anwendung finden wird, eigentümlicherweise bislang vollständig fern gehalten. Der einzige uns nächststehende Verein, der sich meines Wissens bislang überhaupt mit der Versicherungsfrage beschäftigt hat, ist der Verein deutscher Ingenieure. Aber er hat sich lediglich mit der Frage der Gründung einer Pensionskasse innerhalb des Vereins befaßt. — Aus dem Kommissionsberichte ist darüber näheres zu ersehen. — Dazu ist m. E. aber jetzt keine Zeit mehr, und vor allen Dingen ist auf diesem Wege nicht das zu umgehen

oder zu vermeiden, was heute in Frage steht. Denn inzwischen ist von der Pensionsvereinigung, zu der nunmehr 600 000 Privatbeamte gehören sollen, d. h. von ihrem Hauptausschusse und der Siebener-Kommission nicht nur dargetan worden, daß eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende allgemeine Pensionsanstalt geschaffen werden muß, sondern es ist auch kurzer Hand der Beschluß gefaßt worden, daß Ersatzinstitute überhaupt nicht zuzulassen sind. Geht dieser letztere Beschluß durch, so wird es, wenn wirklich eine solche Vereinskasse, wie sie der Verein deutscher Ingenieure ins Auge gefaßt, gegründet wird, später, wenn diese Vereinskasse in Wirksamkeit treten soll, heißen: „Das ist gewiß recht nett, aber zunächst werden sie einmal von reichswegen versichert. Wenn diese Reichszwangsversicherung, die, weil sie sich nicht an den Vorarbeiten beteiligt haben, ohne ihr Zutun eingerichtet worden ist, nicht ihren Anforderungen entspricht, so haben Sie sich das selbst zuzuschreiben.“ Es ist also auch Pflicht dieser Kreise, sich mit dem Pensionsversicherungsgesetz zu befassen, und der Verein deutscher Chemiker, der sich bereits bei anderer Gelegenheit mit den wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder beschäftigt und damit dargetan hat, daß er sich auch auf sozialpolitischem Gebiete betätigen will — ich erinnere nur an die Verhandlungen bezüglich der Karenzklausel — wird sich daher gewiß am allerwenigsten dieser Verpflichtung entziehen wollen.

In unserm Antrage wird nun gesagt, der Verein wolle sich mit nahestehenden Berufsvereinen zu gemeinsamem Vorgehen in Verbindung setzen. Es ist das notwendig, damit wir bei der großen Zahl der Beteiligten überhaupt zu Worte kommen. Aber selbst wenn diesem Antrage entsprochen wird, und wir z. B. mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, dem Verein deutscher Ingenieure, dem elektrotechnischen Verein usw. zusammengehen, so werden wir m. E. bei der enormen Anzahl von Privatbeamten, die jetzt bereits hinter der Siebenerkommission steht, kaum oder doch höchstens diejenige Zahl von Stimmen vereinigen, die uns das Anrecht auf eine einzige Stimme in der Kommission gibt. Wir können also auch dann noch nicht viel ausrichten. Wir werden daher jedenfalls den Weg einschlagen müssen, den die Kommission ebenfalls eingeschlagen hat: Wir werden uns bestreben müssen, die unserer Vereinigung und unseren Bestrebungen nahestehenden Reichstagsabgeordneten für unsere Interessen zu gewinnen.

Herr Prof. Dr. R a s s o w hat nun, wie er mir mitteilte, kürzlich bereits mit dem Herrn Regierungsbaumeister F r a n z i u s, Geschäftsführer des Verbands deutscher Architekten- und Ingenieurvereine, dem Vertreter des Herrn D i t t m a r, Generalsekretär des Verbands deutscher Elektrotechnikervereine und mit Herrn Geheimrat P e t e r s, Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, in der Angelegenheit Rücksprache genommen. Diese Herren stehen zum Teil auf dem Standpunkte, daß es noch Zeit sei, sich mit der Frage zu befassen, wenn die Regierung eine Vorlage mache.

Nach dem, was ich Ihnen soeben gesagt habe, werden Sie gewiß mit mir die Überzeugung teilen, daß es nicht geraten ist, solange zu warten. Denn

die Pensionsvereinigungen, die bis jetzt bemüht waren, die Vertreter der Reichsregierung und die Reichstagsabgeordneten für ihre Pläne zu gewinnen, werden darin fortfahren und damit auch Einfluß auf die Fassung des Gesetzentwurfs zu gewinnen suchen, und es wird dann später schwer sein, eine einmal eingewurzelte Meinung mit Erfolg zu bekämpfen. Darum sollte man recht bald etwas unternehmen.

Zum Beweise aber dafür, daß wir die bestehende Siebenerkommission nicht ohne weiteres als die Vertreter auch unserer Interessen ansehen können, will ich hier nur einen Punkt anführen. In dem Entwurf der Siebenerkommission heißt es unter Punkt 6:

„Entsprechend der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Einkommensschichten der Versicherten wird in den verschiedenen Beitragsklassen ausgleichend für die höheren und niederen Klassen eine Abstufung der Beiträge nach oben und unten gewünscht.“

Das heißt doch wohl nichts anderes, als daß der höher besoldete Beamte einen im Verhältnis zu seiner Pensionsberechtigung höheren Beitrag leisten soll als der geringer besoldete. Es dürfte schon daraus hervorgehen, wie dringend notwendig es ist, daß auch wir alles daran setzen, um bei der Beratung des Gesetzes ebenfalls gehört zu werden. Ganz abgesehen von diesen sachlichen Gründen werden wir uns doch so wie so nicht ohne weiteres zum Anhängsel des Hauptausschusses machen wollen. Es würde das der Würde des Vereins nicht entsprechen.

Da nun, wie es heißt, die Denkschrift, die die im Antrag R i c h t h o f e n verlangte Vorlage bringen soll, bereits in allernächster Zeit erscheinen wird, vielleicht schon in den nächsten Tagen, und da dann der Beratung im Reichstage nach der Wiederöffnung desselben nichts mehr im Wege steht, so ist es notwendig, daß wir das, was wir zu unternehmen beabsichtigen, sofort unternehmen.

Ich möchte nun im Anschluß an unsern Bericht vom 17. November 1907 und in Ergänzung desselben noch eine kurze Mitteilung machen über das, was in der Zwischenzeit, also bis jetzt, in der Versicherungsfrage weiter geschehen ist.

Es sind hauptsächlich zwei Fragen erörtert worden. Die erste lautet:

„Soll für die Privatbeamten eine besondere Versicherung geschaffen werden, oder soll das Arbeiterinvaliditäts- und Altersversicherungsgesetz weiter ausgebaut, und sollen dann die Privatbeamten mit hineingenommen werden?“

Über diese Frage ist im Hauptausschuß selber ein heftiger Kampf entbrannt. Einiges ist darüber bereits auf Seite 13 des Referats gesagt worden. Der Hauptvorkämpfer für die Angliederung an die Arbeiterversicherung war der Werkmeisterverband und an dessen Spitze sein Syndikus, der Reichstagsabgeordnete P o t t h o f f. Und das ist sehr begreiflich. Die Werkmeister sind nun der Mehrzahl nach bereits bei der Arbeiterversicherung versichert. Es kam dann hinzu, daß ungefähr gleichzeitig von der Reichsregierung der Vorschlag gemacht wurde, die Erträge gewisser landwirtschaftlicher Zölle dazu zu verwenden, um die Arbeiterversicherung durch eine Hinterbliebenenversicherung zu ergänzen. Der Hauptgrund für den Vor-

schlag, das Arbeiterinvalidengesetz auszubauen, war aber jedenfalls der, auf diese Weise sofort zu dem Reichszuschusse zu gelangen, der beim jetzigen Arbeitergesetz bekanntlich durchschnittlich etwa den dritten Teil der Rente ausmacht. Als aber die Regierung erklärte, daß eine Hinterbliebenenrente in jedem Falle von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden sollte, flaute die Bewegung ab, und jetzt hat man sich entschlossen, einstimmig für eine Sonderkasse einzutreten. In der Tat ist eine ausreichende Witwen- und Waisenrente fast der wichtigste Punkt eines Beamtenpensionsgesetzes. Während diese Rente beim Arbeiterinvalidengesetz nötigenfalls immer noch entbehrt werden kann, ist ein Beamtenpensionsgesetz ohne dieselbe ein Torso und zwar aus folgenden Gründen: Die Invalidität des Arbeiters tritt, wie statistisch nachgewiesen, durchschnittlich später ein als die des Beamten. Der Arbeiter heiratet auch wohl durchschnittlich früher als der Beamte, der sich in jüngeren Jahren doch recht oft erst überlegen muß, ob er bereits eine Familie ernähren kann. Drittens sind die Arbeiterkinder, wenn sie das schulpflichtige Alter überschritten haben, meistens erwerbsfähig, oder ihre weitere Ausbildung verursacht doch nur noch verhältnismäßig geringe Kosten. Auch den Witwen gelingt es leichter, ihren Unterhalt zu verdienen. Beim Beamten beginnen aber die Hauptausgaben für die Ausbildung seiner Kinder erst, wenn diese das schulpflichtige Alter hinter sich haben, und da er, wie gesagt durchschnittlich später heiratet, so ist die Ausbildung sehr häufig noch nicht beendet, wenn er bereits invalide ist, oder die Witwe steht vor der schweren Aufgabe, für die weitere Ausbildung zu sorgen, während sie völlig mittellos dasteht. Das Gesetz muß unbedingt die Mittel bieten, welche erforderlich sind, der Gefahr einer Proletarisierung des Beamtenstandes vorzubeugen.

Der zweite in letzter Zeit lebhaft umstrittene Hauptpunkt ist eingangs bereits kurz gestreift: Die Frage nämlich, ob Ersatzinstitute zugelassen werden sollen. In unserm Berichte vom 17. November ist bereits angeführt worden, welche Umwälzungen in dem bestehenden Versicherungswesen das Pensionsversicherungsgesetz herbeizuführen geeignet ist. Es ist zunächst darauf hingewiesen, daß die bestehenden 42 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften eine Versicherungssumme von mehr als 9 Milliarden Mark haben, das ist, um einen Vergleich anzuführen, mehr als das Doppelte unserer gesamten deutschen Reichsschuld, über deren Tilgung sich unsere Gesetzgeber seit einiger Zeit vergeblich die Köpfe zerbrechen. Wenn sich nun diese Versicherungssumme auch nicht lediglich aus Beamtenversicherungen zusammensetzt, so ist doch darauf hinzuweisen, daß nach der Statistik zwei Drittel aller Versicherten höchstens ein Kapital von 3000 M versichert haben und nur $7\frac{1}{2}\%$ mehr als 10 000 M. Über 90% der Versicherung sind also kleine Versicherungen. Daß auch diese nicht ausschließlich Beamtenversicherungen sind, ist ebenfalls klar; der Anteil dieser ist aber jedenfalls nicht gering. Dazu kommen noch die von Beamten selbst gegründeten Pensionskassen, von denen Schmeitzer, der Generaldirektor des deutschen Privatbeamtenvereins, allein 23 aufführt, die er als die bedeutendsten bezeichnet, und deren Mitglieder

voraussichtlich unter das Pensionsversicherungsgesetz fallen werden. Über Bedeutung und Leistung dieser Kassen ist eine Übersicht nicht zu gewinnen, da eine Statistik darüber leider nicht existiert. Endlich werden auch noch die bestehenden zahlreichen Firmen- oder Werkskassen, schlechthin „Hauskassen“ genannt, in Mitleidenschaft gezogen. Daß bei Errichtung einer gesetzlichen Pensionskasse auf die bestehenden Verhältnisse Rücksicht genommen werden muß, und daß Übergangsbestimmungen geschaffen werden müssen, ist selbstverständlich. Es wird nun, und wohl nicht ganz mit Unrecht, für die Ersatzkassen angeführt, daß durch einen absoluten Kassenzwang das Selbstverantwortungsgefühl, das sich bei den Privatbeamten, die eigene Kassen gegründet, in so vorteilhaftem Lichte gezeigt habe, gänzlich erstickt werde, daß private Kassen eine größere Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit hätten als staatlich verwaltete Kassen, daß mit dem Ausschalten der Konkurrenz auch das Bestreben zu weiteren Verbesserungen aufhöre, und daß vor allen Dingen eine staatlich verwaltete Kasse teurer arbeite.

Von der gegnerischen Seite wird hauptsächlich hervorgehoben, daß die Privatkassen, weil sie einen Gesundheitsnachweis forderten, die günstigeren Risiken an sich ziehen und die ungünstigeren der staatlichen Anstalt überlassen würden. Das sei nicht gleiches Recht für alle. Außerdem würden die Privatkassen die Freizügigkeit der Beamten beeinträchtigen. Die Privatkassen könnten weiter bestehen, aber nicht als Ersatzinstitute, sondern als Zuschußkassen, die über das gesetzliche Mindestmaß hinaus eine ausgereichendere Versorgung herbeiführen könnten. Die angeführten Punkte bilden nur einen Teil des Für und Wider, es ist mir nicht möglich, alle die Gründe und Gegengründe hier anzuführen.

All das Für und Wider, das in dieser Frage vorgebracht wird, verdichtet sich gewissermaßen zu einer Kardinalfrage, die etwa folgendermaßen lautet:

„Soll unter möglichster Rücksichtnahme auf die bestehenden Einrichtungen und Verhältnisse dem einzelnen gestattet werden, sich unter Ausnutzung aller ihm zu Gebote stehenden besonderen Vorteile so vorteilhaft wie möglich zu versichern, soll also der individuelle Standpunkt nach Möglichkeit gewahrt bleiben, oder soll unter Zugrundelegung einheitlicher Sätze und ohne jede Rücksichtnahme auf die aus den persönlichen Verhältnissen des einzelnen zu ziehenden Vorteile der Starke und Leistungsfähigere mit dem Schwachen und weniger Leistungsfähigen das Risiko vollständig teilen, soll also auch hier wie bei der Arbeiterversicherung das soziale Prinzip möglichst vollständig durchgeführt werden?“

Diese Frage ist naturgemäß diejenige, die zu allererst erledigt werden muß. Kann sie mit einem glatten „Nein“ oder „Ja“ beantwortet werden, und geschieht dies, so ergeben sich die weiteren Maßnahmen mehr oder weniger von selbst.

Es empfiehlt sich auch für uns, in dieser Frage Klarheit zu schaffen, ehe wir uns weiter mit der Angelegenheit befassen.

Es wird nun gewiß niemand leugnen wollen,

daß es außerordentlich viel wertvoller wäre, wenn das, was hier beabsichtigt wird, aus freier Initiative der in Frage kommenden Beamten geschaffen werden könnte. Aber die Möglichkeit dafür ist leider nicht vorhanden.

Es muß zum Schluß vielmehr nochmals darauf hingewiesen werden, daß ein Zwang unbedingt erforderlich ist, wenn gerade diejenigen Beamten, die einer Pensionsversorgung am dringendsten bedürfen, die wirtschaftlich schwächsten, sicher und ausreichend versorgt werden sollen. Sie sind es, die entweder eine Versicherung vollständig unterlassen, weil sie die Mittel dazu nicht erschwingen können, oder die Versicherung zu spät beginnen und dann hohe Prämien zahlen müssen, oder endlich die Versicherung nicht zu Ende führen und daher den beabsichtigten Zweck nicht oder höchst ungenügend erreichen.

Vors.: M. H.! Der Vorstandsrat beantragt, „Die Hauptversammlung möge beschließen, auf die Einzelheiten der ganzen Frage heute nicht einzugehen, sondern im Sinne des Antrags Sachsen-Anhalt mit dem gesamten Material die Angelegenheit an den sozialen Ausschuß zu überweisen, damit derselbe zusammen mit dem Vorstand ev. anderen Vereinen und Verbänden ähnlicher Art wie der Verein deutscher Chemiker die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Privatangestellten der chemischen Industrie übernimmt.“

Dr. Fr. Quincke: M. H.! Zu dieser ersten Frage sozialer Natur, die der Ausschuß zu bearbeiten hatte, habe ich nur zu bemerken, daß wir dem ausgiebigen Material, das Herr Dir. Küsel in seinem Referat verarbeitet hat, nichts hinzufügen konnten, und daß unsere Absicht war, von vornherein zu unterscheiden zwischen rein versicherungstechnischen Fragen und allgemeinen Fragen, wie sie hier in der Drucksache zu Punkt 12 Ihnen genannt sind unter Ziffer 1, 3, 4, 5: Zwangsversicherung mit Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht; Verbindung mit einer Unfall- und Krankenversicherung, Zahlung der Prämien vom Versicherten und vom Dienstgeber, freiwillige Weiterversicherung. Über derartige allgemeine Dinge möchten wir erstens bei den Bezirksvereinen eine Rundfrage veranstalten, um zu erfahren, wie sie sich überhaupt dazu stellen. Zweitens mußte man sich in Verbindung setzen mit ähnlichen Vereinen, um im geeigneten Moment nicht zu spät zu kommen, sondern bereits vorzubauen, und vor allem im Interesse des Chemikerstandes die Grenze des versicherungsfähigen Gehalts nicht zu tief zu ziehen; es handelt sich also hier um solche und ähnliche spezielle Anforderungen, die wir als Chemiker stellen müssen.

Drittens wäre der soziale Ausschuß oder eine in solchen Versicherungsfragen erfahrene Persönlichkeit zu beauftragen mit der Ausarbeitung eines Vorschlags darüber, wie überhaupt eine derartige Versicherung beschaffen sein sollte. Endlich ist die ganze Frage dauernd im Auge zu behalten.

Das war die Formulierung, die wir gegeben hatten, und die in den Gutachten der gestrigen Vorstandssitzung wohl etwas präziser begründet vorgelegen hat.

Vors.: Da Sie damit einverstanden sind, überweisen wir das Ganze in der Weise, wie ich es verlesen habe, dem sozialen Ausschuß.

13. Antrag der Herren: Dr. A. Hesse, Dr. F. Limmer, Dr. Ing. Carstens, Dr. P. Flemming, Dr. E. Haag, Dr. F. Quincke.

„Der Verein deutscher Chemiker beauftragt die Rechtsauskunftsstelle des Vereins damit, eine Zusammenstellung von gerichtlich zur Entscheidung gelangten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren technischen Beamten (Chemikern, Ingenieuren, Technikern usw.) über Verträge, Karenzklausel, Erfinderrechte u. dgl. herauszugeben.“

Vors.: Der Verein hat ein Gutachten von seinem Rechtsbeistand Prof. Osterrieth einbezogen, das folgendermaßen lautet:

Die Veröffentlichung einer Zusammenstellung von gerichtlich zur Entscheidung gelangten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren technischen Beamten über Verträge, Karenzklausel, Erfinderrechte u. dgl. wird zweifellos sowohl den Angestellten als auch den Geschäftsherren der chemischen Industrie sehr wertvolle Dienste leisten. Es ist daher ein Unternehmen, das dem Verein deutscher Chemiker nur empfohlen werden kann. Soweit ich indessen die Verhältnisse übersehe, glaube ich nicht, daß heute schon genügend Material vorliegt, um eine zuverlässige und zweckentsprechende Zusammenstellung zu veröffentlichen.

Über die Frage der Konkurrenzklausel liegen noch wenig Entscheidungen vor. Die Frage der Angestelltenerfindung ist zwar häufig, aber noch nicht in abschließender und einen klaren Überblick gewährender Weise entschieden worden. Die gewünschte Zusammenstellung würde daher, wenn sie heute angefertigt würde, lückenhaft sein und außerdem in den meisten Fragen den Hinweis enthalten müssen, daß eine sichere Rechtslage noch nicht besteht. Ein großer Teil des Inhalts einer solchen Broschüre würde daher hypothetischer Art sein, worin selbst eine gewisse Gefahr für die Benutzer der Zusammenstellung läge. Es scheint mir daher zweckmäßig, die Frage dauernd im Auge zu behalten, aber noch nicht augenblicklich an die Herausgabe einer solchen Zusammenstellung zu gehen. Vielleicht wird durch die Tätigkeit der sozialen Kommission noch weiteres Material zusammenkommen, das in der gedruckten Literatur nicht enthalten ist. Die Erfahrungen der Rechtsauskunftsstelle genügen heute ebenfalls noch nicht, um eine Zusammenstellung von Entscheidungen zu machen, da mir unbekannt geblieben ist, ob die Ratsuchenden einen Prozeß angestrengt haben, und wie ev. der Ausgang eines Prozesses gewesen ist.

Was die voraussichtlichen Kosten einer derartigen Arbeit betrifft, so kann man annehmen, daß sie etwa 4—6 Bogen umfassen wird. Das Verfasserhonorar wird sich auf etwa 60—80 M pro Bogen belaufen. Was die sonstigen Kosten der Veröffentlichung betrifft, so hängt alles davon ab, ob eine solche Zusammenstellung auf Kosten des Vereins gedruckt und nur an die Mitglieder des Vereins verteilt werden, oder ob der Versuch gemacht werden soll, einen Verleger dafür zu gewinnen. Im ersteren Falle wäre noch in Erwägung zu ziehen, ob die Broschüre nicht zu einem billigen Preise den Vereinsmitgliedern abgegeben werden soll. Nimmt man an, daß die Herstellung einer Broschüre, Satz,

Druck, Papier, Buchbinder usw. 60—70 M pro Bogen kosten wird, so würden sich die Herstellungskosten bei 5 Bogen auf etwa 350 M belaufen.

Ich komme daher zu dem Ergebnis, daß die dankenswerte Anregung der Herren Dr. A. Hesse und Genossen lebhaft zu begrüßen ist, daß aber die augenblickliche Inangriffnahme der Herausgabe nicht zweckmäßig erscheint.

Berlin, den 14. Mai 1908.

Der Vorstandsrat hat gestern beschlossen, nicht dem Antrag des verehrten Herrn Prof. Osterrieth stattzugeben, den Antrag also abzuweisen, sondern dem Vorschlage des Vorstands zu folgen und dem sozialen Ausschuß auch diese Angelegenheit zu überweisen in dem Sinne, daß nochmals geprüft wird, ob nicht doch schon die Zeit gekommen ist, diese Zusammenstellung zu machen und zu einem geeigneten Termine zu publizieren.

K. Klinghiesl: Ich möchte empfehlen, den Antrag des Vorstandsrats abzulehnen und den Antrag der Herren Dr. Hesse und Genossen wieder herzustellen.

Die Frage über einzelne Bestimmungen der Anstellungsverträge sind im allgemeinen recht dunkel, so bezüglich der Karenzklausel, der Erfinderrechte usw.; ganz dunkel ist auch geblieben die Klausel des Ehrenworts. Dieser Punkt ist schon wiederholt in den Vereinssitzungen berührt worden, aber nicht erschöpfend; ich habe auch heute nicht die Absicht, mich erschöpfend darüber zu äußern, und will nur darauf aufmerksam machen, daß nicht, wie es vielfach verlautete, nur einige wenige unter dem Ehrenwort seufzen, sondern vielmehr Hunderte darunter leiden, und die meisten fühlen sich so gedrückt, daß sie nicht wagen, darüber zu reden; sie schämen sich vielleicht auch, wenn sie in ihrer Jugend oder in den Zeiten wirtschaftlicher Not darauf hineingefallen sind. Ich möchte also den Vorschlag machen, den Antrag wieder herzustellen, in möglichst weitem Umfange auszuführen und besonders auch richterliche Entscheidungen betr. der Ehrenwortsklausel einzuschließen.

Prof. Dr. A. Osterrieth: Ich habe den Antrag Dr. Hesse, Dr. Quincke und Genossen so verstanden, daß in einer Broschüre die Rechtsgrundsätze zusammengestellt werden sollen, die den Angestellten Anhaltspunkte geben können für ihr Verhalten beim Abschluß von Verträgen oder während der Geltung des Vertrags, oder bei der Kündigung des Vertragsverhältnisses. Wenn das wirklich der Gedanke gewesen ist, so muß eigentlich doch damit gewartet werden, bis einigermaßen zuverlässiges und sicheres Material geschaffen ist. Die Fragen sind aber zum Teil noch so wenig geklärt, daß sehr viel oder das meiste von dem, was heute schon zusammengestellt werden könnte, im wesentlichen nur Theorie wäre. Das würde aber gerade dem Zweck, den die Herren verfolgen, nicht entsprechen, denn in einer derartigen Zusammenstellung würde im einzelnen Falle der betreffende Angestellte nicht eine positive Antwort auf die Fragen finden, die er gestellt hat. Im Grunde würde die Broschüre nicht mehr geben können, als ich bei einer Anfrage in einem einzelnen Falle geben kann. Wie allzuhäufig meine Antworten verlausuliert

sein und schließlich die Entscheidung zuletzt doch dem Angestellten überlassen müßten, so würde das bei einer solchen Broschüre noch mehr der Fall sein. Ich glaube, wenn der soziale Ausschuß die Anregung im Auge behält und zusammen die einzelnen Punkte prüft, bei denen es wichtig ist, daß den Angestellten klare Anhaltspunkte gegeben werden, so wird sich allmählich etwas machen lassen. Aber ich persönlich — und ich wäre doch wahrscheinlich der Beauftragte — käme in große Verlegenheit wenn ich heute eine Broschüre zusammenstellen sollte, in der den Angestellten brauchbare Richtlinien gegeben werden sollen, einiach aus dem Grunde, weil die heutigen Rechtsverhältnisse noch unklar und fließend sind. Deshalb glaube ich, daß der Vorschlag des Vorstands der tatsächlichen Lage entspricht.

Dr. A. Hesse: Die Ausführungen des Herrn Prof. Osterrieth zeigen zum zweiten Male, wie schwer es ist, auf schriftlichem Wege sich zu verständigen. Meine Anregung, die ich im sozialen Ausschuß gegeben hatte, wollte nichts weiter, als eine Feststellung des vorhandenen Materials. Herr Dr. Osterrieth hat die Aufgabe, wie er sie jetzt akzeptiert hat, sich zu schwierig vorgestellt, und infolgedessen mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit es abgelehnt, diese Sache jetzt in Angriff zu nehmen. Da ich nur das schriftliche Gutachten des Herrn Prof. Osterrieth in der Hand gehabt hatte und seine heutigen mündlichen Ausführungen nicht berücksichtigen konnte, habe ich in der gestrigen Sitzung des Vorstandsrats dem Vorschlag, wie Sie ihn eben gehört haben, zugestimmt, daß diese Frage noch einmal Gegenstand der Beratung des sozialen Ausschusses und des Herrn Prof. Osterrieth sein soll. Ich möchte aber jetzt, wie ich glaube, im Einverständnis mit den Kollegen vom provisorischen Ausschuß, die Aufklärung dahin geben, daß wir seinerzeit keineswegs gedacht haben an eine vollendete, kritisch gesichtete, mit Schlußfolgerungen aus dem vorhandenen Material versehene Broschüre. Wir wollten nichts anderes haben, als möglichst vollständiges Material darüber, welche Differenzen sind bereits durch gerichtliche Urteile geschlichtet worden. Das sollte die erste Arbeit sein, die im Laufe von Jahren erst zu dem ergänzt werden kann, was Herr Prof. Osterrieth sich als seine jetzige Aufgabe gedacht hatte. Wenn die 20 oder 30 Jahre, die er vielleicht in der Literatur durchstöbern könnte, noch so wenig Material gebracht haben, so werden die nächsten 20 Jahre nicht viel mehr bringen, vielleicht etwas mehr infolge der sich häufenden Schwierigkeiten, aber doch nicht so viel, um genügende Klarheit über die einzelnen Punkte zu geben. Deshalb möchte ich, daß Herr Dr. Osterrieth sich die Aufgabe nicht so schwer macht, sondern möglichst nur eine einfache sachliche Zusammenstellung dessen gibt, was tatsächlich vorgelegen hat; das genügt vollständig für den Zweck, den der provisorische soziale Ausschuß zunächst im Auge hatte.

Vors.: Die Erledigung der Sache ist ja damit gegeben, daß der soziale Ausschuß morgen beschließen kann: so wird es gemacht. Deshalb glaube ich, wir erledigen die Sache jetzt lieber nach dem Vorschlag des Vorstandsrats, auch im Inter-

esse des Herrn Prof. Osterrieth, der offenbar noch nicht weiß, wie die Sache angefaßt werden soll.

Ich bitte, den Antrag des Vorstandsrats anzunehmen, dahingehend, daß der soziale Ausschuß mit Herrn Dr. Osterrieth den Antrag Hesse erneut behandelt und entsprechende Vorschläge macht. Die Mittel hat der Vorstandsrat gestern schon bereit gestellt, wenn der Vorstand beschließt, dem Antrage Folge zu geben.

Der Antrag wird gegen 1 Stimme genehmigt.

14. Antrag des Vorstandes:

„Der Verein deutscher Chemiker beschließt, dem Verein chemische Reichsanstalt mit einer Stimme beizutreten.“

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: M. H.! Die Frage der chemischen Reichsanstalt ist vom Verein auf den Hauptversammlungen in Nürnberg und Danzig behandelt worden. Ich kann mitteilen, daß das Organisationskomitee seinerzeit sich auf unseren Standpunkt gestellt und, um der Sache einen weiteren Fortgang zu geben, beschlossen hat, einen „Verein chemische Reichsanstalt“ zu begründen. Dieser Verein hat den Sinn, daß eine Organisation da ist, eine juristische Person, die in der Lage ist, gezeichnete einmalige Beiträge und laufende Jahresbeiträge entgegenzunehmen, die geeignet ist, auch mit der Reichsregierung Verhandlungen zu führen, Verträge abzuschließen, Pläne und Kostenanschläge für die Reichsanstalt aufzustellen. Der Verein ist dann konstituiert worden in dem Sinne, daß der Vorstandsrat später das Kuratorium der Reichsanstalt bilden soll; damit ist die Verbindung der Reichsanstalt mit der Industrie hergestellt.

Sonach glaube ich annehmen zu sollen, daß das Programm, das wir für die Reichsanstalt aufgestellt hatten, erfüllt ist.

Der Verein hat nun die Eigentümlichkeit, daß er Stiftungsbeiträge und Jahresbeiträge kennt. Ein einmaliger Beitrag von 25 000 M. gewährt eine Stimme; ebenso ein Jahresbeitrag von 1000 M. Es sind bisher gestiftet 800 000 M. Stiftungsbeiträge und 50 000 M. Jahresbeiträge. Wenn Sie heute 1000 M. beschließen, würden es 51 000 M. sein.

Die Einwendungen, die gegen diese Organisation gemacht worden sind, bezogen sich nur darauf, daß der Beitrag von 1000 M. zu hoch sei, und daher viele einzelne Personen ausgeschlossen sein würden. Der hohe Beitrag ist aus folgenden Gründen gewählt worden. Es soll sich nicht um einen Verein handeln, der unserem Verein oder dem Verein mit dem langen Namen oder der deutschen chemischen Gesellschaft Konkurrenz macht, sondern der neue Verein soll sich zur Disposition stellen den bestehenden Vereinen und gewerblichen Verbänden, die technisch-wissenschaftliche Zwecke verfolgen, und dafür, daß sie die Beiträge bezahlen, nun mit Stimmrecht vertreten sind. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß mehrere Personen oder Vereine sich zu einem Beitrag, der eine Stimme erwirbt, vereinigen. Als Beispiel kann ich erwähnen, daß die Dozenten der chemischen Universitätsinstitute in Berlin sich gemeinsam zu einem Jahresbeitrag von 1000 M. verpflichtet haben. Der Verein

hat sich konstituiert, hat seine Wahlen vorgenommen und hat weiter Herrn Geheimrat Beckmann in Leipzig ersucht, die Pläne und Kostenanschläge aufzustellen. Herr Geheimrat Beckmann ist hier und wird vielleicht noch weiteres mitteilen.

Ich kann die Annahme des Antrags des Vorstandsrats nur dringend empfehlen.

Geheimrat Prof. Dr. E. Beckmann: Ich möchte den Herren mitteilen, daß der Vorsitzende des Vereins „Chemische Reichsanstalt“, Herr Geheimrat Fischer, außerordentlich bedauert, heute nicht hier sein zu können. Er dachte bis vorige Woche noch daran; aber eine nicht so bald zu behebende Erkältung hat ihn gezwungen, diesen Verhandlungen fern zu bleiben. Ich möchte auch in seinem Namen auf das wärmste die Übernahme einer Stimme für den Verein „Chemische Reichsanstalt“ befürworten.

Es sind ja schon eine Anzahl unserer Mitglieder Inhaber von Stimmen, aber dem Verein ohemische Reichsanstalt muß daran liegen, gerade den Verein deutscher Chemiker mit seinem ganzen Schwergewicht hinter sich zu haben und seiner Sympathie versichert zu sein. Es hat die Stimme für uns nicht etwa nur das Gewicht der Zahlung von 1000 M. für 5 Jahre, sondern sie wiegt außerordentlich viel schwerer. Mit der ganzen Korporation hinter uns stehen wir so viel achtunggebender da mit unserem Antrage, daß tatsächlich eine Reichsanstalt geschaffen werden soll; denn der Verein hat weiter keinen Zweck als die Einrichtung einer Reichsanstalt, die später das Reich übernehmen soll, in die Wege zu leiten.

Was die Planung der Reichsanstalt anlangt, so ist dieselbe mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Zunächst gingen die Vorstellungen, die man sich für die Gründung einer solchen Anstalt machte, recht weit. Es war anfangs eingesetzt ein Betrag von 1 600 000 M. für die Erbauung der Anstalt, und die Pläne waren auch entsprechend bemessen. Wir sind aber allmählich zu der Einsicht gekommen, daß es leichter wäre, die Kritik einzuschränken, wenn man sich zunächst mit geringeren Mitteln bescheide, und die Existenzberechtigung durch die Tätigkeit der Anstalt beweise. Es sind deshalb die Kostenanschläge heruntergegangen von 1 600 000 M. auf jetzt 650 000 M. für den Bau. Wir haben sie also ungefähr um 1 Million reduziert. Daß das natürlich nicht in einem ging, versteht sich von selbst. Wir haben ganz allmählich das, was uns relativ am leichtesten entbehrlich schien, fallen lassen und haben auf der anderen Seite darauf hingearbeitet, daß das, was nun jetzt im Keime erstet, entwicklungsfähig nach allen Seiten ist. Wir bescheiden uns also mit einem kleinen Anfange; wir nehmen Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen und auf die Schwierigkeiten, die die Beschaffung großer Mittel mit sich bringt. Die Mittel, die jetzt gesammelt werden, sollen nicht eigentlich dazu dienen, die ganze Sache zu schaffen und in Betrieb zu setzen, das soll vielmehr später Aufgabe des Reiches sein. Wir wollen nur mit diesen Mitteln an das Reich herangehen und dem Reich beweisen: es ist ein allgemeines Interesse für den Antrag vorhanden, und nicht allein vielseitige Befürwortungen, son-

dern auch materielle Betätigungen liegen schon vor. Ich bitte Sie also dringend, möglichst einmütig dem Antrag zuzustimmen, daß der Verein deutscher Chemiker eine Stimme in dem Verein „Chemische Reichsanstalt“ erwirbt.

Dr. A. Steche: Herr Geheimrat Delbrück sprach von einem laufenden Jahresbeitrag, während Herr Geheimrat Beckmann von einem Beitrag nur auf 5 Jahre sprach; danach wären wir wohl nur verpflichtet, 5 Jahre lang je 1000 M zu zahlen, um dauernd Sitz und Stimme zu erhalten. Es scheint hier eine Unklarheit zu bestehen, und ich möchte, daß das aufgeklärt wird; die finanziellen Verhältnisse des Vereins deutscher Chemiker scheinen es nicht ohne weiteres zuzulassen, daß wir einen dauernden Jahresbeitrag von 1000 M bewilligen.

Geheimrat Prof. Dr. M. Delbrück: Die Verpflichtung auf 5 Jahre ist deshalb gewählt worden, um der Reichsregierung den Einwand zu nehmen, die Vereine würden jetzt einen Beitrag gewähren, und wenn die Sache beschlossen ist, eines schönen Tages sagen: Wir können nicht mehr. Deshalb ist beschlossen worden, daß jeder, der einen Beitrag zeichnet, erst nach 5 Jahren zurücktreten kann. Natürlich behält jeder Teilnehmer auch später seine Stimme nur unter der Voraussetzung, daß er nach Ablauf der 5 Jahre weiter beisteuert. Ich bin fest überzeugt, wenn die Sache erst im Schwunge ist, so wird der neue Verein, den die Reichsanstalt leitet, von so großer Bedeutung sein, daß weder unser Verein, noch die anderen jetzt Beigetretenen sich der Mitwirkung entziehen können. Den Beitrag auf die Dauer zu gewähren, ist unser Verein stark genug.

Dr. A. Steche: Ich möchte doch feststellen, daß das eine Abweichung von dem ursprünglichen Plan ist. Es ist zu bedenken, daß im Verein deutscher Chemiker nicht nur Chemiker sind, sondern auch Firmen, die teils als Firmen, teils als Vereinsmitglieder beitragen; wenn sie außerdem noch Mitglied des Vereins mit dem langen Namen sind, werden sie sogar dreimal besteuert. Wenn diese, falls sie im sechsten Jahre nicht mehr zahlen, ihre Stimme verlieren, so ist das eine bedeutende Verschiebung des ursprünglichen Gedankens. Nach dem ersten Prospekt sollte, meines Erinnerns, demjenigen dauernd Sitz und Stimme gewährleistet sein, der 5 Jahre lang je 1000 M zahlt. Dieser Vorteil würde dann den Gegenwert dafür gebildet haben, daß der Zahler der neuen Reichsanstalt mit über die ersten, schwierigen Jahre hinweggeholfen hat. Daß, wohl in der Voraussicht, daß das Reich selbst später genügende Unterhaltungsmittel bereit stellen würde, als Äquivalent gerade 5 Jahresbeiträge betrachtet wurden, beweist doch auch der Umstand, daß die großen Farbenfabriken sich nur auf 5 Jahre verpflichtet haben, und zwar mit je 5 Stimmen. Sonst hätten sie sich ja den hinreichend großen Einfluß im Direktorium nicht sichern können. Von der Abhängigkeit der erworbenen Stimme von einem dauernden Jahresbeitrag ist in dem Einführungsprospekt nicht die Rede gewesen.

Ich möchte eine positive Antwort haben, ob denn, wenn nach 5 Jahren nicht mehr gezahlt wird, die Stimme erlischt oder nicht.

Vors.: Ich darf das wohl aufklären. Herr

Geheimrat Delbrück ist der Vater dieses Vereins; wir beide haben die Satzungen beraten und die ganze Sache, ehe sie an den Ausschuß ging, mit Herrn Geheimrat Prof. Dr. Emil Fischer durchbesprochen; von vornherein war in Aussicht genommen, daß eine dauernde Stimme erworben werden könnte für einen einmaligen Beitrag von 25 000 M, nicht 1000 \times 5 oder 5000 M. Was unseren Verein angeht, so könnte man sogar Bedenken konstruieren, ob wir uns zu einer Zahlung von je 1000 M auf 5 Jahre verpflichten können; das muß ich aber ausdrücklich feststellen, daß der Antrag des Vorstandsrats dahin geht, daß wir dem Verein beitreten mit der Verpflichtung, mindestens 5 Jahre lang jährlich 1000 M zu zahlen. Wenn die 5 Jahre abgelaufen sind, müssen wir neuerdings darüber beschließen, ob wir weiterzahlen und dabei bleiben, oder ob wir ausscheiden wollen.

Daß die Sache diesen Weg genommen hat, und die Möglichkeit besteht, die Anstalt in kleinerem Umfange recht bald zu errichten, verdanken Sie in erheblichem Maße Herrn Geheimrat Delbrück oder der Anregung, die er im Verein deutscher Chemiker gegeben hat. Ich glaube, es wird sehr wohlthätig sein, wenn die Industrie das Heft mit in der Hand behält und mit raten und taten darf; ich muß sagen, wenn wir im Verein deutscher Chemiker das Geld hätten, würde ich empfehlen, mit 5 Stimmen beizutreten, aber das haben wir nicht. Ich möchte aber an alle, die in der Lage sind, die dringende Aufforderung richten, dem neuen Verein Chem. Reichsanstalt einzeln oder in Gruppen beizutreten, denn es handelt sich hier nicht um Förderung unserer Technik, sondern in erster Linie um das, was unserer Technik den nötigen Boden gibt, worauf sie wachsen kann, um die Förderung der Wissenschaft, speziell desjenigen Teils derselben, der bisher bei uns nicht in genügender Weise bearbeitet werden konnte. Deshalb ist es dringend notwendig, daß wir hier Mann für Mann eintreten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Geheimrat Prof. Dr. E. Beckmann: Ich möchte gleichfalls die Bitte aussprechen, daß die Herren, die in der Lage sind, abseits von dem Beitrag, den der Verein deutscher Chemiker beschlossen hat, noch Mittel zu dem Verein „Chemische Reichsanstalt“ beizusteuern, dies doch ja nicht unterlassen wollten, und ich darf versichern, daß insbesondere der Herr Präsident und Herr Geheimrat Delbrück sehr gern weitere Meldungen entgegennehmen, sei es für die Zeichnung einer größeren einmaligen Summe oder eines Jahresbeitrages.

16. Anträge des Bezirksvereins Frankfurt:

a) Die Hauptversammlung möge die Redaktion der Vereinszeitschrift beauftragen, zwei zuverlässige Generalregister für die Jahrgänge 1–10 resp. 10–20 der Zeitschrift für angewandte Chemie anzufertigen.

Vors.: Ich teile mit, daß der Vorstandsrat beschlossen hat, in dieser Beziehung eine Rundfrage durch die Geschäftsführung an alle unsere Mitglieder und an alle Abnehmer unserer Zeitschrift ergehen zu lassen. Wenn sich herausstellt, daß eine genügende Beteiligung stattfindet, so wollen wir gern dazu schreiten, ein solches Register

anzufertigen; aber nur dann, wenn es auf Grund einer rein geschäftsmäßigen Beurteilung und Preisfestsetzung geschehen kann, so daß der Verein nicht extra Kosten zu leisten hat. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind.

b) Der Vorstand möge bei der Geschäftsstelle eine Vermittlungsstelle für Vorträge für die Bezirksvereine einrichten.

Vors.: Dem Antrage war schon vorher Folge gegeben, eine bezügliche Annahmestelle war vorhanden; wir haben aber sofort Gelegenheit genommen, eine Geschäftsordnung aufzustellen, die der Vorstandsrat genehmigt hat, und die wir in unserer Zeitschrift veröffentlichen werden (s. Bericht über Vorstandsratssitzung Seite 1903).

Diejenigen, welche Vorträge halten wollen, können sich bei der Geschäftsstelle melden; die Liste wird regelmäßig den Bezirksvereinen zugehen. Die definitiven Verhandlungen werden die Beteiligten dann selbst führen müssen. Ich hoffe, Sie sind mit dem einverstanden. (Zustimmung.)

17. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Vors.: Hierzu habe ich nur mitzuteilen, daß ein Brief des deutschen Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses für den 5. Kongreß für angewandte Chemie eingegangen ist, worin wir gebeten werden, den Internationalen Kongreß in London im nächsten Jahre recht zahlreich zu besuchen und dafür Propaganda zu machen. Das deckt sich mit dem, was Sie bereits von Herrn Geheimrat Delbrück gehört haben bei der Beratung über die nächstjährige Hauptversammlung.

Da niemand weiter etwas vorzubringen hat, so erübrigt mir nur noch, Ihnen meinen Dank und den Dank des Vorstands dafür auszusprechen, daß Sie heute so zahlreich wie noch nie zuvor zur geschäftlichen Sitzung erschienen sind. Wir haben eine Geschäftssitzung gegalton in Anwesenheit von 130 Mitgliedern; das war noch nie der Fall. Das ist außerordentlich erfreulich und wir hoffen, daß das auch in Zukunft so sein wird. Ich danke Ihnen allen für Ihr zahlreiches Erscheinen, für die Ausdauer, die Sie bewiesen, und für die Geduld, die Sie mit mir speziell gehabt haben. (Allseitiges Bravo!)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Die zweite Geschäftliche Sitzung

fand am Freitag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr im Volkshaus zu Jena statt.

Vors.: M. H. Wie ich schon gestern sagte, haben wir Punkt 15 der Tagesordnung zurückgestellt, um dem Herrn Präsidenten des Kaiserl. Patentamts die Möglichkeit zu geben, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Ich habe heute das Vergnügen, den Wirkl. Geheimen Ober-Regierungsrat Herrn Hauss, den Präsidenten des Kaiserl. Patentamts, in unserer Mitte zu begrüßen und gebe unserer ganz besonderen Freude darüber Ausdruck, weil es das erste Mal ist, daß der Herr Präsident uns die Ehre gibt, an unsern Verhandlungen teilzunehmen. Ich hoffe, daß er uns noch recht oft bei der Hauptversammlung mit seinem Besuch erfreuen wird, zumal wir jetzt auch eine Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz besitzen, in der alle, das gewerbliche Recht betreffenden Fragen, speziell die Patentfragen, behandelt werden sollen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Einziger Punkt ist

15. Antrag des Vorstands betr. Ausübungszwang.

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz, geeignete Schritte zu unternehmen, um gemeinschaftlich mit den andern Interessenvertretungen der deutschen Industrie gegenüber solchen Staaten, die wie England neuerdings einen rigorosen Patent-Ausübungszwang eingeführt haben, durch systematische Anstellung von Zurücknahmeklagen in Deutschland Repressalien zu ergreifen, und dadurch die genannten Staaten zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, analog dem deutsch-italienischen und deutsch-schweizerischen Abkommen über den Ausübungszwang geneigt zu machen.“

In der Vorstandsratssitzung ist der Antrag bereits verhandelt worden; der Vorstandsrat hat sich dem Antrag des Vorstands angeschlossen.

Dr. Ed. Kloeppel weist darauf hin, daß es sich hier um eine für die deutsche Industrie außerordentlich wichtige Frage handelt. Während sich in den beteiligten Kreisen heute allgemein die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß die in vielen Patentgesetzen, so z. B. auch in dem deutschen Gesetz, enthaltene Vorschrift, nach der ein Patent vernichtet werden kann, wenn es nicht innerhalb einer gewissen Frist ausgeübt worden ist, veraltet ist und in keiner Weise den Interessen der Industrie des betreffenden Staates dient, machen sich gerade in denjenigen Staaten, die bisher derartige Ausübungszwangsbestimmungen nicht kannten, Bestrebungen geltend, eine solche Ausübungszwangsverpflichtung einzuführen. In England hat diese Bestrebung schon vollen Erfolg gehabt, indem im vorigen Sommer ein entsprechendes Gesetz bereits zur Annahme gelangte. Dieses hauptsächlich gegen die deutsche Industrie gerichtete Gesetz ist ohne alle Rücksicht auf die Verpflichtung Englands gegenüber der Pariser Konvention für den Schutz des gewerblichen Eigentums, der sowohl England wie Deutschland angehören, abgefaßt worden; insbesondere ist demselben rückwirkende Kraft gegeben, so daß der größte Teil der wichtigen englischen Patente deutscher Patentinhaber in einer ganz unzulänglichen, bis Ende August d. J. bemessenen Frist zur Ausübung gelangen müssen. Auf Betreiben der deutschen Interessenten hat unsere Reichsregierung die englische Regierung darauf hingewiesen, daß diese Rückwirkungsklausel ihrer Auffassung nach im Widerspruch stehe mit dem Geiste des erwähnten internationalen Vertrags nach dem einem Patentinhaber mindestens 3 Jahre zur Ausübung gelassen werden sollen. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen dürfte dann diese dreijährige Frist auch für die älteren Patente erst vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes beginnen. Die englische Regierung hat jedoch erst vor kurzem auf diese diplomatische Vorstellung hin ganz kühl erwidert, daß sie diese Auffassung nicht teile. Die deutschen Patentinhaber sind daher, da eine Ausübung innerhalb der gestellten kurzen Frist gar nicht möglich ist, der Gnade der englischen Gerichte preisgegeben. Glücklicherweise besitzt

Deutschland in seiner Gesetzgebung noch eine Waffe gegenüber diesem rücksichtslosen Vorgehen. Nach der Bestimmung des § 11, Nr. 1 des deutschen Patentgesetzes müssen nämlich innerhalb dreier Jahre alle Patente im Inlande in angemessenem Umfange zur Ausübung gelangen. Von den deutschen Interessenten aber ist bisher Ausländern gegenüber von dieser Bestimmung nur in verschwindend kleinem Umfange Gebrauch gemacht worden, weil man eben den Ausübungszwang für verfehlt hielt. Das Einfachste wäre ja, daß England, um seine eigenen Angehörigen vor einer Anwendung der deutschen Bestimmung in Deutschland zu sichern, einen Gegenseitigkeitsvertrag mit Deutschland schliesse, der diese Bestimmung gegenseitig aufhebt. Dazu ist aber infolge des Einflusses der Interessentengruppe, die das neue Gesetz in England zustande gebracht hat, keine Neigung vorhanden. Es empfiehlt sich daher dringend, daß die deutsche Industrie zur Selbsthilfe greift und nunmehr in weitgehendem Umfange gegen die große Zahl von deutschen Patenten englischer Patentinhaber, die in Deutschland notorisch nicht ausgeübt werden, mit Zurücknahmeklagen vorgeht. Hierfür kommt in erster Linie die mechanische Industrie in Betracht, da die Zahl chemischer Patente, die im Besitz von Engländern sind, ganz unbedeutend ist. Andererseits wird gerade auch die deutsche mechanische Industrie durch den englischen Ausübungszwang sehr geschädigt. Ist eine derartige Aktion erst einmal eingeleitet, so wird hoffentlich sehr bald eine Reaktion bei der englischen Industrie eintreten und dieselbe dann mehr als bisher Wert darauf legen, sich vor derartigen Klagen durch ein Gegenseitigkeitsabkommen zu schützen.

Ref. empfiehlt daher den Antrag des Vorstands zur möglichst einstimmigen Annahme.

Präsident des Kaiserl. Patentamts Geh. Ober-Reg.-Rat Hauss: Meine geehrten Herren! Erlauben Sie mir zunächst ein kurzes Wort des Dankes für die Begrüßung, die der verehrte Herr Vorsitzende ausgesprochen hat, namentlich auch dafür, daß Sie durch Verschiebung Ihrer Tagesordnung mir Gelegenheit gegeben haben, an Ihren interessanten Verhandlungen über eine patentrechtliche Frage teilzunehmen. M. H.! Ich kann nur wiederholen, wir legen den allergrößten Wert darauf, mit der Patente nehmenden Industrie in dauernder Fühlung zu bleiben. Wir nehmen deshalb gern jede Gelegenheit wahr, uns mit Ihnen auszusprechen und durch diese Aussprache für unsere Praxis zu lernen. Ich kann also versprechen, daß wir auch in Zukunft gern Ihrer Einladung soweit möglich folgen werden.

Was nun die Frage des Ausführungszwangs betrifft, so ist der Standpunkt der Reichsverwaltung auf diesem Gebiete häufig dargelegt worden. Ich kann nur bestätigen, was der Herr Referent vorgetragen hat: Wir sind alle davon durchdrungen, daß an sich der Ausübungszwang theoretisch und namentlich auch wirtschaftlich nicht zu halten ist. Es ist Ihnen richtig mitgeteilt worden, daß, als wir der internationalen Union beitreten wollten, eine Hauptschwierigkeit in der Regelung des Ausübungszwangs bestand. Andere Staaten wollten sich nicht unserer Auffassung akkommodieren, und es bedurfte längerer Verhandlungen, um zu dem Kompromiß zu gelangen, wie es jetzt in dem Ver-

trag vorliegt, der eine Milderung des Zwangs darstellt.

Es ist richtig, wir haben den Ausübungszwang, und ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung geneigt sein würde, im jetzigen Augenblicke ihn aufzugeben, da er ein überaus wichtiges Mittel ist, um eine Verständigung mit andern Nationen zustande zu bringen. Praktisch hat der Ausübungszwang eine große Bedeutung für uns im Augenblick nicht. Mögen auch die Bestimmungen, die der Herr Ref. vorgetragen hat, an sich ziemlich streng lauten, so ist doch ein offizielles Verfahren ausgeschlossen. Ein Eingreifen der Behörde findet erst auf Anrufen der Parteien statt, und vernünftigerweise macht unsere Industrie von diesem immerhin schroffen und radikalen Mittel nur in geringem Umfange Gebrauch, so daß die Zahl der Fälle, in denen bei uns eine Zurücknahme des Patents wegen mangelnder Ausübung erfolgt, überaus gering ist. Ich habe die Zahl nicht in der Erinnerung, glaube aber nicht, daß im Durchschnitt eines Jahres mehr wie 3, 4 oder 5 Patente zurückgenommen werden. Das ist ein ganz minimaler Prozentsatz sowohl gegenüber der Zahl der jährlichen Patenterteilungen, wie gegenüber der Zahl der bestehenden Patente.

Also ich wiederhole, bei uns hat der Ausführungszwang praktisch keine erhebliche Bedeutung, und wenn es uns gelänge, alle die großen Industriestaaten zu unserer Auffassung zu bekehren, so glaube ich, daß nicht die mindeste Schwierigkeit auf unserer Seite bestände, den Ausübungszwang ganz fallen zu lassen.

Nun, zu der hier zur Erörterung stehenden Frage will ich mich nicht äußern, und kann ich mich nicht äußern, ich überlasse es ganz Ihrer Entscheidung, wie Sie vorgehen wollen. Ich möchte nur noch die Frage des Verhältnisses der neuen englischen Bestimmung zu dem Unionvertrage behandeln. Daß der Wortlaut der Unionbestimmung dem englischen Gesetze nicht entgegensteht, wird sich schwerlich bestreiten lassen. Es ist vor 8 oder 10 Jahren, als über die Dinge verhandelt wurde, nicht entfernt mit der Möglichkeit gerechnet worden, daß unter dem Einfluß unserer modernen Entwicklung Staaten wie England jemals daran denken könnten, zu dieser ultra protektionistischen Maßregel überzugehen. Wir haben nur in Erwägung gezogen, daß für diejenigen Länder, die den Ausführungszwang bereits besitzen, eine Schonfrist gewährt werden muß von dem Zeitpunkte an gerechnet, zu dem das Patent erteilt ist; aber an die neue gesetzliche Einführung des Zwangs ist nicht entfernt gedacht worden. So besteht also formell eine gewisse Lücke, die in dem Sinne wie geschehen von der englischen Regierung ausgenützt worden ist. Wie weit dieses englische Vorgehen mit dem Geiste der Union übereinstimmt oder nicht übereinstimmt, das will ich an dieser Stelle nicht weiter erörtern; jedenfalls möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen möge, eine Verständigung zu erzielen und einen gegenseitigen Patentkrieg zu ersparen; in einem solchen Kriege gibt es keinen Sieg, da gibt es nur Niederlagen für beide Parteien, die für beide Parteien überaus schmerzlich sind. Der internationale Vertrag ist derjenige Weg, auf dem man die gegenseitigen Interessen ausgleicht, und ich wiederhole: Ich

hoffe, daß es gelingen wird, sowohl mit der englischen wie mit der amerikanischen Regierung zu einer solchen Verständigung zu kommen. (Bravo!)

Vors.: M. H.! Schon in der Vorstandsratssitzung gestern ist der Wunsch geäußert worden, daß Herr Dr. Kloeppel die Resolution nicht so streng fassen möchte, vielmehr eine mildere Fassung finde, angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England, die zurzeit von allen Seiten angebahnt werden. Es liegt mir auch ein Brief vor unseres verehrten Ehrenmitglieds Prof. Lunge in Zürich, der bekanntlich lange Jahre in England gelebt hat und heute noch die besten Beziehungen zur englischen chemischen Industrie unterhält, ein Brief, den ich wohl hier verlesen muß. Er bedauert, nicht erscheinen zu können, weil er nicht wohl sei, und fährt fort:

„Was die für diese Versammlung angekündigten Anträge betrifft, so könnte ich nur zu Punkt 15 der Tagesordnung, betr. Ausübungszwang für Patente, irgend eine Bemerkung machen. Ich möchte mir erlauben zu sagen, daß es mir nicht angezeigt scheint, schon jetzt diesen Ausübungszwang in Deutschland schärfer als bisher durchzuführen, ehe (so weit ich weiß) eine Anzahl von bestimmten Fällen einer zu rigorösen Durchführung dieses Zwanges in England konstatiert worden ist. Diese Änderung würde nicht nur den ausländischen, sondern auch den deutschen Erfindern recht große Unannehmlichkeiten verursachen. Ich glaube nicht, daß es durchführbar wäre, gerade nur gegen englische Patentnehmer in Deutschland in der beabsichtigten Art vorzugehen, und auch wenn dies angehen sollte, so ist es doch sehr fraglich, ob die englischen Antragsteller sich durch ein solches Vorgehen einschüchtern lassen würden. Nach meiner Ansicht sollte man doch noch etwas abwarten, um zu sehen, wie die neue Bestimmung in England in der Praxis gehandhabt wird.“

M. H.! Ich stehe nicht auf dem Standpunkte Lunges; auch nicht auf dem Standpunkte derjenigen Herren im Vorstandsrat, die meinen, wir sollten möglichst milde auftreten, sondern ich meine, wir sollten so verfahren wie Amerika. Amerika wird in seiner mechanischen Industrie, wie Deutschland in seiner chemischen Industrie, durch die neue englische Gesetzgebung außerordentlich geschädigt, es hat sofort ein entsprechendes Gesetz in seinen parlamentarischen Körperschaften eingebracht und ist auf dem Wege, eine ähnliche Bestimmung — selbstverständlich nicht nur gegen England, sondern gegen alle Nationen, auch gegen uns — zu treffen und uns zu zwingen, nunmehr unsere wertvollen amerikanischen Patente auch in Amerika auszuführen. Wir glaubten, angelockt durch die Erfolge des englischen Gesetzes wäre nun auch Amerika, das schon lange schielend nach der hochentwickelten chemischen Industrie Deutschlands hinübersah, zu der Meinung gelangt, es könne, nachdem das Protektionssystem mit seinen hohen Schutzzöllen doch nicht gewirkt hat, nun vielleicht auf diesem Wege die deutsche chemische Industrie zwingen, nach Amerika auszuwandern. Bei näheren Erkundigungen hat sich aber das Gegenteil ergeben, es hat sich gezeigt, daß jene Bestimmungen gar nicht gegen Deutschland gerichtet

sind, sondern nur gegen England; man will mit der Einführung eines solchen Gesetzes, wie es Deutschland längst hat, die Staaten mit Ausführungszwang dazu bringen, mit Amerika Verträge abzuschließen, wie Amerika bereits solche Verträge abgeschlossen hat, speziell mit der Schweiz, und wie wir solche Verträge abgeschlossen haben mit Italien, Österreich-Ungarn und auch mit der Schweiz. Das ist die Absicht des amerikanischen Gesetzes, aber das Gesetz ist dort genau so scharf vorgesehen wie das englische. Alle Bemühungen der amerikanischen Regierung, in England dasselbe zu erreichen, was die deutsche Regierung auf unsere Veranlassung in England erreichen wollte, sind gescheitert. Die amerikanische Gesetzesvorlage schwebt noch, und da der Kongreß vertagt ist, wird die Angelegenheit erst im Winter weiter behandelt werden. Zweifellos wird Amerika dasselbe Gesetz wie England einführen, es ist aber, wie wir wissen, bereit, sofort mit Deutschland einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen, und ein Unterhändler des Patentamts hat bereits den Auftrag, nach der Versammlung des internationalen Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz zu Stockholm nach Berlin zu fahren, um dort entsprechende Vereinbarungen anzubahnen. Das wäre, was wir auch wollen, und wozu auch England schließlich kommen wird und kommen muß.

Wir werden zwar von einer solchen nachträglichen Vereinbarung mit England keinen großen Nutzen haben, denn diejenigen Firmen, welche wertvolle englische Patente besitzen, haben selbstverständlich sofort drüben Land gekauft, mit dem Bau von Fabriken begonnen und haben die Absicht, ihre Patente nicht nur dem Schein nach dort auszuführen, sondern sind darauf eingerichtet, den gesamten englischen Bedarf an den betreffenden Produkten in England zu produzieren. Das tun wir, um unsere zurzeit bestehenden wertvollen Patente zu retten. Wir haben selbstverständlich nicht die Absicht, nun etwa mit unserer gesamten, den englischen Markt versorgenden Industrie auszuwandern. Ich möchte hier aber betonen, daß es sehr verlockend sein kann, wenn man gesehen hat, daß möglicherweise die Fabrikationsbedingungen in England günstiger sind als bei uns, dazu überzugehen, nicht nur patentierte Produkte, sondern auch nicht-patentierte Produkte Massenartikel für den Export, vor allen Dingen für den kolonialen Export in diesen englischen Filialen zu fabrizieren. Sie wissen, daß eine differentielle Zollbehandlung für Canada schon besteht, und daß England plant, sie für alle Kolonien durchzuführen, so daß infolge dessen die in England produzierten Produkte einen geringeren Zoll zu zahlen haben als die von Deutschland eingeführten. Ich will gleichzeitig erwähnen, daß wir Farbenfabrikanten Gelegenheit genommen haben, die englischen Verhältnisse sehr eingehend zu studieren. Eine Kommission, bestehend aus Chemikern, Ingenieuren und Kaufleuten, ist drüben gewesen und hat sich unter meiner Führung über die gesamte chemische Industrie Englands, die Teerdestillation, die Zwischenproduktindustrie bis zu der Farbenfabrikation zu orientieren gesucht. Eine Menge Fabriken sind uns für unsere Zwecke angeboten worden, denn alle englischen Fabrikanten sehen ein, daß es für sie das vorteilhafteste sein

würde, wenn wir ihnen ihre alten Fabriken abkaufen und darin unsere neuen Produkte herstellen. (Heiterkeit.) Wir haben das aber nicht getan, sondern nur die Gelegenheit benutzt, sie uns gründlich anzusehen. (Heiterkeit.)

Wir haben aber dabei, wie ich hier verraten darf, nichts gelernt. Wir haben es für richtiger gehalten, wenigstens soweit die beiden großen, in unserer Industrie bestehenden Interessengemeinschaften in Frage kommen, jede für sich neue Fabriken zu bauen. Speziell die Interessengemeinschaft Elberfeld-Ludwigshafen-Berlin hat, wie Sie schon wissen, ein großes Terrain in wunderbarer Lage bei Liverpool angekauft, ein Terrain, das geeignet ist, nicht nur die Farbenindustrie, sondern auch die Herstellung aller anorganischen Zwischenprodukte und selbst die Teerdestillation aufzunehmen. Wir haben die Verhältnisse nach allen Richtungen hin gründlich studiert, und da hat sich merkwürdigerweise herausgestellt — das war es, was mich als bekannten Optimisten veranlaßte, gestern Abend in dem ersten Toast, den ich auszubringen hatte, so ein klein wenig pessimistische Stimmung zu machen — es hat sich herausgestellt, daß die Kohle wesentlich billiger ist als bei uns, daß die Arbeitslöhne für Handarbeiter in Liverpool billiger sind als bei uns, sie betragen nämlich ca. 3 Schilling pro Tag für den guten Arbeiter, während wir zurzeit durchschnittlich 3,50—4,00 M bezahlen müssen, daß auch die Besteuerung und die sonstigen offiziellen Lasten dort erheblich niedriger sind als bei uns, und daß nur das einzige, das aber für uns nicht so sehr ins Gewicht fällt, wovon man glauben sollte, daß es gerade in dem Lande der Konkurrenz der Eisenbahnen und Kanäle billiger sein sollte, als in Deutschland, daß die Frachten dort umgekehrt teurer sind als bei uns. Das alles gibt sehr zu denken und möge den Heißspornen auf politischem Gebiete als Warnung dienen, den Bogen nicht weiter zu überspannen. Wie schon gesagt, wollen wir aber vorerst nur die Patente drüben ausführen, die zurzeit wichtig und bedeutungsvoll für uns sind; das gibt England noch keine Stärkung auf chemischem Gebiete. Alles was darüber in englischen Zeitungen geschrieben und behauptet wird, ist übertrieben, weit übertrieben. Wir kommen für den Anfang mit 2 Chemikern und ca. 50 Arbeitern voll und ganz aus; was bedeutet das gegen die ca. 500 Chemiker und ca. 18 000 Arbeiter, die wir zusammen beschäftigen. Aber wir müssen die Augen offen halten, der Anfang ist gemacht, und wer weiß, was nachfolgt. Es liegt ja auch die Gefahr nahe, daß England schließlich einmal Schutzzölle einführt; die Bewegung dafür ist sehr stark vorhanden. Deshalb heißt es für unsere Regierung, für uns alle, auf der Hut sein und wachsam bleiben und auch in sozialpolitischen Dingen nichts überstürzen und die Fabrikationsverhältnisse nicht noch ungünstiger machen als sie ohnehin schon sind.

Zurzeit ist nun selbstverständlich gegen die ablehnende Haltung der englischen Regierung nichts zu machen, wir müssen aber doch darauf hinarbeiten, zu einem vertragsmäßigen Abkommen zu gelangen, und das ist nur möglich durch einen Druck auf die englische mechanische Industrie, damit auch diese sich an ihre heimische Regierung wendet und sagt: die chemische Industrie mag Vorteile von

dem neuen Gesetz haben, aber wir, die mechanische und die Textilindustrie haben großen Schaden davon, und das fällt viel mehr ins Gewicht; und deshalb bitten wir euch dringend, geht nach Berlin und sucht ein Gegenseitigkeitsabkommen zu treffen. So etwas können wir erreichen, wenn wir nicht in Gummischuhen auftreten, sondern in langen Stiefeln marschieren und einen deutlichen Tritt vernnehmbar machen; daher glaube ich, sollten Sie nicht dem Sirengesang unseres Freundes Lunge folgen, sondern dem Vorschlage des Vorstands bzw. den Ausführungen des Herrn Kloeppel beitreten.

Nun möchte ich mir eine Frage speziell an den Herrn Präsidenten des Kaiserl. Patentamts gestatten.

Die Resolution sieht ganz hübsch aus; aber Herr Dr. Kloeppel hat schon gesagt: sie verläuft möglicherweise im Sande, denn wie wollen wir die mechanische Industrie vor unsern Wagen spannen. Wie wollen wir das fertig bringen. Nun hat der englische Handelsminister in Manchester offiziell verkündet, er habe eine Liste sämtlicher ausländischen Patente anfertigen lassen, er habe sie der gesamten Industrie zugesandt und fordere sie auf, dafür besorgt zu sein, daß überall diese Patente zur Ausführung kämen. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Das ist Tatsache. (Zuruf: Jawohl, Tatsache!) Er würde dafür sorgen, daß auch die Gerichte die Klagen entsprechend durchführen. Nun wird es selbstverständlich nicht möglich sein, daß unser Patentamt in dieser Weise vorgeht, das möchte ich auch nicht, aber ich glaube, das Patentamt könnte doch wohl dem Verein oder der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz eine Liste derjenigen Patente aufmachen, die Engländern gehören. Wir können sie selbst nicht extrahieren, weil viele Übertragungen sehr oft als Scheinübertragungen stattgefunden haben, um den Anforderungen des deutschen Gesetzes zu entsprechen. Wenn wir also erfahren würden, welche Patente von Engländern ausgegangen sind, so würde es unsere Aufgabe sein, und das wollen wir schon machen, uns an die betreffenden Industrien zu wenden mit der Frage: Teilt uns mit, wird das Patent in der deutschen Industrie ausgeführt oder nicht? Wir würden dann Maßnahmen ergreifen, um praktisch vorzugehen. Das ist die Frage, die ich mir vielleicht gestatten darf, an den Präsidenten des Kaiserl. Patentamts zu richten.

M. H.! Ich glaube, Sie werden aus allem was ich angeführt habe, ersehen, daß es eine Angelegenheit ist, die weit wichtiger für die chemische Industrie Deutschlands werden kann, als es vielleicht auf den ersten Blick scheint. Denn was ich gesagt habe, sind Tatsachen. Ich möchte nur noch hinzufügen, was ich vorhin vergessen habe zu bemerken, daß zu den Vorteilen in geldlicher Beziehung noch der hinzu kommt, daß das, was unsere Kathedersozialisten über die trade-unions in England behaupten, nur Kathederweisheit ist und der Praxis nicht entspricht. Mir haben fast einmütig die chemischen Fabrikanten erklärt: Es sollte einer unserer Arbeiter nur Unionist sein, der flöge sofort hinaus; während bei uns die Bestrebungen darauf gerichtet sind, die Arbeiterverhältnisse so zu gestalten, daß vielleicht bald die Zeit kommt, wo wir uns freuen, auswandern zu können nach Ländern, wo diese Verhältnisse anders liegen als bei uns.

Hofrat Prof. Dr. Bernthsen: M. H.! Längere Ausführungen haben wohl keinen Zweck; der wiederholte Zuruf, der dem Vorsitzenden wie dem Herrn Referenten aus der Mitte der Versammlung zuteil geworden ist, hat gezeigt, daß das Verständnis für die vorliegende Frage bei uns allen vorhanden ist. Es ist in der Tat überaus wünschenswert, daß diejenigen Industrien, die hier etwas machen können, dafür interessiert werden.

Der Gedanke, den der Herr Vorsitzende äußerte, daß vielleicht unsere hohe Behörde selbst in der Lage wäre, ein klein wenig uns an die Hand zu gehen, soweit das mit den ganzen Absichten der Behörde in Einklang steht, dieser Gedanke hat mich auch beschäftigt. Ich erinnere mich des tosenden Beifalls, der nach englischen Zeitungsberichten der Rede des englischen Handelsministers zuteil wurde, als er sagte: Jetzt aber vorwärts, damit das Gesetz auch ordentlich wirken wird; wir haben die Liste der in Betracht kommenden Ausländerpatente aufgestellt, und die Handelskammern müssen jetzt mit-helfen, einen Weg zu finden, um gegen die nicht in England ausgeführten Patente vorzugehen. Wir Deutschen haben von England gewiß keine Schonung zu erwarten, und so sollte sicherlich das, was unsererseits geschehen kann, auch recht nachdrücklich geschehen. Ich kann also von diesem Gesichtspunkte aus die Resolution auch in derjenigen Fassung, die sie durch die Diskussion erhalten hat, zur möglichst einhelligen Annahme empfehlen.

Ich darf vielleicht die Gelegenheit benutzen, um, da durch den Herrn Vorsitzenden die amerikanischen Verhältnisse schon mit besprochen worden sind, auch auf diese mit wenigen Worten einzugehen.

Sie haben schon gehört, daß in betreff Amerikas die Sache wesentlich günstiger liegt, und daß diejenigen Stellen, die mit der Vorbereitung für das neue amerikanische Gesetz beschäftigt sind, sich darüber klar sind, daß es eigentlich nicht dem amerikanischen Geist entspricht, daß es sich nur um ein Mittel handeln soll, um zu einem Gegenseitigkeitsvertrag zu gelangen. Wir wissen, daß von der deutschen Regierung erwartet wird, daß sie innerhalb einer relativ kurzen Frist durch Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung zu einem Gegenseitigkeitsübereinkommen gelange; wir wissen, daß die deutsche Regierung dieser Frage durchaus wohlwollend gegenübersteht, und die Bitte, die ich vielleicht hier aussprechen kann, und die der Herr Präsident des Kaiserl. Patentamts vielleicht so liebenswürdig ist, in geeigneter Weise an die Reichsregierung weiterzugeben, ist die, daß die Vorbereitungen für einen derartigen Gegenseitigkeitsvertrag auf deutscher Seite unverzüglich getroffen werden, damit das Übereinkommen fertig ist, bevor die nächste Sitzung des amerikanischen Kongresses beginnt. Die privaten Nachrichten von sehr wohl informierter Seite von Amerika lauten alle dahin: es ist beste Aussicht, wir sind zu allem Entgegenkommen bereit, aber macht eure Regierung darauf aufmerksam, wenn nicht bis zum Beginn des Kongresses eine Übereinkunft geschaffen ist, dann könnt ihr darauf rechnen, daß unser Gesetz durchgeht, und dann wird alles Entgegenkommen, das wir sonst üben würden, weg-

fallen. — Ich glaube zwar, daß die Regierung über alle diese Strömungen durchaus unterrichtet ist, aber vielleicht ist es doch erlaubt, die Bitte auszusprechen, daß nichts unterlassen wird, um mit der erforderlichen Energie — daß ist jetzt bei den bevorstehenden Ferien vielleicht ein bißchen schwierig —, an die Sache heranzutreten. Der Stockholmer Kongreß ist erst Ende August; die Zeit ist sehr knapp, es wäre sehr erfreulich, wenn beim Zusammentritt der Bevollmächtigten die Basis schon derartig vorbereitet wäre, daß ohne Zeitverlust die Übereinkunft ins Leben treten könnte.

Ich würde also befürworten, daß wir einstimmig die Resolution, die von unserem Herrn Referenten vorgeschlagen worden ist, annehmen.

Dr. A. Steche: M. H.! Zeigte sich schon gestern in der Rede des Herrn Vorsitzenden ein Wetterleuchten, so ist durch seine jetzige Rede wie durch einen grellen Blitz der Ernst der Situation für Deutschland recht scharf beleuchtet worden. Die Frage, die den großen Farbenfabriken näher getreten ist: Inwieweit bietet Deutschland seiner Industrie noch günstige Produktionsbedingungen? Diese Frage wird auch in anderen Industrien erwogen. Bei den sich häufenden Produktions-schwierigkeiten scheint es doch notwendig, zu betonen, daß die Industrien gegenüber dem Ansturm von den verschiedensten Seiten her sich zusammenschließen müssen, um sich ihrer Haut zu wehren. Wir haben in unserem Sachsen jetzt fast alle industriellen Verbände zusammengeschlossen; es fehlt nur noch ein geringer Bruchteil. Wir haben jetzt ca. 4400 sächsische Betriebe unter einer Leitung vereinigt, und es sind Unterhandlungen im Gange, um die ganze deutsche Industrie zusammenzuschließen. Das sind nicht Arbeiten, die wir zum Vergnügen machen; denn es sind große und sehr zeitraubende Arbeiten, sondern es ist die natürliche Folge des Zwanges, der auf uns geübt wird. Ich möchte die Anregung geben, ob wir nicht dieser Resolution, die ja wohl einstimmig angenommen werden wird, ein größeres Gewicht dadurch verleihen könnten, daß wir die einzelnen industriellen Verbände auffordern, der Resolution sich anzuschließen. Ich bin vom Verbands sächsischer Industrieller, der diese Frage schon bearbeitet hat, beauftragt, den Wunsch auszusprechen, daß man an ihn deswegen herantrete. Wir wollen an unserem Teile gern mit daran arbeiten, daß der gegenwärtigen Beschlußfassung dem Ausland gegenüber ein noch größeres Gewicht gegeben wird, als es hier durch die einfache Resolution geschehen würde.

Präsident des Kaiserl. Patentamts Geh. Ober-Reg.-Rat Hauss: M. H.! Was die amerikanischen Verhältnisse betrifft, so kann ich nach privaten Mitteilungen aus den letzten Tagen nur bestätigen, daß dort die Dinge nicht das für unsere Industrie gefährliche Aussehen zu haben scheinen, wie in England. Es lagen meines Wissens drei verschiedene Projekte vor. Das eine mußte von vornherein ausscheiden, weil es mit dem Wortlaut des Unionvertrags in Widerspruch stand; es lief darauf hinaus, daß Amerika die Ausländer genau so behandeln würde, wie die Amerikaner in den anderen Staaten behandelt werden. Das würde dem Sinne der Gleichberechtigung widerstreben und hat wohl

kaum Aussicht auf Verwirklichung. Nach privaten Mitteilungen scheint man vielmehr zu beabsichtigen, das amerikanische Gesetz dahin zu vervollständigen, daß alsdann, wenn eine Ausführung in Amerika nicht erfolgt, der Verletzungsklage dort nicht Folge gegeben wird. Es handelt sich also lediglich um eine zeitweise Außerkraftsetzung der Rechtswirkung des Gesetzes. Das würde die Bedeutung des Vorgehens mildern. Aber jedenfalls erkenne ich den Wunsch unserer Industrie für berechtigt an, daß auch diese Abschwächung des Patentschutzes vermieden wird; und ich habe den Eindruck, daß auch in Amerika nach dieser Richtung keine großen Schwierigkeiten entgegenstehen werden; mir ist gesagt worden, daß dort Geneigtheit bestehe zu einem Übereinkommen; daß eine solche auch auf deutscher Seite vorhanden, ist nicht zu bezweifeln.

Über das uns hier mitgeteilte Vorgehen des englischen Handelsministers ist mir amtlich nichts bekannt. (Heiterkeit.)

Privatim würde ich nicht in der Lage sein, mich über dieses Vorgehen irgendwie kritisch zu äußern. Das eine muß ich aber sagen, daß für unsere Behörden, speziell für das Patentamt, es vollkommen ausgeschlossen ist, auf einem ähnlichen Wege zu operieren. Unsere amtliche Stellung, die uns die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Zurücknahme zuweist, nötigt uns zu absolutester Neutralität; wir würden in keiner Weise für oder gegen Ausländer oder für oder gegen Inländer Partei zu nehmen in der Lage sein; wir würden auch nicht in der Lage sein, Ihnen ein Verzeichnis der von Engländern genommenen Patente anzufer-tigen. Sie begreifen, m. H., daß das mit der Objektivität, die wir uns auferlegen, nicht in Einklang zu bringen wäre. Dagegen möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß, soweit es sich um die Inhaberschaft von Patenten handelt, alles Material, das Sie wünschen, aus den amtlichen Publikationen zu ersehen ist. Wir haben eine Rolle, worin auch die Übertragung der Inhaberschaft, auch der Zeitpunkt, an dem die Übertragung vorgenommen wurde, ohne jede Mühe und Schwierigkeit zu ersehen ist. Diese Rolle liegt zu jedermanns

Einsicht auf, ich kann also nur anheimstellen, davon Gebrauch zu machen.

Vors.: Wünscht noch einer der Herren das Wort? Das ist nicht der Fall, dann erteile ich dem Herrn Referenten das Schlußwort.

Dr. E. d. K l o e p p e l: M. H.! Ich glaube nicht, daß Sie von mir noch ein langes Schlußwort erwarten. Ich möchte nur noch auf einen Punkt hinweisen, bezüglich des in Aussicht stehenden Abkommens mit Amerika. Das könnte furchtbar einfach sein. Man hätte nur nötig, das Übereinkommen, das mit Italien geschlossen ist, auf Amerika zu übertragen. Artikel 5 dieses Übereinkommens lautet:

„Die Rechtsnachteile, welche nach den Gesetzen der vertragsschließenden Teile eintreten, wenn eine Erfindung, ein Muster oder ein Modell nicht innerhalb einer bestimmten Frist ausgeführt oder nachgebildet wird, sollen auch dadurch ausgeschlossen werden, daß die Ausführung oder Nachbildung in dem Gebiete des anderen Teiles erfolgt.“

Es ist also gar kein kompliziertes juristisches Werk, was geleistet werden muß. Man braucht einfach dem Paragraphen die entsprechende Überschrift zu geben, so haben wir den Vertrag.

Vors.: Das von Herrn Steche angeregte Zusammengehen mit anderen Interessenvertretungen ist in unserem Antrage bereits berücksichtigt, indem wir sagen: „gemeinschaftlich mit den anderen Interessenvertretungen.“ Es ist geplant, daß der Verein sich an die Verbände wendet, und wir gemeinschaftlich operieren.

Wenn sonst keiner der Herren das Wort wünscht, ist die Debatte geschlossen, und wir kämen zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, die für den Antrag des Vorstands sind, bitte ich die Hand zu erheben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

M. H.! Ich danke Ihnen und danke vor allem dem Präsidenten des Kaiserl. Patentamts, Herrn Geheimen Ober-Reg.-Rat Hauss dafür, daß er so freundlich gewesen ist, die gemachten Aufklärungen zu geben; ich hoffe, daß wir noch häufig auf sein persönliches Erscheinen bei unseren Versammlungen werden rechnen können.

Schluß der Sitzung.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

XI. internationaler Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz in Stockholm vom 26.—30./8. 1908. Neben der Wichtigkeit der Tagesordnung hatte zweifellos die Schönheit der „Königin des Nordens“ zahlreiche „Rechtsschutzler“ nach Stockholm gelockt; es wurden über 200 Teilnehmer gezählt. Eine ganze Anzahl von Regierungen hatte offizielle Vertreter entsandt (Argentinien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Rußland, Schweden, Ver. Staaten von Nordamerika), nur Deutschland war, was berechtigtes Aufsehen erregte, nicht vertreten. Wenn man berücksichtigt, welch großen Anteil die deutsche Industrie an der Regelung der Frage: Ausübungszwang oder Zwangslizenz nimmt, und weiter, daß

diese Frage u. a. gerade einen der Hauptpunkte der Stockholmer Tagesordnung bildete, so wird das ablenkende Verhalten der deutschen Regierung in den Kreisen der deutschen Industrie sicherlich nicht gebilligt werden. Bemerkt sei noch, daß die Präsidenten des amerikanischen, dänischen, österreichischen, schwedischen und ungarischen Patentamtes persönlich den Verhandlungen beiwohnten.

Der Verein deutscher Chemiker, von dem verschiedene Mitglieder anwesend waren, war durch Dr. K l o e p p e l von den Elberfelder Farbenfabriken vertreten.

Aus den Begrüßungsansprachen sind einige Tatsachen von allgemeinem Interesse: Der Präsident des ungarischen Patentamtes teilte mit, daß auch Ungarn der internationalen Union bei-